

Kommunistische Rundschau

Herausgegeben von

Ernst Däumig, Curt Geyer, Walter Stoecker

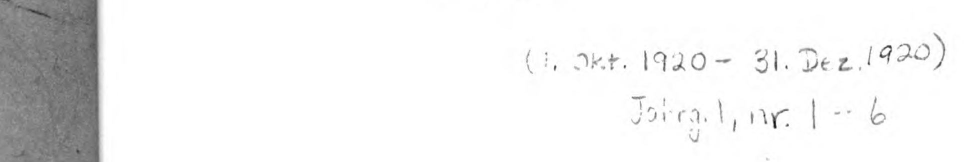


CIP-Kurztitelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Kommunistische Rundschau. – Unveränd. Neudr. – Vaduz, Liechtenstein : Topos Verlag

Jg. 1. 1920. – Unveränd. Neudr. d. Ausg. Berlin, 1920. – 1982.
Enth.: Jg. 1, Nr. 1–6 (1920). – Ursprüngl. mehr nicht erschienen. – Enth. ausserdem: Die Schmiede : Wochenschr. für Funktionäre. – Unveränd. Neudr. d. Ausg. Berlin, 1921. – 1921, Nr. 1. – Ursprüngl. mehr nicht erschienen
ISBN 3-289-00273-X

NE: Enth. Werk

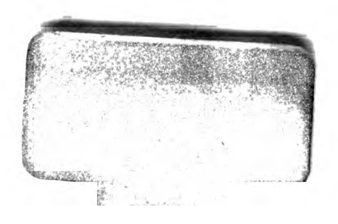


Topos Verlag AG Vaduz, Liechtenstein 1982

Unveränderter Neudruck der Ausgaben Berlin 1920 und 1921

Printed in Germany


VETVS & NOVVM TESTAMENTVM
DEI·SVB·NVMINE·VIGET
PRINCETON
UNIVERSITY
LIBRARY





Kommunistische Rundschau

Die Schmiede



Kommunistische Rundschau

Hrsg. Ernst Däumig, Curt Geyer, Walter Stoecker

Jahrgang 1. Nr. 1–6
Berlin, 1920

[Fortsetzung:]

Die Schmiede

Wochenschrift für Funktionäre

Nummer 1
Berlin, 1921

Topos Verlag · Vaduz

Kommunistische Rundschau

Jahrgang 1, 1920

Inhaltsverzeichnis

Die Seitenzahlen beziehen sich auf die Neupaginierung in [ ]







Die Schmiede

Jahrgang 1, 1921

Inhaltsverzeichnis



Kommunistische Rundschau

Herausgegeben von

Ernst Däumig, Curt Geyer, Walter Stoecker

Nummer 1 1. Jahrgang

Inhalt:

Preis 1 Mark

A. Hoffmann's Verlag, G. m. b. H., Berlin O 27, Blumenstr. 22 I
Postscheckkonto: Berlin 1893 Fernsprecher: Amt Alexander 2270



Kommunistische Rundschau

Nummer 1 | Berlin, 1. Oktober 1920 | 1. Jahrgang

Unser Ziel.

Von Walter Stoecker.

Seit langem hatten wir die Absicht, als geistiges Zentrum für den linken Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei eine eigene Zeitschrift herauszugeben. Die Notwendigkeit eines geistigen Orientierungspunktes für unsere linksstehenden Genossen bestand schon lange in unserer keineswegs von einheitlichen Tendenzen getragenen Partei. Gerade weil der größte Teil der Presse in den Händen der rechtsstehenden Genossen war, wurde eine eigene Zeitschrift immer mehr ein dringendes Bedürfnis. Wir dürfen es heute sagen, daß unser neues Schiff, die „Kommunistische Rundschau" schon seit vielen Monaten im Bau war. Manche Schwierigkeiten verhinderten den Stapellauf. Jetzt läuft es gleich nicht nur auf eine „bewegte See", sondern auf stürmisches Meer mit hochgehenden Wogen; toben doch die Richtungskämpfe in unserer Partei erregter und schärfer denn je, ist doch die Unabhängige Sozialdemokratie in ihre entscheidende Krise eingetreten. In dieser Situation gilt, wenn auch in ganz anderer Bedeutung, auch für uns das Wort, das einst Karl Marx im ersten Heft der Deutsch-französischen Jahrbücher brauchte: „Selbstverständigung der Zeit über ihre Kämpfe und Wünsche." Unsere Genossen im Reich, wie alle revolutionären Proletarier, brauchen unbedingt einen klaren und festen Wegweiser in den Wirren der sozialen und politischen Kämpfe nationaler und internationaler Art, eine Zeitschrift, die alle politischen und insbesondere alle parteipolitischen Fragen theoretischer oder taktischer Natur von klar revolutionär marxistischer Auffassung aus erörtert und behandelt. In dieser kritischen Stunde mehr denn je!

Wie steht es in unserer Partei? Nach dem bekannten Wort von Lassalle müssen wir klar aussprechen, was ist. Unsere Partei war und ist krank. Den Gesundungsprozeß mit allen Kräften fördern zu helfen, ist die Hauptaufgabe unserer neuen „Kommunistischen Rundschau". Unsere Partei ist eine revolutionäre Partei, das wird niemand bestreiten. Aber durch ihre verschiedenartige Zusammensetzung ist sie immer nur mit den Massen gegangen, wenn diese in Bewegung kamen, anstatt ihnen führend und wegweisend voranzugehen. Schon bei der Gründung der U. S. P. in Gotha zeigte sie ihre Schwächen. Pazifisten, gute Demokraten und wahrhaft revolutionäre Elemente, alles vereint in einer Partei. Daher auch der nichtssagende Name „Unabhängige Sozialdemokratische Partei". Die Wahl dieses Namens ist typisch: wie man sich nicht entschließen konnte, mit der alten Benennung „Sozialdemokratie" zu brechen und schon durch den Namen auch nach außen hin kundzutun, daß man gegenüber den alten Vorkriegstraditionen etwas völlig Neues schaffen und aufbauen wollte, so wurde gleich in die neue Partei viel zu viel des alten Überlieferten, Traditionellen mit übernommen. Und hieran krankt die Partei heute noch. Von der Geburtsstunde der U. S. P. D. an hat die revo-

lutionäre Linke den Kampf gegen die pazifistischen, reformistischen und opportunistischen Elementen aufgenommen. Mit dem Erfolge, daß die Partei immer mehr nach links getrieben wurde, auch nach der Absplitterung der Spartakusgenossen im Januar 1919. *Aber dieser Radikalisierungsprozeß ging viel zu langsam* und zu schleppend vor sich. Eben weil die rechtsstehenden und opportunistischen Elemente und insbesondere ihr geistiger Führer *Hilferding*, sich bei fast allen diesen Fragen der Vorwärtsentwicklung hemmend und lähmend in den Weg stellten. Täuschen wir uns nicht, ein großer Teil der Partei, insbesondere ein großer Teil der Führer, ging nicht freiwillig, nicht aus eigener Erkenntnis und eigenem revolutionärem Willen mit nach links, sondern folgte nur widerstrebend dem vorwärtsdrängenden Willen der Massen.

Die rechtsstehenden Führer der Partei glauben noch viel zu sehr, daß die Arbeiterbewegung im wesentlichen auch heute noch in dem alten Gleise der Vorkriegszeit weiter fahren könne. Sie sehen nicht, daß der imperialistische Weltkrieg und die ihm folgenden revolutionären Erschütterungen die ganzen sozialen und ökonomischen Verhältnisse in fast allen kapitalistischen Staaten so auf den Kopf gestellt haben, alles so aufgewirbelt haben, daß wir in eine ganz neue Epoche des Klassenkampfes eingetreten sind, in der neue Bahnen beschritten werden müssen und eine völlig neue Taktik erforderlich ist. Diese rechtsstehenden Elemente sehen nicht, daß *wir in die Epoche des entscheidendsten Machtkampfes mit der Bourgeoisie, daß wir in die Epoche des internationalen Bürgerkrieges eingetreten sind.* Sie glauben, trotz all der bitteren Erfahrungen, die insbesondere das russische, deutsche und ungarische revolutionäre Proletariat hinter sich hat, immer noch an eine verhältnismäßig friedliche Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus und erkennen nicht und wollen nicht sehen, daß die kommenden Jahre und Jahrzehnte in der ganzen Welt erfüllt sein werden mit hartem Ringen zwischen Bourgeoisie und Porletariat, mit den nationalen und internationalen Bürgerkriegen zwischen Weltkapital und Weltproletariat, mit der Epoche der revolutionären Diktatur der Proletarier aller Länder. Jetzt wird das Wort von Karl Marx wahr, das er in seinem so weit vorausschauenden Geiste einst den Arbeitern zurief: „*Ihr müßt zehn, zwanzig, fünfzig Jahre lang Bürgerkriege und Völkerkämpfe führen, um euch selbst und die ganzen Verhältnisse zu ändern.*“ Karl Marx. der kühne, alles bezwingende, ungestüm vorwärtsdrängende Revolutionär mit heißem Blute und so klarem Kopfe, würde sich im Grabe herumdrehen, wenn er sehen und hören könnte, was nicht nur die Cunow und David, nein, auch die Kautsky, Hilferding und Crispien aus seinem revolutionären Marxismus gemacht haben.

Wir haben uns zwar in Leipzig ein kommunistisches Aktionsprogramm gegeben. Unsere Partei hat sich dort programmatisch auf den Boden der proletarischen Diktatur gestellt, aber was ist in der *Praxis* aus unserem Programm geworden? Man sehe sich nur das einzige wissenschaftliche Organ unserer Partei an, den „*Sozialist*“, wie in ihm der revolutionäre Marxismus direkt geschändet wurde. Was hat der „Sozialist“ und was haben die größten Blätter unserer Partei, die „*Freiheit*“ und die „*Leipziger Volkszeitung*“, getan, um unser Leipziger Programm in den Massen wirklich geistig zu verankern? Was haben sie

getan, um die Forderung der revolutionären Diktatur des Proletariats mit allen den Fragen ökonomischer, politischer, kultureller, militärischer Natur geistig zu vertiefen und zu klären? Wo war die Behandlung und Untersuchung all der mit der revolutionären Diktatur im einzelnen zusammenhängenden Fragen? Wo war die notwendige eingehende Besprechung über Wesen und Methoden revolutionärer Massenaktionen zur Eroberung der proletarischen Diktatur? Nichts von alledem haben wir gesehen, aus dem einfachen Grunde, weil die meisten hierfür in Frage kommenden Genossen geistig in einer anderen Welt leben, weil fast alle diese Genossen die proletarische Diktatur als einen nebelweiten „Zustand“ ansehen, über den man sich heute noch keine Sorgen macht, weil sie an eine verhältnismäßig friedliche Entwicklung glauben und im übrigen noch immer der illusionären Ansicht sind, auch die Diktatur werde sich auf ziemlich demokratischen Wegen ohne allzu strenge Gewaltanwendung vorwiegend friedlich durchführen lassen. Das ist dieser elende Geist der Passivität und der Reste pazifistischer Illusionen, die noch immer selbst auch in den Köpfen sonst radikaler Genossen spuken. Mit diesem, den revolutionären Vorwärtsdrang der deutschen Arbeiterklasse so hemmenden und lähmenden Geiste, der immer nur die Schwierigkeiten und Hindernisse sieht, gilt es, gründlich aufzuräumen und die Verfälschung der revolutionären Methoden des Marxismus in den Kautskyschen ökonomischen Fatalismus, von dem auch die meisten unserer rechtsstehenden Führer angekränkelt sind, mit aller Schärfe als solchen zu kennzeichnen. Gerade in einer Epoche wie der jetzigen, wo wir doch ziemlich sicher in Bälde vor schweren entscheidenden Auseinandersetzungen mit der Bourgeoisie stehen, gilt es, den Marxschen revolutionären Offensivgeist wieder in den vorwärtsdrängenden deutschen Proletariermassen zu pflegen und schonungslos die schwächliche Passivität des rechten Flügels zu bekämpfen.

Was den linken vom rechten Flügel trennt, ist die Auffassung über die proletarische Diktatur. Nicht nur darüber, ob diese überhaupt zu erstreben sei, sondern auch über deren Wesen und den ihr eigenen Notwendigkeiten. Wie viel gute Pazifisten und im Grunde konterrevolutionäre Elemente haben wir noch in unseren Reihen. Welch unglaubliche spieß- und kleinbürgerliche Verwirrung herrscht z. B. in den Köpfen der rechten Führer über die Frage der Gewaltanwendung und des Terrors. Hierfür typisch sind die Reden von Crispien über die Gewalt. Wie ängstlich bemüht er sich, immer um diese Frage herumzugehen. Sagte er doch kürzlich in einer Rede mit starker Beklemmung: „Gewiß, wir werden die Gewalt nicht vermeiden können“, um aber schon wenige Minuten darauf ein Hoheslied der Menschlichkeit zu singen. Wem fallen bei derartigen Reden Crispiens nicht die wahrhaft revolutionären Worte von Friedrich Engels aus seinem Anti-Dühring ein: „Daß die Gewalt aber noch eine andere Rolle (als die einer Teufelsmacht) in der Geschichte spielt, eine revolutionäre Rolle, daß sie, in Marx' Worten, die Geburtshelferin jeder alten Gesellschaft ist, die mit einer neuen schwanger geht, daß sie das Werkzeug ist, womit sich die gesellschaftliche Bewegung durchsetzt und erstarrte, abgestorbene, politische Formen zerbricht — davon kein Wort

bei Herrn Dühring (Crispien!). Nur unter Seufzen und Stöhnen gibt er die Möglichkeit zu, daß zum Sturz der Ausbeutungswirtschaft vielleicht Gewalt nötig sein werde — leider! Denn jede Gewaltanwendung demoralisiere den, der sie anwendet. Und das angesichts des hohen moralischen und geistigen Aufschwungs, der die Folge jeder siegreichen Revolution war! Und diese matte, saft- und kraftlose Predigerdenkweise macht den Anspruch, sich der revolutionärsten Partei aufzudrängen, die die Geschichte kennt?" (S. 193, dritte deutsche Auflage, Schluß des 4. Kapitels des 2. Abschnitts.) Wörtlich treffen diese Bemerkungen Crispien und seine Freunde.

Demgegenüber ist es unsere Pflicht, in der vielleicht nur kurzen Zeit, die uns noch bleibt vor den entscheidenden Machtkämpfen, einerseits den proletarischen Massen mit aller Eindeutigkeit und Klarheit die Parole der revolutionären Diktatur mit allen Mitteln unter schonungsloser Überwindung aller Widerstände zuzurufen, und andererseits in der revolutionären Vorhut unserer Reihen völlige geistige Klarheit über die theoretischen und taktischen Fragen der proletarischen Diktatur zu schaffen, den revolutionären Teil der deutschen Arbeiterklasse in jeder Weise geistig und organisatorisch auf die kommenden Kämpfe einzustellen und vorzubereiten.

Hierbei gilt es die Lehre sowohl der bürgerlichen, als auch insbesondere die Lehren der proletarischen Revolutionen, wie der russischen von 1905 und 1917, wie auch vor allem die Lehren der jetzt fast dreijährigen proletarischen Diktatur in Rußland, für uns zu ziehen. Kein Mensch denkt daran, russische Methoden mechanisch an anderen Ländern anzuwenden, aber es ist klar, daß aus der russischen Diktaturerfahrung eine ganze Reihe von allgemein gültigen Lehren zu folgern sind.

Diese Lehren hat in klarer marxistischer Weise die 3. Kommunistische Internationale auf ihren beiden Kongressen gezogen, während die alte 2. Internationale wie ein alter Greis mühsam hinter den revolutionären Ereignissen herhinkt und weiter das für uns längst verklungene Lied von der Demokratie singt. Wir bekennen uns laut und deutlich zur 3. Kommunistischen Internationale, weil ihre Grundsätze die unseren, weil ihre Methoden die unseren, kurz, weil sie Geist von unserem Geiste ist, weil wir der festen Überzeugung sind, daß sie die Internationale ist, die auch das deutsche Proletariat in seinen Kämpfen gebraucht. Ihre Lehren und Thesen den deutschen revolutionären Arbeitern nahezubringen und unsere Partei zu einem starken und zu allen Konsequenzen entschlossenen Gliede der 3. Internationale zu machen, halten wir für eine unserer dringendsten Aufgaben.

Der Kampf um die Internationale hat die Gegensätze in unserer Partei in aller Schärfe zum Ausdruck gebracht. Jetzt, wo wir zum ersten Male gezwungen wurden, restlos alle Folgerungen aus unserem Bekenntnis zur revolutionären Diktatur zu ziehen, da zeigt sich, wie hohl und schwach es in weiten Kreisen unserer Partei aussieht. Eine der wichtigsten Lehren der bisherigen Revolutionen ist die, daß wir eine klare und reine Massenpartei für die uns bevorstehenden Kämpfe gebrauchen, daß wir deshalb rücksichtslos alle den Vorwärtsdrang unserer Partei hemmenden Elemente ausscheiden müssen. Mit den halben und dreiviertel

Parolen muß es ein Ende haben. Das deutsche Proletariat braucht in der kommenden Auseinandersetzung eine führende Massenpartei, die ihm klare und eindeutige Parolen zuruft und zu der es unbedingtes Vertrauen hat. So schwer es manchem fallen mag, so notwendig ist die klare Trennung der Geister. Die größte Gefahr für unsere Partei nicht nur, sondern auch für die deutsche Revolution, wäre es, von neuem den Versuch einer Überbrückung, einer Verkleisterung der offenbar überaus krassen verschiedenen Auffassungen zu unternehmen. Es ist im Gegenteil jetzt unsere Pflicht, die vorhandenen Gegensätze mit aller Schärfe herauszuarbeiten, um eine völlige Klärung herbeizuführen. Es muß uns unter allen Umständen gelingen, eine vollständige geistige Umstellung der Partei in den Fragen der Diktatur und deren Mittel, wie Bürgerkrieg, Gewalt, Terror usw. herbeizuführen und die Ausscheidung der pazifistisch opportunistischen Elemente durchzusetzen. Wer nicht für uns ist, wer nicht entschlossen ist, mit aller Energie mit uns für die Eroberung der proletarischen Diktatur zu kämpfen und diese Diktatur mit allen Mitteln durchzuführen, der ist gegen uns, der soll seine eigenen Wege ziehen. Es geht unmöglich so weiter, daß in der führend sein sollenden Partei andauernd von den verschiedenartigsten Elementen hin und her gezogen wird. Bitter notwendig dagegen ist eine Vereinigung mit den marxistischen Elementen, die sich im Januar 1919 leider von uns abgesplittert haben. Die durch den Krieg und die Revolution hervorgerufene Parteientwicklung in der deutschen revolutionären Arbeiterschaft ist noch nicht zum Abschluß gelangt. Sie muß und wird eine Vereinigung der marxistisch revolutionären Elemente bringen, da wir uns nicht weiter den Luxus verschiedener sich gegeneinander bekämpfender Parteien leisten können. Von der Kommunistischen Partei trennt uns so gut wie nichts, nachdem sie so energisch alle syndikalistischen Teile von sich abgeschüttelt und auch manche schwere taktische Fehler überwunden hat. Die vielen gegenseitigen oft kleinlichen Angriffe und Bekämpfungen sind aus erklärlichem Parteiegoismus nur zu verständlich, aber sie werden ein Ende nehmen, wenn die Voraussetzungen zur Vereinigung bei uns gegeben sind. Das deutsche Proletariat braucht eine völlig einheitliche, geschlossene und straff organisierte, vorwärtsführende, große, revolutionäre Massenpartei.

Es war eine der Ursachen des schleppenden Ganges der deutschen Revolution, daß sie bisher keine energisch vorwärtsdrängende, wirklich revolutionäre Massenpartei besaß. Die kommenden Kämpfe werden diese Partei zeitigen, und deshalb ist die Entscheidung über die ganzen gegenwärtigen Fragen des Kampfes in unserer Partei nicht zuletzt auch eine Entscheidung über den Sieg der deutschen Revolution. Die revolutionäre Arbeiterklasse Deutschlands hat in den vor uns liegenden Kämpfen der Weltrevolution so riesige und gewaltige Aufgaben vor sich, daß die unheilvolle Zersplitterung der revolutionären Elemente sobald als möglich aufhören muß.

In all diesen Kämpfen soll unsere neue Zeitschrift den arbeitenden Massen ein geistiger Führer sein. Auch die politischen Tagesfragen werden in ihr selbstverständlich ein lebhaftes Echo finden. Alle unsere linksstehenden Genossen werden darin ausführlich zu Wort kommen. Insbesondere soll auch die revolutionäre,

marxistische Literatur immer eingehend besprochen werden. Viele unserer Spießer werden ja die Hände über dem Kopf zusammenschlagen und zetern über den Frevel, daß wir es wagen, unser Organ: „Kommunistische Rundschau" zu nennen. „Welch ein Parteiverrat", hören wir sie rufen! Kleinliche Geister! Wir sind Anhänger der Kommunistischen Internationale. Sowie unsere Partei den Anschluß vollzogen hat, wird sie ohnehin den Namen „Kommunistische Partei" führen. Unseren vom Kommunistenschreck befallenen Kleingeistern aber müssen wir in Erinnerung rufen, daß Karl Marx und Friedrich Engels lange Jahre hindurch nur den Namen „Kommunisten" anwandten, daß das erste internationale Dokument unserer Bewegung den Namen führt: „Kommunistisches Manifest", und daß Marx und Engels auch später von der Bezeichnung: „Sozialdemokratische Partei" keineswegs erbaut waren. Schrieb doch Friedrich Engels noch 1894, kurz vor seinem Tode in dem Vorwort zu seiner Sammlung „Internationales aus dem Volksstaat": „Man wird bemerken, daß in allen diesen Aufsätzen ich mich durchweg nicht einen Sozialdemokraten nenne, sondern einen Kommunisten." Dann schildert er, daß man damals in Frankreich und Deutschland unter „Sozialdemokraten" nichtmarxistische Elemente verstand. „Für Marx und mich war es daher rein unmöglich, zur Bezeichnung unseres speziellen Standpunktes einen Ausdruck von solcher Dehnbarkeit wie „Sozialdemokrat" zu wählen. Heute ist das anders, und so mag das Wort passieren, so unpassend es bleibt für eine Partei, deren ökonomisches Programm nicht bloß allgemein sozialistisch, sondern direkt kommunistisch, und deren politisches letztes Endziel die Überwindung des ganzen Staates, also auch der Demokratie ist." Dies sagte Engels schon 1894 von der alten Sozialdemokratischen Partei; weit mehr gilt es heute, wo wir auch offen programmatisch den Boden der Demokratie verlassen haben. Der Name „Kommunistische Partei" ist heute tatsächlich viel treffender und richtiger als die unklare Benennung: U. S. P. D.

Möge unsere „Komunistische Rundschau" bald den Weg zu allen revolutionären Proletariern finden. Sie will ein Organ sein der kämpfenden Armee der Arbeiterklasse, sie will mit führend sein auf dem Vormarsch zur deutschen sozialen Revolution, auf dem Wege zur Weltrevolution.



Der Moskauer Kongreß.

Von Ernst Däumig.

Vom 21. Juli bis zum 7. August 1920 tagte in Moskau der II. Kongreß der III. Kommunistischen Internationale. Er fand statt im Prunksaale des ehemaligen Zarenschlosses, im weltberühmten Kreml. Wo einst die blasierten und degenerierten Sprossen des Geschlechtes der Romanow, wo einst in goldstrotzenden Uniformen einherstolzierende Hofschranzen, wo einst elegante Generäle und Garde-

offiziere, wo einst die Damen der Hofgesellschaft mit ihren Pariser Toiletten, ihren Perlenkolliers und diamantenen Diademen ihr Wesen trieben, da fand sich diesmal zusammen die Vertreterschaft der revolutionären Vortruppen des Proletariats aus drei Erdteilen; nur Australien und Afrika waren nicht vertreten. Aber vielleicht schon auf dem nächsten Kongreß werden auch diese an den Verhandlungen teilnehmen, denn der Geist der III., der Kommunistischen Internationale, gleicht heute einem Flugfeuer, das den ganzen Erdball umkreist.

Der Ort, an dem der Kongreß stattfand, zeugt von der Wahrheit des Wortes: „Die Weltgeschichte ist das Weltgericht!" Der Moskauer Kreml, das Herz und die Zwingburg des alten zaristischen Rußlands, war jahrhundertelang der Brennpunkt der brutalsten Reaktion. Seine Paläste und pomphaft ausgestatteten Kirchen sind vom Schweiß und Blut des russischen Volkes erbaut worden. Die Geschlechter, die darin lebten und herrschten, glaubten, daß ihre Macht von ewiger Dauer sein werde. Von Jahrhundert zu Jahrhundert dehnte sich die zaristische Gewaltherrschaft immer weiter über Osteuropa und über Zentralasien aus. Drohend blickte der zaristische Doppeladler über die deutschen und österreichischen Grenzen; besorgt hörte der Engländer seine Flügel rauschen an den Einfallstoren Indiens. Aber es war ein Koloß auf tönernen Füßen. Denn als die Zeit erfüllet war, als das durch viele Generationen hindurch geknutete russische Volk sich erhob, da brach die zaristische Herrlichkeit in sich zusammen und dank der Energie der zielklarsten Träger der russischen Revolution begrub sie unter ihren Trümmern auch das kapitalistische System, riß sie den russischen Adel und die russische Bourgeoisie mit in den Abgrund. Und so kam es, daß jetzt an der Stätte, an der die Schmarotzer des Zarismus ihre Prunkfeste feierten, die Wortführer des revolutionären Proletariats der Welt den Feldzugsplan entwerfen konnten, der die Proletarier aller Länder in geschlossener Kampffront zum letzten Ansturm gegen das Weltkapital führen soll.

Der brave und korrekte Parteiphilister, der den pedantischen Geschäftsgang deutscher Partei- und Gewerkschaftskongresse gewohnt ist, hatte sicher an den äußeren Formen des Moskauer Kongresses manches auszusetzen. Aber die Tropenhitze der Moskauer Julitage spottete jeder zeremonösen Kleiderordnung, wie die revolutionäre Atmosphäre und die revolutionären Aufgaben des Kongresses den starren Geschäftsordnungsparagraphen nicht die Bedeutung zumaßen, die sie nur zu oft auf westeuropäischen Arbeitertagungen haben. In Genf, wo fast zu gleicher Zeit die Bankrotteure der II. Internationale den Versuch machten, einen Leichnam zu galvanisieren, mag es korrekter zugegangen sein. Aber heute nach vier Wochen wird von den Genfer Beschlüssen kein Wort mehr gesprochen, während der Kampfruf, der von Moskau ausging, in allen Ländern widerhallt — in der bürgerlichen Gesellschaft eine durch Spott und Verleumdung nur allzu schlecht bemäntelte innere Angst hervorgerufen hat und beim klassenbewußten Proletariat zu einer Klärung der Geister und zur Schließung der Reihen Anlaß gibt.

* * *

1½ Jahre war die Kommunistische Internale alt, als sie zum zweiten Male zu einer Tagung zusammentrat. Im März 1919 ließ die Kommunistische Partei Rußlands die Aufforderung zur Gründung einer neuen, einer revolutionären Internationale ergehen. Dem Rufe folgten zunächst nur kleine Parteien und Gruppen. Die großen Parteien Westeuropas und Amerikas rümpften damals verächtlich die Nase über diesen, wie sie sagten, sektenhaften Versuch, das internationale Proletariat zusammenzufassen. Aber die soziale Revolution, die als Folge des Weltkrieges durch alle Länder hindurchgeht, brachte sehr bald eine Wandlung der Anschauungen über die III. Internationale hervor. In den Augusttagen des Jahres 1914 begann der Todeskampf der II. Internationale, in der der Reformsozialismus ausschlaggebend war. In der Weltrevolution, die den Weltkrieg ablöste, zeigte sich — in dem einen Lande klarer, in dem anderen weniger deutlich —, daß dieser Reformsozialismus seiner Natur treu geblieben ist. In den Kriegsjahren war er Helfershelfer des mörderischen Imperialismus, in der Nachkriegszeit wurde er zum Lakaien des Kapitalismus, der nach den von ihm verschuldeten Erschütterungen überall wieder festen Fuß fassen will. Aber bei den Proletariern der ganzen Welt, auch bei denen, die niemals ein Wort der marxistischen Lehre vernommen haben, ist der Glaube an die ewige Gesetzmäßigkeit des Kapitalismus geschwunden. Davon zeugen die in unaufhörlicher Folge auftretenden Lohn- und Machtkämpfe des Proletariats in den einzelnen Ländern, davon zeugt der offene Bürgerkrieg, der auf den exponiertesten Kriegsschauplätzen der Weltrevolution ausgefochten wird. Das klassenbewußte Proletariat aber erkennt in immer größerem Umfange, daß die reformsozialistischen Parteien im jetzt entbrannten Entscheidungskampf zwischen Kapital und Arbeit jenseits der Barrikaden stehen. Sie sahen im Laufe des hinter uns liegenden Jahres, daß die internationale Vereinigung der Proletarier, die II. Internationale, einem wracken Schiff gleicht, das seine Passagiere in die Tiefe zu senken droht. Unter dem Druck von unten sahen sich die Bureaukraten der einzelnen Parteien gezwungen, den Pakt mit der II. Internationale zu kündigen. Stürmisch kam von unten auf der Ruf: Anschluß an die III. Internale! Widerwillig und zögernd kamen die Parteileitungen diesem Rufe nach, und so waren beim II. Kongreß in Moskau nicht nur vertreten die Parteien und Gruppen, die an der Gründung beteiligt waren, auch die Parteien des Westens hatten ihre Vertreter entsandt, um über den Eintritt in die III. Internationale zu verhandeln. Aber sie kamen zum größten Teil belastet mit den Parteitraditionen und mit dem ganzen Parteistolz, den der durch Kautsky geschulte westeuropäische Sozialist dem „tatarischen" Sozialismus entgegenbringt.

* * *

Nach den Schilderungen, die die offenen und verkappten Gegner des Anschlusses an die III. Internationale geben, sieht es so aus, als ob in Moskau fünf oder sechs verbissene und machthungrige Diktatoren säßen, die Tag und Nacht auf weiter nichts sinnen, als wie sie die Autonomie, das Selbstbestimmungsrecht, das freie Denken und den freien Willen der großen westeuropäischen Parteien knebeln und in spanische Stiefel zwängen können. Die ehrsamen Partei-

mitglieder, die brav ihre Beiträge bezahlen und in ihren Zahlabenden und Vereinsversammlungen grausige Schilderungen von der Diktatur Moskaus hören, glauben natürlich den altbewährten Führern, die zum Teil sogar noch den Glorienschein des Radikalismus tragen, und können daher nur schwer begreifen, daß der Anschluß an eine revolutionäre Internationale etwas mehr ist als ein Brüderschaftstrinken in der Stammkneipe. Diese braven Mitglieder merken nicht, daß der Anschluß an Moskau gleichkommt der Verurteilung einer Politik der Führer, die so beweglich über das Diktat von Moskau lamentieren; sie merken nicht, daß der Kampf gegen Moskau bei vielen Führern gleichbedeutend ist mit dem Kampf um das politische Renommee und — die materielle Position.

Es ist richtig, in Moskau hatte man vor Parteiehre und Parteitradition sehr wenig Respekt. Die Kernfrage, die allen in Moskau beschlossenen Thesen Leitsätzen und Bedingungen zugrunde liegt, die Kernfrage, die die Verhandlungen beherrschte, war: Wie muß die theoretische Grundlage und das organisatorische Prinzip beschaffen sein, um das revolutionäre Proletariat der Welt zu einer großen, geschlossenen und kampffähigen Armee zusammenzufassen? Vor allem zeigt das Beispiel der II. Internationale, wie eine neue, eine revolutionäre, eine kommunistische Internationale n i c h t sein darf. Die theoretische Grundlage der II. Internationale war die Demokratie. Das Prinzip der Demokratie, das den politischen Kampf des Proletariats in der Hauptsache zu einem Kampf um Parlamentsmandate werden ließ, und das im parteipolitischen Leben das Gesetz von der Autonomie der Partei zum Dogma machte. Sie schwärmten alle für die Demokratie, diese Parteien, die sich in der II. Internationale zusammenfanden, sie beglückwünschten sich bei jedem Mitglieder- und Mandatszuwachs, sie waren alle von ihrer eigenen Vortrefflichkeit überzeugt. Auf den Kongressen der Internationale paradierte die Gelehrsamkeit der ganzen sozialistischen Welt. Resolutionen wurden gefaßt, die wie eine Fanfare klangen und sich dann, als es darauf ankam, als eine klägliche Schamade erwiesen. Aber es waren demokratische, es waren autonome Parteien, die der II. Internationale angehörten. Unter den blutigen Geißelhieben des Weltkrieges, unter den Folgen der Revolution erkannten die Proletarier, die im Vordertreffen des revolutionären Kampfes standen, daß das demokratische Prinzip als Grundlage der proletarischen Politik abgetan sei. Das Prinzip der Diktatur des Proletariats trat aus dem theoretischen Nebel unter das scharfe Licht der aktuellen Tagesnotwendigkeit. Die Weltgeschichte zwang diese Erkenntnis zuerst dem russischen, dann auch dem mitteleuropäischen, vor allem dem deutschen Proletariat auf. Vom Beginn der deutschen Revolution an über den Märzparteitag in Berlin bis zum Leipziger Parteitag ging in der Deutschen Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei das Ringen zwischen den demokratischen Tendenzen und denen der Diktatur des Proletariats. Im Leipziger Aktionsprogramm wurde die Partei endlich prinzipiell und formell auf die Diktatur des Proletariats festgelegt.

Bei den Vorkämpfern der Weltrevolution war diese Erkenntnis schon seit dem Jahre 1917 festgewurzelt und hat in einem fast dreijährigen Bürgerkriege gegen das Weltkapital ihre Daseinsnotwendigkeit bewiesen. Und da nun einmal die Russen durch die Weltgeschichte an die führende Stelle der revolutionären

Kerntruppe des Weltproletariats gestellt worden sind, so kann doch nur blinder Parteiegoismus und kurzsichtiger Bureaukratendünkel ihnen das Recht streitig machen, als Sachverständige in bezug auf Theorie und Praxis der proletarischen Diktatur aufzutreten, wobei — es ist schlimm, daß man das gegenüber dem klugen, deutschen Sozialisten immer wieder betonen muß — die Russen selbst am besten wissen, daß die Diktatur des Proletariats sowohl bei Eroberung der politischen Macht wie auch später bei dem Kampf um ihre Erhaltung und den sozialistischen Aufbau je nach der ökonomischen und sozialen Struktur des einzelnen Landes verschiedene Formen annehmen wird. Aber es kann gar kein Zweifel bestehen, daß für den Kampf um die politische Macht und für die Aufrechterhaltung der Diktatur des Proletariats große, allgemeine Erfahrungstatsachen vorliegen, die für alle Länder Anwendung finden. Diese Erfahrungstatsachen dem kämpfenden Proletariat zunutze zu machen, muß eine der Hauptaufgaben einer revolutionären Internationale sein. Diese Aufgabe zu lösen, hat der Moskauer Kongreß sich redlich bemüht.

* *
*

Der russische Steppenwind hat kräftig hineingeblasen in den Nebel der demokratischen Ideologie, der in das noch unausgebaute Gebäude der kommunistischen Internationale einzudringen drohte. Nicht nur die offenen Bekenner der alleinseligmachenden Demokratie, auch die Leute, die trotz eines Lippenbekenntnisses zur Diktatur des Proletariats ihr geruhsames Parteidasein nicht durch die ungestüm auftretende Revolution gestört sehen möchten, sind von dem Moskauer Kongreß recht unzart zerzaust worden. Aber wer eine wirklich revolutionäre Internationale haben will, wer das Proletariat seines Landes und der ganzen Welt der auf Tod und Leben kämpfenden Weltreaktion erfolgversprechend entgegenstellen will, der muß auch eine Internationale in Kauf nehmen, die in der gegebenen historischen Situation allen alten, demokratischen, opportunistischen, sozialpazifistischen und reformistischen Mucken gründlich das Lebenslicht ausbläst, mag dabei auch manch alt ersessener Gelehrtenruhm und manch gespreizte Führercitelkeit in die Brüche gehen.

Aber wo bleibt die Autonomie, wo bleibt das Selbstbestimmungsrecht der Mitglieder, so zetern die, denen die Moskauer Sprache zu hart erscheint. Es waren autonome Parteien, die von 1889 bis zum August 1914 das bunte Sammelsurium darstellten, das sich II. Internationale nannte. Sie waren autonom, gaben sich ihre eigenen Gesetze, sie schufen sich ihre eigene Bureaukratie und — sie pfiffen auf die internationalen Beschlüsse, als es darauf ankam, zu zeigen, daß es eine internationale Kampffront des Proletariats gebe. Unzählige Massengräber, in denen 12 Millionen Männer und Jünglinge modern, zeugen davon, was angerichtet wird, wenn die einzelnen Glieder der Kampffront des Weltproletariats autonom sind, d. h. wenn sie tun können, was ihnen beliebt. Darum hat sich die kommunistische Internationale mit vollem Recht das Ziel gesteckt, eine einzige kommunistische Partei zu schaffen, die in der ganzen Welt theoretisch gleich fundiert und organisatorisch nach gleichen Grundsätzen aufgebaut ist. Darum stellt der Moskauer Kongreß der Autonomie, der Dezentralisation

der Parteien das Prinzip der Zentralisation gegenüber. Und die Kommunistische russische Partei kann die Richtigkeit und Notwendigkeit des Zentralisationsprinzips mit genügend viel Erfahrungsbeispielen beweisen. Anderseits zeigt aber gerade der bisherige Verlauf der deutschen Revolution, wie sehr uns die theoretische Klarheit und die organisatorische Geschlossenheit im Kampfe noch gefehlt hat.

Wenn jetzt in der deutschen Unabhängigen Sozialdemokratie der Kampf um den Anschluß an die kommunistische Internationale tobt, so handelt es sich wahrlich nicht um die Autonomie und die Ehre der Partei, nicht um das brutale Diktat einer blindwütigen Moskauer Clique, sondern es handelt sich darum, ob das klassenbewußte deutsche Proletariat sich für den unausweichbaren Kampf mit Kapital und Gegenrevolution endlich freimachen will von verwirrenden Ideologien und organisatorischer Zerfahrenheit, oder ob nach dem Motto: Stille, stille, kein Geräusch gemacht! weiter dahingewurstelt werden und das deutsche Proletariat unter dem doppelten Druck des heimischen und ausländischen Kapitals und unter der Fuchtel der triumphierenden Gegenrevolution durch Generationen hindurch ein Helotendasein führen soll.

Deutsche Proletarier! Euer Platz ist in der vordersten Kampfreihe des Weltproletariats! Wollt Ihr diesen Platz ausfüllen, müßt Ihr Schulter an Schulter stehen mit denen, die gleichen Geistes und gleichen Willens sind.

Die Kommunistische Internationale zeigt Euch den Weg, geht nach Moskau!

Der Kern des Konflikts.

Von H. Werner=Essen.

„Von der Diktatur des Proletariats muß nicht einfach wie von einer landläufigen eingepaukten Formel gesprochen werden, sondern sie muß so propagiert werden, daß ihre Notwendigkeit jedem einfachen Arbeiter, Arbeiterin, Soldaten und Bauern verständlich wird aus den Tatsachen des täglichen Lebens, die von unserer Presse systematisch beobachtet und Tag für Tag ausgenutzt werden müssen."

In diesem scheinbar simplen Satz, und gemessen an der in der U. S. P. D. bisher geübten Praxis, scheint etwas ganz Selbstverständliches ausgesprochen zu werden, und die Reden der Crispien und Dittmann u. a., auch jetzt noch trotz ihrer antibolschewistischen Propaganda, scheinen das nur zu bestätigen. Aber durch die Frage der Internationale vor die Notwendigkeit gestellt, uns klar entscheiden zu müssen, gezwungen, das innere Gefüge, die taktischen und organisatorischen Möglichkeiten, den geistigen Gehalt unserer Partei, den hinter uns liegenden Weg und die vor uns liegenden Aufgaben zu prüfen, da offenbart sich — wenigstens denen, die sehen wollen und wohl auch denen, die den Kopf in den Sand stecken, die wohl klar sehen, aber nicht den Mut zur Konsequenz aufzubringen vermögen — mit aller Deutlichkeit, daß in der Tat in der U. S. P. D.

von der „Diktatur des Proletariats“ wie von einer „landläufigen eingepaukten Formel“ gesprochen worden ist. Es war „Mode“ geworden, von der „Diktatur des Proletariats“ zu reden — weil es die gepeinigten Proletariermassen „bei der Stange“ hielt, immer von neuem wieder ihre Hoffnung weckte und ihr Sehnen nach Befreiung befriedigte —, so wie die Moskauer nicht mit Unrecht aus denselben Gründen sagen, daß es „Mode“ geworden sei, den Anschluß an die dritte Internationale zu suchen, beherrscht und getrieben von alter, eingefahrener Praxis, die lediglich einer traditionellen Sitte nachkommt, einer proletarischen Überlieferung Genüge tut und wobei sich nicht wenige der angenehmen Gedankenlosigkeit hingegeben haben mochten, in „bewährten“ Bahnen weitertrotten zu können. Wohl nur wenigen wird von Anfang an zum Bewußtsein gekommen sein, daß mit einem Anschluß an die „Dritte“ doch wohl etwas mehr verbunden sein wird als platonische Beteuerungen der Solidarität! Daß sich die Führer der Anschlußgegner aber durchaus darüber im klaren waren, was von ihnen bei einem Anschluß gefordert werden könnte, das zeigt jetzt die Selbstdemaskierung, die jeder einzelne von ihnen vornimmt. Und das ist zunächst einmal das große Verdienst der „Bedingungen“, daß sie kein Versteckspielen zulassen, daß nicht mehr mit schwammigen Phrasen „Radikalismus“ vorgetäuscht werden kann, daß vor allem die „Führer“ „Farbe bekennen“ müssen:

Moskau, der Vorposten der Weltrevolution, das Zentrum des gewaltigsten Ringens, zu dem bisher das Proletariat gezwungen war; ein Ringen, in dem nicht nur mit Begriffen gespielt werden konnte, sondern die Tatsachen zu eiserner Konsequenz zwangen, dieses Moskau fordert nun auch von denen, die eine Kampfgemeinschaft mit ihm eingehen wollen, die Nutzbarmachung dieser Erfahrungen und die Einstellung des inneren und äußeren Gefüges der Partei auf diese Erfahrungen, damit die Kampfgemeinschaft nicht nur eine platonische, sondern eine praktische werde. Damit verlangt kein Mensch, am allerwenigsten die scharfblickenden Moskauer Führer, eine sklavische Kopierung des Werdegangs der russischen Revolution auf Deutschland. Das wissen auch die Crispien und Dittmann und alle anderen, die aus sehr durchsichtigen Zwecken das Gegenteil behaupten. Sie sehen jetzt, daß die Partei — die in berauschendem Dusel und revolutionären Formeln, aber höchst schleimiger Inkonsequenz einen hohen Grad von Anpassungsfähigkeit entwickelte, nicht an die Notwendigkeiten des geschichtlichen Geschehens, sondern an das ohne Zweifel vorhandene Bedürfnis nach „Ruhe“, das wohl verständlich, aber in immer größere Zerrüttung, immer tiefer in den Abgrund führt —, die große Arbeitermassen in ihren Reihen sammelte, nun vor die Notwendigkeit gestellt ist, sich in der schwammigen, unklaren Gallertform mit einem harten, stählernen Block zu vereinigen. Die „Rechte“ und auch die „Linke“, sie beide wissen, daß sich solche Elemente nicht vereinigen lassen: harte Wirklichkeit dort — „landläufige, eingepaukte Formeln“ hier; darin liegt der Kern des Konflikts. Aber während jene ihm in „bewährter Praxis“ mutig auszuweichen suchen, hält es die Linke für die dringendste Notwendigkeit, ihn zu lösen! Und das deutsche revolutionäre Proletariat kann es nur begrüßen, daß der Konflikt jetzt und unter den gegebenen Umständen offenbar wurde. Über kurz oder lang mußte er zutage treten, und das hätte auch unter Umständen geschehen können, die dem Proletariat außerordentliche Opfer, und zwar nicht nur solche an unserer „Ehre“, sondern viel realere gekostet hätte. Die Probleme liegen offen, jetzt wäre Vertuschen gleichbedeutend mit Verderben; jetzt heißt es handeln, austragen, um Klarheit zu schaffen. Die Spuren, die aus den 90er Jahren zu einem 4. August führten, schrecken — vergessen wir sie nicht!

Wir können fürwahr den russischen Genossen dankbar sein — ohne blindlings zu ihren 21 Punkten Ja und Amen zu sagen —, daß sie sie gestellt haben und damit die

in unseren Reihen herrschenden verhängnisvollen Illusionen zerrissen und die „revolutionäre" Maske gelüftet haben. Wie viele kleinbürgerliche Lächerlichkeit noch in der U. S. P. D. herrscht, die notwendigerweise bei jeder revolutionären Aktion versagen muß und uns vieles Allzuunbefriedigende in der Partei und ihrem Tun seit November 1918 verstehen läßt, das zeigt jetzt mit erschreckender Deutlichkeit unsere Presse. Von den Reden und Artikeln der Crispien und Dittmann, Henke, Ledebour und Zietz angefangen bis herab zu den selbständigen Äußerungen der kleinsten Parteiblätter, offenbart sich mit krassester Aufdringlichkeit, wie notwendig es endlich war, daß unsere Partei gezwungen wurde, zur Klärung und über ihre Ursprungstendenzen des kleinbürgerlichen Pazifismus hinauszukommen. Die Debatte, die in der Partei über den Anschluß geführt wird, ist der sprechendste Beweis dafür, wie unbedingt berechtigt der § 1 und die übrigen ähnlichen der Bedingungen sind.

Wir dürfen nicht vergessen, daß es pazifistische und nicht revolutionäre Tendenzen waren, die unsere Partei geboren haben. Trotzdem aber aus dem Krieg die Revolution entstand, hat sich die U. S. P. D. nur scheinbar, äußerlich, in ihrem Programm, nicht aber in ihrem Wesen gewandelt. Die alte traditionelle „sozialdemokratische" Denkweise sitzt noch gar zu fest, besonders in den Kreisen der Führer in fast allen Graden, und gerät in immer schärferen Widerspruch mit dem ehernen Gang des geschichtlichen Geschehens. Es ist nichts besonders Erstaunliches, daß sich viele Genossen an den liebgewordenen Namen klammern. Er verkörpert ihre Wesensart, ihr pazifistisches, im Grunde antirevolutionäres Denken; das sich allerdings hinter revolutionären, bei manchen mit großem Pathos vorgetragenen Phrasen versteckt. Nur getrieben von der durch ihre Lebensbedingungen zum Handeln gezwungene Masse, setzte sich die Partei in Bewegung, selbstverständlich immer mit dem Leitstern „Diktatur des Proletariats", jedoch immer mit Gedanken: „aber nur mit demokratischen Mitteln". Das war die „große Initiative" von der bisher unsere Partei beherrscht war, und nur dem jämmerlichen Dilettantismus der links von uns Stehenden — die alle Ursache haben, sich ebenfalls die „Bedingungen" und alle grundsätzlichen Thesen und Beschlüsse genau anzusehen und Moskau nicht nur nachzuplappern, sondern auch von ihrem Geist und ihrem konsequenten Handeln zu lernen — hat es die U. S. P. D. zu verdanken, daß sie bis jetzt noch die Massenpartei geblieben ist.

Das also ist nötig und das Grundproblem des Anschlusses: daß von der Diktatur des Proletariats nicht nur wie von einer „landläufigen eingepaukten Formel" gesprochen wird! Bisher war sie nur ein Mittel zur Agitation, weil die „Demokratie" durch die Tatsachen gar zu sehr in Mißkredit geraten ist. Die hungernde, frierende, in immer größeres Elend versinkende Masse und der praktische Anschauungsunterricht in der „freiesten Demokratie", den sie durch das Regime des Heine und Noske empfangen hat; die absolute Machtlosigkeit der mit regierenden „Sozialisten" durchsetzten Staatsgewalt gegenüber der vollständigen Zerrüttung auf der einen, der wahnsinnigen Profitmacherei, der aufreizenden Verschwendung und der frech und ungeniert betriebenen Organisierung der Reaktion auf der anderen Seite, zwang dazu, endlich zu begreifen, daß trotz aller „demokratischen" Auslegungsversuche die Marx' und Engelsschen Theorien von der Diktatur des Proletariats etwas anderes seien als die Eroberung der politischen Macht durch den Stimmzettel. Daß in Leipzig unser Aktionsprogramm einstimmig angenommen wurde, ist der Ausdruck der einmütigen theoretischen Anerkennung dieser Tatsachen, — aber auch nicht mehr! Denn zahlreichen, besonders in den „oberen Regionen" unserer Partei vorhandenen pazifistischen Gemütern ist der Gedanke, daß die Diktatur auch einmal verwirklicht werden muß, schreckhaft bis zum Entsetzen, und die, wie sich nun besonders in der gegenwärtigen Debatte zeigt, pazifistisch-demokratischen Illusionen von der „Mehrheits"herrschaft, der Preß„freiheit", der Verneinung der

Gewalt usw., mit denen man in „friedlichen" Vorkriegszeiten so billig den Beifall jeder Volksversammlung eroberte, wirken noch heute sehr lebendig nach und drohen jetzt, wo uns die harte Wirklichkeit der entscheidenden Kämpfe immer näher auf den Pelz rückt, zu einem furchtbaren Verhängnis zu werden.

Allerdings, den bisherigen Führern des revolutionären Proletariats alle Schuld für das Stocken der Revolution, für die Rückschläge und Niederlagen aufbürden zu wollen, wäre Unsinn. Denn daß auch die Revolution ein dialektischer, ein sich in Widersprüchen und nur nach und nach zu höherer Einsicht führender Prozeß ist, ist schon zum Gemeinplatz geworden. Was Marx und Engels von der proletarischen Revolution voraussagten, sehen wir sich erfüllen, daß die proletarische Revolution eine Kette von sich steigernden, mit zeitweiligen Siegen und Niederlagen abwechselnder Kämpfe ist, bis schließlich das siegreiche Proletariat so stark ist, daß ihm die Macht nicht mehr entwunden werden kann. Aber alle diese Erkenntnisse schließen die weitere Erkenntnis nicht aus, daß die Bedeutung der Etappen vermindert, die Größe der zeitweiligen Niederlagen gesteigert werden, weil die in unserem Aktionsprogramm ausgesprochenen Grundsätze für die Führung der Partei — und wir haben dabei nicht nur die oberste Zentrale, sondern vor allem die Presse — noch immer nur Papierbekenntnisse, „landläufige eingepaukte Formeln" sind.

In der jetzt tobenden Debatte werden die schärfsten Beweise für die Notwendigkeit der gestellten Bedingungen geliefert, für die Notwendigkeit, daß endlich alle unklaren, zweideutigen und schwankenden Elemente abgestoßen werden: Trotz der Erfahrung über die unselige Rolle, die die bürgerliche Preßfreiheit bei der Zermürbung der proletarischen Macht in den ersten Revolutionswochen gespielt hat, trotz der Erfahrungen in dieser Beziehung auch aus den Märztagen 1920, trotz der riesenhaften Opfer, die auch der weiße Schrecken schon in Deutschland gefordert hat, debattiert man zur Klärung der Anschlußfrage an die Internationale jetzt noch im Stadium des latenten Bürgerkrieges — dessen offener Ausbruch nur noch von dem ominösen „Funken ins Pulverfaß" abhängig ist —, über die Methoden und Notwendigkeiten der proletarischen Diktatur; ereifert sich in größter Entrüstung dagegen, daß die „Preßfreiheit" nicht gewährleistet werden soll und daß ausgesprochen werden soll, daß die Bourgeoisie mit ihrem Riesenverteidigungsapparat nicht nur mit gekreuzten Armen niedergezwungen und niedergehalten werden kann, sondern daß dazu auch schärfste Gewalt notwendig sein wird; und daß ferner das Proletariat sich nicht immer in der Defensive halten kann, sondern schließlich auch kühn und mutig zur Offensive wird übergehen müssen; das heißt nichts anderes, als daß es sich nicht wie bisher unter schwankender und zögernder Führung immer nur von den Ereignissen treiben lassen kann, sondern die Dinge meistern muß. Ja, das sind alles schreckhafte Gedanken, und der, der sie ausspricht, hat „kein Herz im Leibe", wie Ledebour, der „große" Führer der Berliner Kämpfe, auf der Reichskonferenz unter dem Beifall seiner Gleichgesinnten zum Besten gab.

Diese Erfahrungen geben uns die Bestätigung dessen, was Radek in seiner Schrift „Proletarische Diktatur und Terrorismus" schreibt: Es genügt nicht, daß die Arbeitermassen ihren Führern das Bekenntnis zur Diktatur abpressen, sondern es gilt, „an den Weichenstellen des proletarischen Eisenbahnsystems Vertreter des revolutionären Proletariats zu haben, deren Auge ruhig die Tatsachen wahrnimmt und deren Hand nicht zittert. Eine Rätediktatur mit Führern, die nicht endgültig innerlich mit dem kapitalistischen System gebrochen haben, die nicht bereit sind, alles das zu tun, was die harte Notwendigkeit erfordert, eine solche Diktatur kann nur eine Scheindiktatur, das heißt eine sichere Niederlage sein".

Die beliebte Phrase, mit der noch immer billige Erfolge bei allen Gedankenlosen erzielt werden, ist, daß man alles, was die Folge und die Notwendigkeit der proletarischen Diktatur sein wird, notwendigerweise wird tun müssen, aber daß man das nicht erörtern, nicht vorbereiten und nicht zum „System" erheben dürfe usw. Daran ist ja nicht zu zweifeln, daß der Selbsterhaltungstrieb das Proletariat schließlich dazu zwingen wird — wenn es ungeheure Opfer gebracht hat. Die revolutionären Kämpfe der Vergangenheit und der Gegenwart haben aber bis jetzt noch immer gezeigt, daß die revolutionäre Klasse die größeren Opfer zu buchen hat, weil sie unklar und unbestimmt, gutmütig von Natur aus, nicht mit der brutalen Herzlosigkeit der zum Untergang verurteilten Klassen gerechnet haben. Nichts mehr wird ausgesprochen und verlangt, als vollständige Klarheit über alle Konsequenzen und Bedingungen der als Notwendigkeit anerkannten Diktatur. Nicht aus „Herzlosigkeit", nicht aus Blutgier, sondern zu dem Zweck, das Opfer zu sparen, den Kampf abzukürzen, und wozu die Voraussetzung ist, daß allen wankenden und schwankenden demokratisch-pazifistischen Elementen die Möglichkeit verrammelt wird, hinter revolutionären Phrasen ihren Pazifismus, ihr bewußtes oder unbewußtes Bestreben, sich von den Geschehnissen treiben zu lassen — wofür das kämpfende Proletariat die Kosten tragen muß — zu verstecken, und so letzten Endes, trotz ihres Pazifismus, zur Vermehrung der Opfer beitragen!

Nicht mehr und nicht weniger verlangen die Bedingungen, als die bewußte Anwendung der Erfahrungen aus der russischen und deutschen Revolution der Gegenwart, die nur eine Bestätigung der geschichtlichen Erfahrungen aus allen Bürgerkriegen und revolutionären Umwälzungen der Vergangenheit sind, und die bewußte Einstellung des deutschen Proletariats und unserer Partei — das seine Führerin sein will — auf die Notwendigkeiten des Kampfes, den das Proletariat zu führen hat, wenn es nicht untergehen will, und den es nur in der Gemeinschaft einer starken Internationale führen kann. Die Vorbedingung zu alledem dann aber ist die Lösung der grassierenden Halbheiten und Zweideutigkeiten in unserer Partei, denen allein wir die schwere Krise verdanken, in die uns die Anschlußfrage an die Internationale bringen konnte.



Proletarische Neutralität in der Revolution?

Von Anna Geyer.

Mit allen Mitteln ist das internationale Kapital bestrebt, Rußland durch fortwährende militärische Angriffe am Aufbau einer sozialistischen Wirtschaftsweise zu verhindern. Den Judenitsch, Denikin, Koltschack folgte General Wrangel und die Republik Polen, die als Vasallen des einigen Weltkapitals gegen Rußland zu Felde ziehen mußten. Besonders auf den Kampf der polnischen Heere setzte die Regierung der kapitalistischen Länder große Hoffnungen. Im Laufe des Juni und Juli dieses Jahres rückte die Wahrscheinlichkeit immer näher, daß Rußland nach der Niederringung von Judenitsch, Denikin, Koltschak auch die Abschüttelung seiner polnischen Gegner gelingen würde.

Vom 5. bis 16. Juli fand in Spaa eine Konferenz der kapitalistischen Regierungen Europas statt. Nur wenig wurde der Öffentlichkeit mitgeteilt von dem, was dort ver-

handelt wurde. Aus dem Wenigen aber geht hervor, daß auf der Konferenz von Spaa die Veränderung des Verhältnisses zwischen den Regierungen der Entente und derjenigen Deutschlands ihren politischen Ausdruck gefunden hat. Nur der Form nach standen sich dort in Spaa zwei Mächte gegenüber, die sich noch vor kurzem auf das erbittertste bekämpft haben. In der Tat überbrückte bereits eine neue Gemeinsamkeit ihrer Interessen die noch vorhandenen Differenzen. Diese Gemeinsamkeit der Interessen ist zunächst gegeben bei der Ausbeutung des deutschen Proletariats, an dessen Arbeitsleistungen die Kapitalisten Deutschlands ebenso wie die der Entente verdienen wollen. Darüber hinaus aber besteht eine Interessengemeinschaft an der Niederhaltung der Revolution. In der Erkenntnis, daß sich das Zentrum der Weltrevolution immer mehr nach Deutschland verschiebt, suchten die Regierungen der Entente die gegenrevolutionären Kampfmöglichkeiten der deutschen Regierung zu stärken. Sie ließen ihr ein über Erwarten großes konterrevolutionäres Heer.

Wenn weiter in den Berichten über die Konferenz in Spaa gesagt wurde, daß man auch über die russisch-polnische Frage gesprochen habe, so liegt wohl das Wesentliche dieser Verhandlungen in dem, was man vorsichtig verschweigt. Nicht durch Worte, nicht durch Berichte, sondern durch Taten zeigt man dem Proletariat, daß die kapitalistischen Regierungen Abmachungen untereinander getroffen haben, um ihren Kampf einheitlich zu führen gegen das revolutionäre Proletariat, und vor allem gegen seine vorgerückteste Machtposition im Osten Europas.

Am 16. Juli war die Konferenz in Spaa beendet. Am 20. Juli erfolgte die Erklärung der deutschen Regierung, daß sie sich in dem Kampf zwischen Polen und Rußland neutral verhalten werde. Fast gleichzeitig kamen die ersten Meldungen, daß die Entente Truppen und Munition durch Deutschland transportierte.

Die in Spaa versammelten Vertreter des Weltkapitals haben eingesehen, daß die Position der deutschen Regierung gegenüber der deutschen Arbeiterklasse so wenig sicher ist, daß die deutsche Regierung nicht wagen kann, offen Polen zu unterstützen. Die Neutralitätserklärung der deutschen Regierung ist ein Bekenntnis ihrer Schwäche gegenüber der deutschen Arbeiterklasse, und zugleich ein Bekenntnis der Schwäche des Weltkapitals, das mindestens im gegenwärtigen Augenblick den offenen Konflikt zwischen dem deutschen Proletariat und der deutschen Bourgeosie fürchtet.

Die deutsche Arbeiterklasse beantwortete zunächst die Neutralitätserklärung der deutschen Regierung folgerichtig mit der Drohung, daß sie ihre Machtmittel anwenden werde, sobald die deutsche Regierung ihre zugesicherte Neutralität brechen werde. Gewiß nicht aus Begeisterung für eine neutrale Haltung gegenüber dem kämpfenden Proletariat Rußlands wurde diese Erklärung abgegeben, oder aus Gleichgültigkeit gegenüber dem Ringen an der Ostgrenze Deutschlands, sondern weil die realen Machtmittel der deutschen Arbeiterklasse im gegenwärtigen Stadium keine energischere Unterstützung der kämpfenden Genossen zulassen.

In den Wochen, die der Neutralitätserklärung der deutschen Regierung folgten, die zunächst nur eine Form war, durch die Drohung des Proletariats indessen eine Realität für die Regierungen der Entente wurde, ließ sich die Entente keinen eklatanten Neutralitätsbruch zuschulden kommen. Ihre schlaue Taktik, nicht offen und brutal die deutsche Neutralität zu brechen, sondern sie gleichsam zu durchlöchern durch fortgesetzte kleinere Truppen- und Kriegsmaterialsendungen bewährte sich gegenüber dem deutschen Proletariat, das ja allein als Wächter über die deutsche Neutralität in Betracht kam. Die Unterstützung Polens besonders durch Frankreich vollzog sich, soweit dazu die deutsche Neutralität gebrochen wurde, unter dem Schutze des Versailler Vertrags. Seine Bestimmungen wurden gedreht und gewendet von der französischen Regierung im trauten

Verein mit derjenigen Deutschlands. Unter seinem Schutze kamen Waggons und Schiffe voll Munition, kamen Poloniazüge durch Deutschland.

Dieser Düpierungsversuch gegenüber der deutschen Arbeiterschaft gelang. Sie ist zum großen Teil noch heute befangen in pazifistischen Gedankengängen, die ihre Berechtigung haben mochten in der historischen Epoche der imperialistischen Kriege, die aber heute überholt sind, wo wir in die Epoche der offenen Kämpfe zwischen Kapital und Proletariat eingetreten sind. In dieser Epoche bedeutet jedes Ausweichen vor notwendigen Kämpfen in seiner Wirkung eine Unterstützung der Gegenrevolution. In dieser Epoche bedeutet es auf jeden revolutionären Kampf, auf die Erfüllung der selbstverständlichsten Solidaritätspflicht verzichten, wenn der Versailler Vertrag in den Köpfen des deutschen Proletariats als unantastbar dasteht.

Dort, wo diese Vorstellung nicht die revolutionäre Tatkraft der Arbeiter lähmte, wie bei den Erfurter Eisenbahnern, haben wir beschämt zu konstatieren, daß sie für ihre selbstverständliche Pflichterfüllung von dem deutschen Proletariat von seiner Kontrollkommission desavouiert wurden. Aus Unklarheit hat die deutsche Arbeiterschaft einige ihrer besten Kämpfer auf dem Altar der Gegenrevolution geopfert. Schmunzelnd können die Gegenrevolutionäre der ganzen Welt konstatieren, daß sie die Vorstellung von der Heiligkeit des Versailler Vertrags als eine ihrer schärfsten Waffen gegen das deutsche Proletariat ins Treffen führen können.

Zwischen der drohenden Haltung der deutschen Arbeiterschaft zur Zeit der Neutralitätserklärung der deutschen Regierung und heute liegt ein Teilsieg der Bourgeoisie, der errungen wurde durch ihre geschickte Politik. Diese Epoche ist kein Ruhmesblatt in der Geschichte der revolutionären Kämpfe des deutschen Proletariats. Ein Sieg, den der Gegner erringt nicht infolge seiner realen Übermacht, sondern auf Grund der Unklarheit des Proletariats, gereicht dem Besiegten gewiß nicht zur Ehre.

Die Ursache dieser Niederlage liegt nicht zuletzt darin, daß sich das deutsche Proletariat bis heute noch nicht zusammengefunden hat in einer starken, einflußreichen, politisch-klaren Partei. Jetzt ist die deutsche Arbeiterklasse dabei, sich diese Partei zu schaffen und damit die Voraussetzung seiner zukünftigen Kämpfe zu bessern. Noch ist dieses Blatt der Geschichte nicht umgewendet. Allwöchentlich fahren Poloniazüge durch Deutschland, und auf Schiffen wird Kriegsmaterial nach Polen transportiert. Noch kann die deutsche Arbeiterklasse beweisen, daß die Erfahrungen der letzten Wochen ihre Erkenntnis geklärt haben. Sie kann der anfänglichen Lauheit ihrer Haltung eine Zeit der Taten folgen lassen, die geeignet ist, die Scharte, die sich das deutsche Proletariat unzweifelhaft in den letzten Wochen holte, wieder auszuwetzen.

Grundsätzliche Steuerpolitik.

Von Curt Geyer.

Durch die Wirkungen des Krieges sind die objektiven wirtschaftlichen Voraussetzungen geschaffen worden, die die soziale Revolution zu einer unumgänglichen Notwendigkeit für das Proletariat machen, zugleich aber auch die ideologischen Voraussetzungen der sozialen Revolution bei der Arbeiterklasse. Die Periode des Waffenstillstandes zwischen den Klassen ist vorüber, die Periode der Entscheidungskämpfe hat begonnen. Diese Wandlung der Kampfverhältnisse erfordert völlige Wandlung der Kampfmethoden des Proletariats. War vor dem Kriege der Kampf der Arbeiterschaft vornehmlich auf die Verbesserung der Stellung des Proletariats gegenüber dem Bürgertum eingestellt, muß er sich jetzt

auf die Eroberung der Macht richten. Vor dem Kriege konnte in der Erwartung, daß noch lange Frist verstreichen könne bis zu den entscheidenden Machtkämpfen, versucht werden, durch gesetzgeberische Arbeit im Parlament Resultate zu erzielen, die nach langfristiger Wirksamkeit eine Verbesserung der physischen und moralischen Lage des Proletariats bedeuteten. Die Maschinerie der Demokratie konnte in der Periode der Sammlung der Arbeiterklasse ausgenutzt werden zur Verbesserung der Kampfbedingungen. In der Periode der Entscheidungskämpfe, in die wir eingetreten sind, sind die Grenzen der Ausnutzbarkeit der Maschinerie der Demokratie für die Verbesserung der Kampfbedingungen des Proletariats im großen und ganzen erreicht. Das Hauptgewicht ist daher nicht mehr auf die Benutzung der parlamentarischen Gesetzgebungsmaschine zu legen, sondern auf revolutionäre Aktivität, und die Betätigung im Parlament muß auf die Forderung der revolutionären Aktivität eingestellt werden.

Ein Schulbeispiel für die Notwendigkeit der Umstellung der Taktik der Partei im Parlament im revolutionären Sinne bietet die Steuerpolitik. Die Steuerpolitik war vor dem Kriege der Punkt, an dem die vornehmlich auf Verbesserung der Kampfbedingungen, auf die Hebung der materiellen Lage des Proletariats gerichtete Politik der alten Sozialdemokratie am reinsten zum Ausdruck kam. Es schien vor dem Kriege klar, daß durch eine positive Steuerpolitik eine *Verbesserung der Lage der Arbeiter* zu erzielen war, wenn es gelang, durch das parlamentarische Votum der Partei eine für das Proletariat günstige Verteilung der Steuerlasten zwischen Bürgertum und Arbeiterklasse zu erreichen. Es erschien zu sinnfällig, daß es einen mit Händen greifbaren Vorteil für die Arbeiterklasse bedeutet, wenn sie — um ein Beispiel anzuführen — nicht die volle Steuerlast für die Heeresvermehrung zu tragen hatte, sondern wenn durch die Zustimmung der Partei zum Wehrbeitrag ein erheblicher Teil dieser Neubelastung auf die Schultern der Besitzenden abgewälzt wurde. Aber schon zu diesem Zeitpunkte begannen innerhalb der alten Sozialdemokratie Auseinandersetzungen darüber, ob diese Steuerpolitik richtig sei. Die Debatten um den *Verwendungszweck der Steuern* zeigten schon damals, daß ein Teil der Partei der Ansicht war, daß die Periode des Waffenstillstandes zwischen den Klassen zu Ende gehe und die Periode der revolutionären Aktivität anhebe, in der alles getan werden müsse, um die Befestigung opportunistischer Gedankengänge in der Ideologie der Arbeiterklasse zu verhindern und ihre volle Aufmerksamkeit auf die Eroberung der politischen Macht zu richten.

Damals hatten die Befürworter der Zustimmung zum Wehrbeitrag das namentlich bei der Arbeiterschaft schwerwiegende Argument für sich, daß sie mit ihrer Haltung einen augenblicklichen Vorteil für die Arbeiterschaft, die Verhütung neuer indirekter Steuern erzielt hatten. Die Staatswirtschaft machte damals noch einen nach heutigen Begriffen kleinen Teil der gesamten Volkswirtschaft aus. Die Steuerbeträge, die damals in Frage kamen, bewegten sich in solchen Ausmaßen, daß sie die Entfaltungsmöglichkeit des kapitalistischen Systems nicht einschneidend beeinflußten. Die volkswirtschaftliche Möglichkeit, die Steuerlast auf den Mehrwert zu legen, ohne die Grundlage der Existenz des kapitalistischen Systems anzugreifen, war damals theoretisch noch gegeben. Damit aber bestand die Möglichkeit, durch eine positive Steuerpolitik materielle Augenblicksvorteile für die Arbeiterschaft zu erreichen. Darüber, was eine solche positive Steuerpolitik damals für die revolutionäre Aufklärung der Arbeiterschaft an Hemmungen bedeutete, braucht hier nicht gesprochen zu werden.

Durch die Kriegswirkungen aber hat sich das Verhältnis der Staatswirtschaft zur Volkswirtschaft grundlegend geändert. Die Staatswirtschaft macht heute den wesentlichsten Teil der gesamten Volkswirtschaft aus, so daß heute eine jede steuerpolitische Maßnahme zugleich eine wesentliche wirtschaftspolitische Maßnahme bedeutet. Die Maßnahmen der Steuerpolitik sind heute entscheidend für die Gestaltung des sozialen Verhältnisses der Klassen zueinander. Sie regulieren heute

in entscheidendem Maße das Verteilungsverhältnis zwischen den Klassen. Die Erfordernisse der Staatswirtschaft sind durch den Krieg so gesteigert worden, daß im Rahmen des kapitalistischen Systems nicht mehr die Möglichkeit besteht, sie durch Steuern aus dem Mehrwert zu decken. Die Versuche, im Rahmen des kapitalistischen Systems und des bürgerlichen Staates eine Steuerpolitik nach den Grundsätzen sozialistischer Steuertheorie zu betreiben, würden zu einer Aufhebung der Akkumulationsmöglichkeit für das Kapital führen und damit die Grundlage des kapitalistischen Systems erschüttern. Es ist darum heute klar, daß die Verwirklichung einer sozialistischen Steuerpolitik, die vor dem Kriege im Rahmen des bürgerlichen Staates theoretisch volkswirtschaftlich noch möglich erschien, wenn man von den sozialen Kräfteverhältnissen abstrahierte, nur in einem proletarischen Staatswesen nach der Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat möglich ist. Deshalb wurden im Aktionsprogramm von Leipzig die Aufgaben der sozialistischen Steuerpolitik nicht für die Zeit **vor** der Eroberung der politischen Macht formuliert, sondern für die Zeit der Diktatur des Proletariats.

Der Steuerpolitik des bürgerlichen Staates ist die Grenze gezogen durch die Akkumulationsmöglichkeit des Kapitals. Um die ins Gigantische gesteigerten Erfordernisse der Staatswirtschaft decken zu können, ist es notwendig, daß der bürgerliche Staat die Steuern auf den Arbeitslohn gewaltig anspannt. Volkswirtschaftlich bedeutet das, daß der Staat durch seine Steuerpolitik die Kaufkraft der Massen zu schwächen sucht. Soll das kapitalistische System aufrechterhalten werden, so ist es notwendig, daß die Güterverteilung zwischen den Klassen in solchem Verhältnis erfolgt, daß die Möglichkeit einer Akkumulation des Kapitals bestehen bleibt. Diese Möglichkeit besteht nur, wenn die Kaufkraft der Massen systematisch und in großem Stile herabgesetzt wird. Das Unternehmertum versucht dies Ziel direkt zu erreichen, indem es die Löhne abbaut und die Arbeitszeit verlängert. Der Staat wirkt in der gleichen Richtung durch seine Steuerpolitik. Es ist der Sinn der Steuerpolitik des bürgerlichen Staates, **daß sie die Existenzmöglichkeit des kapitalistischen Systems aufrechterhalten will um den Preis der Verelendung der Arbeiterklasse.**

Nun aber scheint heute die Grenze der Verelendung der Arbeiterklasse erreicht. Diese Grenze wird nicht bestimmt durch physische Faktoren, sondern durch das soziale Kräfteverhältnis, durch den Kampfwillen der Arbeiterklasse, durch das Maß sozialistischer Einsicht und revolutionärer Energie, das ihr innewohnt.

Den Wirkungen der Steuerpolitik des bürgerlichen Staates setzt die Arbeiterschaft den sozialen Kampf entgegen. Die Periode der Streiks, die jetzt eingesetzt hat, ist die Folge davon. Andererseits sind die Kapitalisten gezwungen, um der Behauptung der Existenzmöglichkeit des kapitalistischen Systems willen die Überwälzung der Steuer vom Arbeitslohn auf den Mehrwert zu verhindern. Das Resultat dieser sozialen Kämpfe ist, von Augenblickserscheinungen abgesehen, jener für die Staatswirtschaft wie für die kapitalistische Volkswirtschaft verhängnisvolle Zirkel: Anspannung der Steuer — Lohnkämpfe — Preissteigerung — Wachsen des Staatsbedarfs — neue Anspannung der Steuern — verbunden mit endloser Schulden- und Papiergeldwirtschaft, die diesen Prozeß beschleunigt. Bei den Kämpfen aber um die Überwälzung der Steuer und damit um die Verteilung ist das Unternehmertum entschieden im Vorteil, da es in der Lage ist, das Preisniveau zu bestimmen.

Unter solchen Umständen verschwinden die Unterschiede in der Bewertung der verschiedenen Steuerarten durch eine wirklich sozialistische Politik. **Jede Steuer, gleichviel ob direkt oder indirekt, wirkt heute als eine Schwächung der Kaufkraft der Massen, wie eine wirtschaftspolitische Maßnahme, die bestimmt ist, die Existenz des kapitalistischen Systems um den Preis der Verelendung des Proletariats aufrechtzuerhalten.** Die Ersetzung einer indirekten Steuer durch eine direkte bedeutet heute im Rahmen des bürgerlichen

Staates *keine dauernde Verbesserung der Lage der Arbeiterklasse.* Kein dauernder positiver Vorteil kann durch irgendeine steuerpolitische Maßnahme im Rahmen des bürgerlichen Staates für die Arbeiterklasse erreicht werden. Angesichts dieser Tatsache ist eine Einstellung der parlamentarischen Steuerpolitik unter dem Gesichtspunkt der Erreichung materieller Vorteile für die Arbeiterschaft völlig unfruchtbar. Einzig entscheidend für die parlamentarische Steuerpolitik der Partei kann heute nur die Entscheidung nach dem Verwendungszweck der Steuer sein, um die Ausdrucksweise früherer Steuerdiskussionen zu gebrauchen.

Heute *positive Steuerpolitik* im Parlament treiben, bedeutet nicht nur, der Erhaltung des Machtinstruments des bürgerlichen Staates gegen die Arbeiterklasse um den Preis der Verelendung der Arbeiterklasse zustimmen, sondern *bedeutet, kapitalistische Wirtschaftspolitik* zur Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems treiben.

Aus dieser Erkenntnis heraus müssen *die Grenzen der parlamentarischen Steuerpolitik* der Partei bestimmt werden. Eine scharfe Scheidelinie ist zu ziehen gegen die rechtssozialistische Steuerpolitik, die nicht nur bestimmt werden darf durch die leere Formel: Ablehnung aller indirekten Steuern, sondern aus der grundsätzlich revolutionären Stellungnahme dem bürgerlichen Staat wie dem kapitalistischen Wirtschaftssystem gegenüber. Nicht minder scharf aber muß diese Grenzlinie auch gezogen werden gegen alle opportunistischen Gedankengänge in unseren eigenen Reihen, gegen den Glauben, daß bei Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems irgendeine Steuerpolitik gefunden werden könnte, die der Arbeiterklasse materielle Vorteile, günstigere Lebensbedingungen schaffen könnte.

Nicht Verbesserungsarbeit an der Steuergesetzgebung des bürgerlichen Staates ist die Aufgabe der Partei im Parlament — denn die bürgerliche Steuergesetzgebung ist nicht verbesserungsfähig für die Arbeiterklasse —, sondern Ausnutzung der parlamentarischen Debatten über die Steuergesetzgebung, um Kritik zu üben an der heutigen Staatswirtschaft, am kapitalistischen System überhaupt, um an dem Zustand der Staatswirtschaft und an der Hand der Kritik der bürgerlichen Steuerpolitik der Arbeiterklasse die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit der sozialen Revolution aufzuzeigen, sie zu gewinnen für die revolutionären Kampfmethoden. Die parlamentarische Taktik der Partei in den Fragen der Steuergesetzgebung muß der Arbeiterschaft klar machen, daß die bürgerlichen Parteien das kapitalistische System aufrechterhalten wollen, um den Preis der Verelendung der Arbeiterklasse, sie muß aber vor allem auch eingestellt sein auf den Kampf gegen die rechtssozialistische Steuerpolitik, die einer Unterstützung des Kapitalismus im Kampf gegen die Arbeiterklasse gleichkommt. Von solchen Gesichtspunkten aus muß die Taktik der Partei im Plenum und in den Kommissionen bestimmt werden. Welche Maßnahmen im einzelnen dazu nötig sind, inwieweit Anträge zu stellen sind, die entweder auf eine Entlarvung des Gegners oder auf Obstruktion abzielen, das ist eine Frage der Praxis. Für die *allgemeine* Stellungnahme gegenüber der Steuergesetzgebung in der heutigen ökonomischen und politischen Situation folgt darauf: *Ablehnung aller Steuern, gleichviel ob es sich um direkte oder indirekte Steuern handelt, gleichviel ob sie mehr oder weniger progressiv nach oben gestaffelt sind.*

Eine solche grundsätzliche Stellungnahme gegenüber der Steuergesetzgebung des bürgerlichen Staates ist bisher von der Partei *nicht* eingenommen worden. Die wirtschaftliche und politische Entwicklung hat die Voraussetzung für eine solche grundsätzliche Stellungnahme geschaffen, *aber die Ideologie der Parteiführer hat mit dieser Entwicklung nicht Schritt gehalten.* Gerade an den Fragen der Steuerpolitik — wo allerdings auch die Versuchung am stärksten ist — zeigt sich *die Zurückgebliebenheit der opportunistischen Ideologie.* Noch immer spukt der Gedanke in den Köpfen mancher Parlamentarier der Partei, daß sich durch die Steuerpolitik *positive Vorteile* für die Arbeiterklasse verwirklichen ließen. Diese Überbleibsel aus der Vorkriegszeit

sind — um ein Beispiel anzuführen — im Laufe der Wirksamkeit der Partei in der Nationalversammlung bei der Stellungnahme zum Reichsnotopfer hervorgetreten. Das Reichsnotopfer in seiner endgültigen Gestalt ist nichts anderes als eine Einkommensteuer, die für die Staatswirtschaft und Volkswirtschaft, und damit für das Proletariat dieselben Wirkungen haben muß, wie jede andere Steuerart auch. Von einer grundsätzlichen Stellungnahme zur bürgerlichen Steuerpolitik aus mußte sich die Ablehnung dieser Steuer ohne weiteres ergeben. Trotzdem fanden sich in der Fraktion der Nationalversammlung kaum drei oder vier Genossen für die Ablehnung des Reichsnotopfers. Diese Steuer erschien durch ihre Aufmachung als eine reine Besitzsteuer. Daß auch sie überwälzt werden würde, schien nicht ohne weiteres klar. Um dies zu erkennen, wäre eine klare Einsicht in die ökonomischen und sozialen Zusammenhänge der heutigen Situation bei der ganzen Fraktion erforderlich gewesen. Aus spezifisch-opportunistischen Gedankengängen heraus hat damals die Fraktion der Nationalversammlung dem Reichsnotopfer zugestimmt.

Diese Überbleibsel opportunistischer Gedankengänge aus der Vorkriegszeit müssen verschwinden. An ihre Stelle muß die Erkenntnis treten, daß die Ausnutzbarkeit der Maschinerie der Demokratie zur Verbesserung der materiellen Lage der Arbeiterklasse ihre Grenze erreicht hat. Die Taktik der Partei der bürgerlichen Steuergesetzgebung gegenüber muß von grundsätzlichen revolutionären Erwägungen bestimmt werden. Absage an allen Opportunismus, Absage an den Gedanken, daß auf dem Wege der Steuerpolitik materielle Vorteile für die Arbeiterklasse erzielt werden könnten, Absage an alle positive Steuerpolitik, Ausnutzung der Steuerdebatten, um den Massen die Notwendigkeit und Unvermeidlichkeit der Revolution zu zeigen und ihren Willen zur Revolution zu wecken — das sind die Schlußfolgerungen, die sich für die Taktik unserer Partei im Parlament gegenüber der bürgerlichen Steuerpolitik aus dem grundsätzlichen Bekenntnis zur sozialen Revolution ergeben.

Die Sozialisierung — eine Machtfrage!

Von Wilhelm Koenen.

Sozialisierung heißt die Produktion und die Güterverteilung den privaten Kapitalisten entreißen, heißt alle Produktionsmittel in den Allgemeinbesitz der menschlichen Gesellschaft überführen und so der Ausbeutung des arbeitenden Menschen durch den besitzenden ein Ende machen. Sozialisierung bedeutet, den bestimmenden Einfluß auf die Regelung der gesamten Produktion und Verteilung den arbeitenden und konsumierenden Menschen sichern und durch diesen Einfluß die planmäßige Bedarfswirtschaft unter zentraler Leitung herbeiführen.

Sozialisierung ist also durchaus ein Unternehmen von längerer Dauer, das eine ganze Reihe gesellschaftlich umwälzender Handlungen in sich birgt. Die Streitfrage wird immer nur sein, **durch wen und wie** diese aktiven Handlungen durchgeführt werden sollen.

Können Sozialisierungsmaßnahmen überhaupt durch einen demokratischen Staat, durch ein Parlament, durch Stadtverwaltungen, durch arbeitsgemeinschaftliche Syndikate, von Arbeiter- und Unternehmerorganisationen, durch Genossenschaften oder schließlich durch Gemeinwirtschaftskörper durchgeführt werden? Nein, denn sie alle bewegen sich auf dem Rechts- und Machtboden des bürgerlich-kapitalistischen Staates, der seine ganze Kraft um seiner selbst willen darauf verwenden muß, die Profitwirtschaft des Kapitals zu stützen, wenn er nicht seine eigenen Grundlagen und Stützen zerbrechen will. Seinen kapitalistischen Tendenzen müssen sich alle die genannten Institutionen einer vermeintlichen Sozialisierung

unbedingt unterwerfen. Sie können selbst in dem demokratischsten Staate nicht heraus aus dem Kreislauf des Kapitals, dem sie tributpflichtig bleiben, sei es durch Bankkredite oder Warenlieferungen, sei es durch Steuern und Abgaben oder Ablieferung der Überschüsse an die Staatskasse, sei es, daß die angeblichen Sozialisierungsinstitutionen dem bürgerlichen Staat soziale Schwierigkeiten und Lasten abnehmen und so seine Existenz sichern und festigen. Ein sogenannter Sozialisierungsversuch ist innerhalb eines bürgerlich-kapitalistischen Gemeinwesens stets nur eine Täuschung des Proletariats mit direkt reaktionärer Wirkung.

Die wirkliche Sozialisierung setzt die Existenz eines Gemeinwesens voraus, in welchem es keinerlei kapitalistische Profite mehr gibt, also den proletarischen Staat oder die klassenlose Gesellschaft. Das ergibt auch die Einzelbetrachtung des Sozialisierungsproblems auf Schritt und Tritt.

Will man die Ausbeutungsstätten, die Produktionsmittel in gesellschaftlichen Allgemeinbesitz überführen, so bedarf es voraus dazu der Schaffung eines sozialistischen Gemeinwesens. Soll den Kapitalisten die Produktion und Verteilung entwunden werden, so ist zu fragen, für wen soll das geschehen? Für den jetzigen Staat, das echt kapitalistische Gemeinwesen? Natürlich nicht, denn die Enteignung hat gegenüber den Kapitalisten nur einen Sinn, wenn sie für den proletarischen Staat vollzogen wird. Andernfalls bleibt ja alles sozusagen in der Familie. Innerhalb dieser Familie des Kapitals gar noch gegen bare Entschädigung enteignen zu wollen, ist gleich ein doppeltes Komödienspiel, das sich zur Groteske steigert, wenn man dem Proletariat glauben machen will, daß durch die Steuern der einen Kapitalistengruppe die Enteignungssumme für die andere aufgebracht werden solle. Diese Manöver haben nur insoweit mit Sozialisierung etwas zu tun, als sie dieses Wort schmählich mißbrauchen. Für den Sozialismus enteignen kann nur der proletarische Staat, der damit die Ausbeutung der Arbeitenden durch die Besitzenden endgültig beseitigt.

Wie und durch wen wird für die Sozialisierung den arbeitenden und konsumierenden Menschen der bestimmende Einfluß auf die Regelung der gesamten Produktion und Güterverteilung gesichert? Die schönste Demokratie und das republikanischste Parlament kann diesen bestimmenden Einfluß der Hauptbeteiligten nicht herbeiführen, denn wenn der Kapitalist nicht mehr allein und unumschränkt bestimmen kann, so wird er nicht nur die Produktion zerrütten, sabotieren und ruinieren, sondern sofort den erbittertsten Kampf aufnehmen, um sein Profitrecht auch gegen die edle Demokratie und die schöne Republik durchzusetzen, und sei es selbst auf die Gefahr, dabei der schwärzesten Reaktion zu verfallen. Denn Eingriffe in die kapitalistische Produktionsregelung und Kalkulation sind Angriffe auf den Profit, den einzigen Regulator, den die kapitalistische Wirtschaft überhaupt kennt. Der kapitalistische Profit wird der alleinherrschende und alles bestimmende Einfluß sein und bleiben, solange es trotz sozialisierender Flickversuche eine bürgerliche Gesellschaftsordnung und ihren demokratischen Staat gibt. Es ist schon Rebellion, auch nur eine Kontrolle der Produktion zu fordern.

Bestimmenden Einfluß werden die besitzlosen, arbeitenden und konsumierenden Menschen erst ausüben können, wenn sie sich den proletarischen Staat erobert und gesichert haben.

Und die planmäßige Bedarfswirtschaft? Gibt es vor der sozialen Revolution überhaupt eine entfernte Möglichkeit für ihre Anbahnung? Im Gegenteil! Nicht genug, daß der schüchterne Versuch, eine Planwirtschaft mit Kapitalisten zu organisieren, scheitern mußte, jetzt wird mit aller Macht noch jeder Rest einer kümmerlichen Bedarfsbefriedigung, wie sie der Krieg uns bescherte, vollends zerschlagen. Der Bedarf des Volkes darf nicht gedeckt sein, seine Befriedigung muß ungeregelt sein, dann blüht der Preiswucher, dann steigt der Profit! Erst wenn ökonomisch vollste Anarchie und nackteste Profitwirtschaft herrscht, hat der heutige bürgerliche Staat als kapitalistischer

Sachwalter seinen Zweck erfüllt. **Planmäßige Bedarfswirtschaft heißt Kampf gegen die bürgerliche Demokratie, die staatliche Beschützerin der Wirtschaftsanarchie.**

So ist also nicht eine einzige Seite des Sozialisierungsproblems irgendwie praktisch in Angriff zu nehmen, ohne die vorherige Eroberung der politischen Macht, ohne die Aufrichtung des proletarischen Staates, der proletarischen Diktatur. Aber in Deutschland wird, wie in einigen anderen hochindustriellen Ländern, das propagandistische und aktive Ringen um die Sozialisierung den Machtkampf als solchen bedeuten. Während in weniger industriell entwickelten Ländern, wie etwa Rußland und Italien, die proletarische Macht an sich erstrebt werden kann, um durch politische Mittel noch erst einige Vorfragen kultureller und sozialer Art rascher im Sinne der Arbeiterklasse zu lösen, werden die großindustriellen Länder durch die Aufrichtung der proletarischen Diktatur mitten im Kampf sofort das Zentralproblem der Sozialisierung bewältigen müssen. Ihre Wirtschaft ist sowohl kapitalistisch wie organisatorisch und technisch bereits überreif für den Sozialismus, und so werden wir mit der Eroberung der politischen Macht unmittelbar die Herrschaft über die Produktionsmittel und deren Verwaltung übernehmen müssen. Dann erst beginnt der wirkliche Kampf um die Sozialisierung, wobei dem sich mit allen Mitteln der kapitalistischen Gemeinheit verzweifelt wehrenden Gegner auch jeder ökonomische Einfluß restlos entrissen werden muß. Irgendwelche Konzessionen, wie Entschädigung oder Teilsozialisierung, kann es dann nicht mehr geben. Jeder Rest ökonomischer Macht, der den Kapitalisten gelassen würde, müßte von ihnen instinktiv und selbstwirkend dazu benutzt werden, unsere Sozialisierungsmaßnahmen zu durchkreuzen, zu schädigen oder zu kompromittieren. Jeder kapitalistische Besitz muß durch den entscheidenden Machtkampf des Proletariats unverzüglich aufgehoben werden, um dann auf allen Wirtschaftsgebieten, je nach dem technischen und ökonomischen Entwicklungsstand, mit den verschiedenartigsten Maßnahmen im Sinne der Sozialisierung vorzugehen, damit alles, sobald als angängig auf den Stand der völligen Sozialisierung gebracht wird. Das erst wird dann die Zeit des Übergangs sein, in der wir mit den politischen Machtmitteln des proletarischen Staates die Bourgeoisie niederhalten müssen, um durch unsere ökonomischen und sozialistischen Maßnahmen die Klassengegensätze zu überwinden und zur klassenlosen kommunistischen Gemeinschaft zu kommen.

Bis dahin muß uns die Sozialisierung ein Mittel praktischer Propaganda für den Entscheidungskampf sein. Täglich müssen wir erneut und auf allen Gebieten den Beweis erbringen, daß sie technisch und ökonomisch möglich ist, daß das kapitalistische Getriebe, die tolle Profitwirtschaft überreif ist, daß nur noch die Machtergreifung des Proletariats notwendig ist, um wirklich und endlich zum Sozialismus zu kommen. Für die praktische Erörterung der sozialistischen Möglichkeiten in den verschiedensten Industriezweigen bieten die Betriebsräte die geeignete und wünschenswerte Organisation. Die Losung des Tageskampfes ist zunächst die Arbeiterkontrolle über die Produktion, deren Desorganisation und Zerfall jedem arbeitenden Menschen durch die tollen Blüten der Spekulation, das Wucherer- und Schieberwesen, den Rohstoff- und Kohlenmangel, die maßlose Teuerung, die verheerenden Valutaschwankungen und die degenerierende Arbeitslosennot täglich so schroff vor Augen tritt, daß die Forderung der regelnden Kontrolle sich gebieterisch aufdrängt. Es gilt jetzt, über die Produktionskontrolle hinaus die Arbeiter fähig zu machen zur Bewältigung größerer ökonomischer Aufgaben, im ständigen Ringen und Kleinkampf die Erfahrensten „zur Produktionsleitung im Sozialismus emporsteigen zu lassen, damit sie zusammen mit den Spezialisten die Pläne der sozialistischen Wirtschaft entwerfen und durchführen können", wenn der politische Machtkampf für das Proletariat entschieden ist.

Die Gewerkschaften, die Betriebsräte und die III. Internationale.

Von Rich. Müller.

1. Die Gewerkschaftsbewegung.

Der Abschluß des Weltkrieges und seine Folgewirkungen brachten den Gewerkschaften aller Länder einen riesigen Zustrom neuer Mitglieder. Im Vergleich zu anderen Ländern marschieren die deutschen freien Gewerkschaften zahlenmäßig an der Spitze; weit über fünf Millionen neuer Mitglieder können sie heute registrieren. Wären die Mitgliederzahlen der Organisationen des Proletariats auch der Ausdruck ihrer Stärke und Kraft im proletarischen Befreiungskampfe, dann müßte der deutsche Kapitalismus zerschmettert am Boden liegen.

Vor Ausbruch des Weltkrieges blickte das internationale Proletariat mit Bewunderung auf die große deutsche Sozialdemokratie und auf die mächtigen Gewerkschaften Deutschlands. Sie galten als das „Juwel der Organisationen des klassenbewußten Proletariats". In der politischen und gewerkschaftlichen Internationale wog die deutsche Meinung am schwersten und war bestimmend für die politische und taktische Orientierung.

Während des Weltkrieges zeigten sich die deutsche Sozialdemokratie und die deutschen Gewerkschaften als stärkste Stütze der verbrecherischen deutschen imperialistischen Kriegspolitik und Kriegsmethoden. Das „Juwel der Organisationen des klassenbewußten Proletariats" erwies sich als Talmi, als völlig unfähig, einer wahrhaft revolutionären Arbeiterpolitik zu dienen.

Schonungslose Selbstkritik tut der deutschen Arbeiterklasse bitter not. Das deutsche Proletariat war mit schuld an den Kriegsverbrechen seiner politischen und gewerkschaftlichen Führer. Es stimmte begeistert zu, wenn diese auf internationalen Kongressen den imperialistischen Kriegshetzern den Kampf ansagten, es schwieg, ja, es stimmte zum Teil abermals begeistert zu, als seine Führer bei Ausbruch des Weltkrieges mit den Todfeinden der Arbeiterklasse den Burgfrieden schlossen.

Die bitteren Lehren des Weltkrieges, der offenkundige Verrat eines Teils seiner politischen Führer und fast aller gewerkschaftlichen Führer haben noch nicht genügt, dem deutschen Proletariat die Erkenntnis beizubringen, daß es sich befreien muß von einer Führung, die seine Klasseninteressen verrät.

Wohl zeigt sich in der politischen Arbeiterbewegung unter der Wucht der sozialen, politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse ein Klärungsprozeß, der mit kühnem Sturmlauf alle kleinbürgerlich-liberalen scheinsozialistischen Ideologien zerstörend, die Masse des Proletariats dem revolutionären Sozialismus zuführt; aber in den Gewerkschaften herrscht noch in weitem Maße der konterrevolutionäre Geist der Arbeitsgemeinschaft, jener Geist des Burgfriedens, der Klassenharmonie, der jede revolutionäre Entwicklung lähmt und den Lauf der sozialen Revolution aufzuhalten sucht, um die kapitalistische Barbarei zu verewigen.

8½ Millionen Gewerkschaftler, Arbeiter und Betriebsräte, Angestellte und Beamte, die während des Krieges unsagbare Leiden getragen haben, die nach der Novemberrevolution im schärfsten Kampfe mit der Bourgeoisie des eigenen Landes und ihrer Henkersknechte gestanden, die unter dem gegenwärtigen Zusammenbruch der kapitalistischen Produktion, im Zeichen der Produktionssabotage der Unternehmer der Verelendung entgegengehen, denen die Lasten des Weltkrieges auferlegt werden und denen die zum Himmel stinkende Korruption des gegenwärtigen Staatsapparates täglich zum Bewußtsein kommt, sollen sich nicht frei machen können von einer konterrevolutionären Führung, einer Führung, die ihre Politik gemeinsam mit den ärgsten Scharfmachern ver-

einbart und die bei revolutionären Klassenkämpfen als „Vertrauens"männer der kapitalistischen Regierung zur „Beilegung" der Kämpfe in Tätigkeit tritt? — Sie werden sich freimachen von dieser Führung, sie werden auch die Gewerkschaften zu einem machtvollen Werkzeug des revolutionären Klassenkampfes umformen und zu einem kräftigen Glied der revolutionären Internationale gestalten!

Soll die deutsche Gewerkschaftsbewegung befreit werden von ihrer konterrevolutionären Politik und Führung, dann muß ihr Fundament aufgewühlt, gereinigt und neu befestigt werden. Das Fundament der Arbeiterbewegung ist der wissenschaftliche Sozialismus, der Marxismus, die Erkenntnis der ökonomischen und politischen Triebkräfte des gesellschaftlichen Lebens. Die Gewerkschaften wahrten lange Zeit ihre „politische Neutralität", die sich längst als widerliche Heuchelei der Führer erwiesen hat, welche unter der Maske der Neutralität ihre scheinsozialistische, konterrevolutionäre Politik betrieben und mit dem Millionengewicht der Gewerkschaften die Politik der politischen Arbeiterparteien zu beherrschen suchten. Keine Gewerkschaft kann ihre Tätigkeit entfalten, ohne politisch zu wirken. Die alte Gewerkschaftspolitik ist antisozialistisch, konterrevolutionär. Die revolutionären Klassenkämpfe der Gegenwart und Zukunft, die getragen werden von den politischen Parteien des revolutionären Proletariats, den Arbeitern und den Betriebsräten, werden immer wieder auf das Gewicht der gewerkschaftlichen Organisationen stoßen, die diesen Kampf hemmen, solange sie nicht selbst ein Teil dieses revolutionären Kampfes geworden sind. Diese Kämpfe sind politisch, müssen von einheitlich politischer Erkenntnis, der Erkenntnis des revolutionären Sozialismus getragen sein. Wollen wir die Gewerkschaften zum mithandelnden Glied dieser Kämpfe machen, muß der revolutionäre Sozialismus ihr Fundament sein.

Es wäre töricht und verfehlt, wollte man aus den Gewerkschaften, den Massenorganisationen des Proletariats, die vorgeschrittensten und revolutionärsten Elemente herausnehmen und sie besonderen Organisationen, in Arbeiterunionen oder Betriebsorganisationen sammeln. Damit erleichtert und sichert man der Gewerkschaftsbureaukratie ihr konterrevolutionäres Treiben und trägt dazu bei, daß die Gewerkschaften als Bremsklotz der revolutionären Klassenkämpfe wirken. Die Parole: „Zerschlagt die Gewerkschaften!" entspringt einer vollständigen Verkennung der historischen Bedingtheit der Klassenbewegung des Proletariats und bleibt in ihrer Auswirkung konterrevolutionär. Soweit Arbeiter dieser Parole Folge geleistet haben, müssen sie wieder zurückkehren und in den Gewerkschaften als revolutionäre Kräfte wirken.

Die Entwicklung der Gewerkschaften und die Tätigkeit der Gewerkschaftsbureaukratie während des Krieges und in der Zeit der Revolution gibt den Anhängern der Arbeiterunionen und Betriebsorganisationen Argumente für ihre Agitation. Aber es sind Scheinargumente, die sofort in nichts zerfließen, wenn wir die historische Entwicklung der Gewerkschaften, und vor allem den bisherigen Kampf der Opposition gegen die alte Gewerkschaftsbureaukratie beleuchten. Auf die historische Entwicklung der Gewerkschaften will ich im Rahmen dieser Arbeit nicht eingehen, sondern mich nur auf die Tätigkeit der Opposition innerhalb der Gewerkschaften während des Krieges und in der Revolution beschränken. Und da zeigt uns schon eine oberflächliche Betrachtung, warum der Opposition bis heute nur geringe Erfolge beschieden waren.

Der Kampf gegen die alte Gewerkschaftsbureaukratie und deren konterrevolutionären Politik wurde nicht mit der nötigen grundsätzlichen und prinzipiellen Klarheit geführt. Das war eine Folge der verschwommenen und unklaren Politik, die sowohl die U. S. P. D. wie auch die K. P. D. unmittelbar nach der Revolution und zum Teil bis zum heutigen Tage geführt hat. Die Erfahrungen, die das deutsche Proletariat in den Kämpfen und Niederlagen der Revolution wie auch der Weltrevolution im allgemeinen gemacht hat, schufen erst die Klarheit

der politischen Auffassung, der wir jetzt entgegengehen. Je klarer und entschiedener die Grundsätze und Methoden des politischen Kampfes herausgearbeitet und aufgezeichnet und Allgemeingut breiter Schichten des Proletariats werden, um so wirkungsvoller lassen sie sich auch in den Gewerkschaften vertreten und durchsetzen und führen auch da zum Erfolg.

Dieser Erfolg wird um so sicherer sein, wenn die revolutionären Sozialisten, in den Gewerkschaften planmäßig organisatorisch straff zusammengefaßt, auf der ganzen Linie, in allen Gewerkschaften vorstoßen. Auch das hat bisher gefehlt. Jede Gewerkschaft hatte bisher ihre besondere Opposition, die mit der Opposition der anderen Gewerkschaft keine Fühlung hatte. Der alten Gewerkschaftsbureaukratie war es ein Leichtes, die zersplitterte, innerlich unklare Opposition niederzudrücken. So ergab sich der heutige Zustand, daß es einer kleinen Anzahl von Führern möglich ist, sich gegen den Willen der ungeheuren Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder an der Macht zu behaupten.

Ein Wendepunkt in der Entwicklung und Geschichte der deutschen Gewerkschaftsbewegung bedeuten die Beschlüsse des II. Kongresses der III. Internationale. Sie schaffen jene grundsätzliche und prinzipielle Klarheit der politischen Auffassung, die zum Fundament der gesamten revolutionären Arbeiterbewegung werden muß. Sie schaffen aber weiter den Rahmen und die Formen des organisatorischen, einheitlichen und geschlossenen Zusammenwirkens aller revolutionären Kräfte innerhalb der Gewerkschaften. Und weiter schaffen sie auch Klarheit über das Wirken der Betriebsräte und über ihr Verhalten zu der Gewerkschaft und zur Partei. Die III. Internationale bleibt mit ihren Beschlüssen nicht vor den Grenzen der Nation stehen, sondern zeigt den Weg, der zu einer wahrhaften revolutionären Internationale der Gewerkschaften führt, zu einer Internationale der Tat. Sie brandmarkt die Amsterdamer Internationale der Gewerkschaften als Bestandteil der bankrotten II. Internationale und fordert die Gewerkschaften aller Länder auf, den Anschluß an die III. Internationale zu vollziehen.

Der Aufruf der III. Internationale an die Gewerkschaftsmitglieder aller Länder wird nicht ungehört verhallen. Auch die deutschen Gewerkschaftsmitglieder müssen sich klar werden, daß es nicht nur gilt, den Kampf aufzunehmen gegen die deutschen Legiene, sondern gegen die Legiene aller Länder, die sich in der Amsterdamer Internationale zusammengefunden haben, und die jetzt versuchen, unter Hinweis auf die 27 Millionen angeschlossener Mitglieder und mit phrasengeschwollenen Aufrufen und Proklamationen über ihre Kriegsverbrechen hinwegzutäuschen.

Das Proletariat darf sich nicht wieder täuschen lassen durch schöne Reden und Proklamationen seiner Führer, nicht durch Mitgliederzahlen, es muß sich bewußt sein, daß allein der sozialrevolutionäre Geist und der Wille zur Tat, wie er aus den Thesen der III. Internationale leuchtet, die Gewähr für den endgültigen Sieg der Arbeiterklasse bietet. **Gewerkschaftsmitglieder! Stellt Euch auf den Boden der Beschlüsse der III. Internationale und schließt Euch innerhalb der Gewerkschaft organisatorisch fest zusammen, dann wird Euer Wille zur Tat werden!**

Der Zentralismus.

Von G. Sinowjew.

Die Fragen der Wechselbeziehungen zwischen Partei und Klasse, der Diktatur der Partei und der Diktatur der Klasse, der Wechselbeziehungen zwischen Masse und Führern — diese Fragen spielen gegenwärtig die größte Rolle in den Debatten der Kommunisten einiger Länder.

Wie merkwürdig das auch ist, einige Gruppen, die sich für Nachfolger von Marx, dieses überzeugtesten der Anhänger und Prediger des proletarischen Zentralismus, halten,

zweifeln an der Notwendigkeit einer zentralisierten kommunistischen Partei, bisweilen aber auch an der Notwendigkeit der kommunistischen Partei überhaupt.

Wir bedürfen der kommunistischen Partei, wie die Lungen der Luft, die Hungrigen des Brotes. Ohne sie ist die Arbeiterklasse wie ohne Steuer und Segel. Ohne sie sind wir unfähig der Bourgeoisie und ihren Agenten weder ideell noch organisatorisch Widerstand zu leisten. Wir bedürfen aber nicht einfach einer kommunistischen Partei, wir brauchen eine **streng zentralisierte** kommunistische Partei, mit **eiserner** Disziplin, mit **militärischer** Organisation. Ja, mit militärischer! Das hat die Erfahrung der Kommunistischen Partei Rußlands bewiesen — jener Partei, die bisher als einzige die Macht in ihrem Lande in Händen hält. Diese Partei entstand im Lauf von 20 Jahren durch natürliche Auswahl der besten Proletarier, die ihre Grundlage bilden. Das Statut dieser Partei proklamiert das Prinzip des „demokratischen Zentralismus". Diese Partei hat unter den verschiedensten Verhältnissen eisernen Zentralismus verwirklicht: unter den schwierigsten Bedingungen der zaristischen Reaktion sowie in den Jahren des Bürgerkrieges. Die Kommunistische Partei Rußlands zählt gegenwärtig etwa 600 000 Mitglieder. Die Gewerkschaften in Rußland zählen 4½ Millionen Mitglieder. Die Zahl der Personen, die ihr Wahlrecht zu den Wahlen in die Sowjets der Arbeiter- und Bauerndeputierten in Rußland verwirklicht, beträgt auch etwa 80 Millionen. Die Zahl der Bewohner des gegenwärtigen Territoriums von Sowjetrußland beträgt etwa 120 Millionen. Das sind die Hauptziffern.

Unsere Gegner, die russischen Scheidemann und Gompers, unsere Menschewiki und Sozialrevolutionäre, beschuldigen unsere Partei die ganze Zeit dessen, daß sie in Rußland die Diktatur der Partei und nicht die Diktatur des „werktätigen Volkes" errichtet hätte. Jeder klassenbewußte Proletarier in Rußland weiß aber, daß sich die Sowjetmacht in Rußland ohne die eiserne Diktatur der kommunistischen Partei nicht drei Jahre, ja nicht einmal drei Wochen aufrechterhalten hätte. *Jeder klassenbewußte Arbeiter muß verstehen, daß die Diktatur der Arbeiterklasse nicht anders verwirklicht werden kann, als durch die Diktatur ihrer Vorhut*, d. h. durch die kommunistische Partei. Als die Arbeiterklasse sich gegen eine Unmenge von Feinden zu wehren hatte, als sie einen Kampf gegen unzählige feindliche Kräfte zu bestehen hatte, als die ganze Welt ihr Krieg erklärte, leitete die Kommunistische Partei Rußlands ihren Kampf, war die Kommunistische Partei Rußlands ihr Generalstab. Als von der Partei Tausende und Abertausende von Personen mobil gemacht und an die Fronten geschickt werden mußten, als die Arbeiter alltäglich ihr Leben opfern mußten, als die Arbeiterregierung alle 24 Stunden Entscheidungen zu treffen hatte, von denen jede die wichtigsten Folgen haben konnte, da bedurfte es einer zentralisierten Partei mit innerer militärischer Disziplin, der Sache grenzenlos ergeben, mit absolutem Vertrauen der Parteimitglieder zu dem bevollmächtigten Zentrum, mit gegenseitigen kameradschaftlichen proletarischen Banden verknüpft. *Nur so konnten wir siegen, nur unter solchen Verhältnissen konnte die Partei heute Tausende von Mitgliedern an die eine Front werfen, sie morgen an eine andere Front versetzen, übermorgen die besten Kräfte für den Transport ausscheiden, um nach einiger Zeit wieder Tausende ihrer Mitglieder in die produzierenden Gebiete zu entsenden, um Nahrungsmittel für die hungernde Zentren zu verschaffen* usw. Man kann nicht gegen unzählige Feinde kämpfen ohne seinen mächtigen Generalstab zu haben, ohne seine strengste eiserne Disziplin zu haben, ohne eine solche Organisation zu schaffen, die voll und ganz aus einem Zentrum geleitet wird.

Nicht für einen föderativen Typus der Organisation, nicht für die „Autonomie" der örtlichen Gruppen sollen die Kommunisten jener Länder jetzt sorgen, denen der gesamte Kampf um die Macht noch bevorsteht. Sie sollen für die Bildung einer einheitlichen, streng zentralisierten, aus einem Stück gegossenen Partei mit eiserner Disziplin Sorge tragen, einer Partei, die auf den Grundlagen, von abgeschlossenem proletarischen Zentralismus aufgebaut ist. *Ohnedem kann man nicht siegen, ohnedem ist der Untergang der Revolution unvermeidlich.*

Und man soll nicht denken, daß die Rolle der kommunistischen Partei *nach* der Eroberung der Macht in irgendwelchem Maße geringer wird. Im Gegenteil, dasselbe Beispiel der proletarischen Revolution in Rußland hat bewiesen, daß die Rolle der kommunistischen Partei auch nach der Eroberung der Macht eine gigantische ist und *mit*

jedem Tage bedeutender wird. Alle Fragen des wirtschaftlichen Aufbaues, der militärischen Organisation, der Volksbildung, der Verpflegungspolitik u. a. — alle diese Fragen, von denen das Geschick der proletarischen Revolution völlig abhängig ist, werden in Rußland **vor allen Dingen und meistens in den Rahmen der Parteiorganisationen** entschieden. Und da in diesen Parteiorganisationen alles versammelt ist, was es an Bestem in der Arbeiterklasse Rußlands gibt, alles, was es Abgehärtetes und im Kampf Erfahrenes gibt, so ist die Kontrolle der Partei über die Sowjetorgane, über die Gewerkschaften die einzige solide Garantie, daß nicht zünftige, nicht Gruppeninteressen durchgeführt werden, sondern die Interessen des gesamten Proletariats.

Die Anhänger des revolutionären Syndikalismus, die J. W. W. und einige Genossen von der K. A. P. D. entwerfen sehr schöne Pläne, wie sie den „Zukunftsstaat" ohne überflüssigen Zentralismus, ohne Druck von oben, ausschließlich auf Grundlage kameradschaftlicher Solidarität errichten. Alles das ist sehr gut. Man soll sich aber nicht von utopischen Romanen im Geiste von Bellami hinreißen lassen. Man soll jenes furchtbaren Bürgerkrieges gedenken, der uns bevorsteht, **ehe** wir das Kapital stürzen. Unsere „linken" Freunde vergessen aber uns zu sagen, **durch welche Organisation** sie den Kapitalismus niederringen die Diktatur des Proletariats proklamieren und diese Diktatur gegen den Überfall der Feinde **verteidigen** werden — wenn sie keine zentralisierte Organisation haben? Unsere linken Freunde vergessen auf die wichtigste Frage zu antworten: auf die Frage, welche Organisationsformen die Diktatur des Proletariats in jener nächsten Übergangsperiode annehmen wird, die nicht ein einziges Jahr dauern wird und während welcher eine zentralisierte, militärische, proletarische Organisation conditio sine qua non ist.

Einem Proletarier, der einigermaßen über den möglichen Verlauf der proletarischen Revolution in einem beliebigen Lande nachgedacht hat, muß es vollkommen klar sein, daß ohne Bildung einer proletarischen roten Armee vom Sieg des Kommunismus keine Rede sein kann. Und wie kann man eine solide rote Armee anders bilden, als im Maßstabe des ganzen Landes, auf den Grundlagen des strengsten Zentralismus und eiserner Disziplin? Man kann doch wirklich nicht eine besondere rote Armee der Metallarbeiter, eine parallele, selbständige rote Armee der Textilarbeiter, der Holzarbeiter usw. bilden. Bei konsequenter Durchführung des Prinzips der J. W. W. und unserer „linken", aber unverständigen Genossen müßte man ja gerade zu einer solchen Form der Bildung der roten Armee schreiten, d. h. man müßte die proletarische Revolution im voraus dem sicheren Untergang weihen.

Zwei Welten stehen einander gegenüber. Klasse gegen Klasse! Proletariat gegen Bourgeoisie! Die geringste Zweideutigkeit kann unter solchen Verhältnissen die verderblichsten Folgen haben. Für den geringsten ideell-politischen oder organisatorischen Fehler in einer solchen Situation wird das Proletariat durch Tausende überflüssiger Opfer zu zahlen haben. Klarheit des Programms, Deutlichkeit der taktischen Linie, Genauigkeit des organisatorischen Aufbaus, straff durchgeführte Zentralisation — alles das ist für die Kommunistische Internationale wie für jede der ihr angeschlossenen Parteien absolut notwendig, wenn sie jene hehre geschichtliche Mission erfüllen wollen, die sie übernommen haben.

Die Revolte.

Von Max Barthel.

Und als der Mai vor das Zuchthaus kam,
da machte er bebend halt.
In sein Gesicht stieg rote Scham,
dann hob er sich hoch mit Gewalt.
Verbiß das Weinen, griff nach den Steinen,
die wurden grün und bewegt!
Er griff in die Erde und hat einen kleinen
blühenden Garten erregt.

Da kamen die Männer, verbissen und grau,
die Jünglinge kamen im Joch.
Ein Gärtlein blühte, ein Himmel war blau,
die Welt war strahlend und hoch.
Die alten Verächter, die kalten Verfechter,
schuldlos und die mit Schuld,
hörten ein fernes Mädchengelächter
in ihrem Grabe Geduld.

Sie wollten nicht länger in Ketten gehn,
lieber den Weg zum Schafott,
als in der steinernen Tretmühle stehn,
ohne Frühling und Gott.
Und Auserkorne wurden Verschworne,
zwölf haben den Ausbruch versucht.
Der Tod umfing sie: Erkorne, Verlorne!
Es fielen zwölf Mann auf der Flucht . . .

Die Frauen und die Internationale.

Von Bertha Braunthal.

Robespierre: „Ja, du hast gelitten, ihr alle habt gelitten, ihr armen Frauen und mit welchem Mut! Aber gib es zu: Ihr habt trotz all dieser Nöte Freuden kennen gelernt, von denen ihr früher nicht wußtet — die Freude, mitzuwirken alle im kleinsten und größten an dem erhabenen Werk: An der Freiheit der Welt.“

Romain Rolland: Danton.

Es hat zu allen Zeiten Frauen gegeben, die in großen historischen Epochen den Sinn des politischen Kampfes begriffen, meist auf Seite der am energischsten Vorwärtsstürmenden gestanden und gestritten haben. Sowohl in der großen französischen Revolution Ende des 18. Jahrhunderts, als auch in den amerikanischen Freiheitskämpfen haben bedeutende Frauen im Dienste der Freiheit wertvolle Arbeit geleistet, die Menschheit gefördert und vorangebracht. Aber erst in der modernen Zeit ist auch die Masse der Frauen in Bewegung gekommen und hat nun gleichfalls begonnen, in die Geschicke der Menschheit einzugreifen. Die moderne Industrie, die Millionen von Frauen aus dem engen Haushalt reißt und in das wirtschaftliche und politische Kampffeld wirft, hat naturgemäß eine Umwandlung auch in den Gehirnen der Frauen hervorgebracht, ihnen den Zusammenhang zwischen ihrer erbärmlichen Wirtschaftslage und dem Weltgeschehen vor Augen geführt.

Am meisten aufrüttelnd und aufklärend hat in dieser Beziehung der Krieg gewirkt. Das furchtbar sinnlose Menschenmorden, das vor allem die den Urquellen des Lebens viel näher stehenden Mütter und Frauen als nimmer aussetzende Seelenqual empfanden, hatte ihren Rebellentrotz geweckt, sie zum Handeln und zur Tat entschlossen gemacht. Die sozialistische Internationale war bei Ausbruch des Krieges auseinander gestoben,

ihre einzelnen nationalen Sektionen sahen es sogar als ihr gutes Recht an, sich gegenseitig zu beschimpfen und Vorwürfe zu machen. Und die entsetzliche gegenseitige Zerfleischung der Arbeitsbrüder aller Länder wurde mit dem Weihwasser sozialistisch-scheinmarxistischer Redensarten gesegnet. Da griffen die Frauen ein. Es war ein unerhörter Vorgang in der so wohldisziplinierten sozialistischen Internationale, daß die Frauen über die Köpfe der Männer hinweg und gegen ihren erbitterten Widerstand, wie es in Deutschland und Österreich der Fall war, die Initiative ergriffen und, ganz auf sich gestellt, eine internationale Tagung des sozialistischen Kampfes um den Frieden veranstalteten. Genossin Klara Zetkin, die nimmermüde Agitatorin und Führerin, hatte, nur ihrem sozialistischen Gewissen und ihrer Verantwortung gegenüber dem Proletariat der Welt folgend, die Frauen aus allen Ländern im Jahre 1915 nach Bern zusammenberufen. Das Ergebnis der Konferenz war die Kennzeichnung des imperialistischen Charakters des Krieges, die Notwendigkeit des energischen Kampfes gegen bürgerliche Regierung und Sozialpatrioten aller Länder, das heilige Gelöbnis, die internationale Solidarität unverbrüchlich zu halten, für die Beseitigung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, d. h. der Ursachen des völkermordenden Krieges, einzutreten.

Heute stehen die proletarischen Frauen, und besonders diejenigen unserer Partei, vor einer nicht minder schweren Entscheidung. Sie sollen und müssen Stellung nehmen zur brennenden Frage, ob wir den Anschluß an die Kommunistische Dritte Internationale vollziehen sollen oder nicht. Sie, die im Krieg das klägliche Versagen der Zweiten Internationale so schmerzlich am eigenen Leibe empfunden, die sich dagegen aufbäumten, daß die Internationale nicht mit starkem Arm dem Kriegswüten und der Kriegsverhetzung Einhalt geboten, sie müssen natürlich die ersten sein, die sich für eine wirklich revolutionäre Internationale der Tat einsetzen. Die Entwicklung nach der Revolution, die immer steigende Verelendung der Massen, die Unmöglichkeit, unser zerrüttetes Wirtschaftsleben auf kapitalistischer Grundlage aufzubauen und weiterzuführen, die auf der Tagesordnung stehenden Betriebseinschränkungen, Lahmlegung ganzer Industrien und die damit im Zusammenhang stehende Arbeitslosigkeit und Lebensmittelteuerung haben den breitesten Schichten der Bevölkerung die Notwendigkeit einer radikalen Umgestaltung unseres Wirtschaftslebens vor Augen geführt. Aber nur im schwersten Kampfe des Proletariats um die Eroberung der politischen Macht kann der Sozialismus verwirklicht werden.

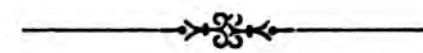
Gerade so wie im Kriege das bitterste Leid die Frauen und Mütter trugen, so bringt auch der jetzige Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft für Frauen und Kinder die schlimmsten Gefahren mit sich. Die Unterernährung, das langsame Siechtum der Kinder des Proletariats, ihre Verwahrlosung durch ungenügende Bekleidung und Beschuhung haben einen furchtbar hohen Grad erreicht. Kindesmord und Kindersterblichkeit sind in unheimlichem Steigen begriffen. Während aber die kapitalistische Gesellschaft in allen Ländern ohnmächtig und unfähig ist, dieses Übel radikal zu beseitigen, hat die unter den schwierigsten Verhältnissen lebende Bevölkerung Sowjetrußlands, die der Angriffspunkt der gesamten Weltreaktion ist und sich gegen eine Welt von Feinden zu verteidigen hat, es fertig gebracht, einen Kinder- und Mutterschutz zu organisieren, wie er in der ganzen Welt noch nicht erreicht wurde. Alle Sorgfalt und Pflege, die beste Nahrung wird den proletarischen Kindern zugeführt, Kinderheime, Sanatorien, Waldschulen, Ferienkolonien, Versuchsschulen schießen wie Pilze hervor, das Kind ist in Sowjetrußland der Augapfel der Nation. Die schwangeren Frauen und Wöchnerinnen genießen gleichfalls den ausgiebigsten Schutz des neuen sozialistischen Staatswesens.

Die Kriegsereignisse und die Erfahrungen nach der Revolution in Räteungarn und München haben uns gezeigt, daß ein Volk allein, isoliert, den Kampf gegen die ver-

einigte Weltreaktion nicht siegreich zu Ende führen kann. Sowjetrußland, das einen gigantischen Kampf gegen die zaristische Gegenrevolution und die Ententeimperialisten zu führen hat, kann sich schon heute auf die Solidarität des Weltproletariats stützen, das auch die offene Kriegsansage der französischen und englischen Imperialisten an die russische Arbeiter- und Bauernrepublik verhindert hat.

Aber noch geschlossener und fester muß das revolutionäre Proletariat der Welt zusammenstehen, gemeinsam handeln. Wir sind durch den Zerfall der kapitalistischen Wirtschaft in die Notwendigkeit versetzt, planmäßig alle Vorbereitungen für den Umsturz und den nachherigen sozialistischen Aufbau zu treffen. Und da wir uns im schärfsten, erbittertsten Kampfe mit der Bourgeoisie der Welt befinden, die ihre Vorrechte nicht gutwillig aufgeben will, so müssen wir uns einen Generalstab, ein Oberkommando schaffen, das alle Fäden der Weltpolitik in der Hand hat und zielbewußt auf eine sozialistische Weltwirtschaft hinarbeitet. Der Gedanke einer kommunistischen Weltpartei, die schon Marx und Engels 1847 anstrebten, die aber damals infolge der Zurückgebliebenheit der Proletarier der Welt noch nicht verwirklicht werden konnte, wird nunmehr in genialer Weise von den russischen Genossen wieder aufgegriffen. Der Anschluß an die Dritte Internationale bedeutet also nichts anderes, als der bewußte Wille, die Revolution auch in unserem Lande mit Unterstützung des sozialistischen Weltproletariats und mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln durchzuführen, uns planmäßig auf die Übernahme der Macht vorzubereiten.

Viel steht jetzt für uns Frauen auf dem Spiele. Wollen wir den entsetzlichen Leidensweg des Proletariats abkürzen, die Machtergreifung durch das Proletariat beschleunigen, dann kann es für uns kein Schwanken geben. Getreu unserer revolutionären Überlieferung, wollen wir in diesem heftigen Geisteskampf innerhalb unserer Partei uns auf die Seite derer stellen, die, mit kühnem Blick den Gang der Entwicklung überschauend, das Sturmbanner der Revolution in der Hand, voraneilen, um eine alte morsche Gesellschaft in Trümmer zu schlagen.



Bücherbesprechungen.

Karl Radek: Proletarische Diktatur und Terrorismus. Verlagsbuchhandlung Carl Hoym, Hamburg 11. 1920. (40 Seiten.)

Gegenüber dem schweren vernichtenden Artilleriegefecht, das Trotzky in seinem Anti-Kautsky gegen den Kautskyanismus führt, ist diese Broschüre nur ein frischfröhlicher Husarenritt, mit viel Hohn und Spott über das Kautskysche Geschlecht, das aufgewachsen ist in der Periode der kapitalistischen „ruhigen Entwicklung", dem aber jeder reale Sinn für das geschichtliche Werden in stürmischen, revolutionären Zeiten abgeht. Es ist ein betrübendes Zeichen für den theoretischen Sinn der revolutionären Vorhut der deutschen Arbeiterklasse, daß jenes Werk von Kautsky nicht schon längst eine Antwort aus deutscher Feder gefunden hatte.

Karl Kautsky, der Theoretiker der zweiten Internationale und damit der internationalen Konterrevolution, hat seine Schrift nicht „Terrorismus und Kapitalismus", sondern „Terrorismus und Kommunismus" genannt! Treffend widerlegt Radek die Kautskyschen Geschichtskonstruktionen von den „Musterdiktaten" der Pariser Kommune und der „Milderung der Sitten durch die Demokratie". Rücksichtslos zeigt er die Kastrierung auf, die Kautsky an dem revolutionären Marxismus vorgenommen hat. In den weiteren Kapiteln weist er die schulmeisterlichen Angriffe Kautskys gegen Sowjetrußland zurück und erörtert die sich den Bolschewiki mit Naturnotwendigkeit aufgezwungenen Maßnahmen, die einfach revolutionäre Notwendigkeiten wurden, Folgen des Bürgerkrieges, Folgen der

revolutionären Diktatur. Während Kautsky darüber zeterte und jammerte, daß die Bolschewiki ihre „Grundsätze von der Heiligkeit des Menschenlebens“ aufgegeben hätten, kämpfte die russische Arbeiterklasse gegen das gesamte Weltkapital, gegen die Konterrevolution einen Kampf auf Leben und Tod. Und Kautsky fiel ihr mit seiner Schrift voller Verständnislosigkeit für revolutionäre Notwendigkeiten, mit seinem Kampf gegen die proletarische Diktatur, in den Rücken. Und Hilferding lobt dieses Buch und bekämpft den Terrorismus grundsätzlich als „absolut unsittlich“; er will die Diktatur ohne Terrorismus! Da hat Radek natürlich leichtes Spiel und als bewährter Florettfechter streckt er Kautsky wie Hilferding schnell in den Sand.

Sehr fein legt er dar, daß die Arbeiterklasse einfach keine andere Wahl hat, als die der Diktatur mit allen Mitteln. Er zeigt, wie die russischen Kommunisten zur Anwendung terroristischer Mittel gezwungen wurden.

Eine tiefere Untersuchung über das Wesen der proletarischen Diktatur wie des Terrors ist natürlich diese Broschüre nicht, will sie auch nicht sein. Da sie aber eine treffende Antwort an Kautsky ist, und da über die Fragen des Terrors auch in den Köpfen der deutschen Arbeiterklasse noch sehr viel Unklarheit herrscht — tobt doch selbst Ledebour andauernd gegen die Unsittlichkeit des bolschewistischen Terrors —, sollten alle Genossen diese Radeksche Schrift lesen. Jeder wird sie mit Gewinn aus der Hand legen. wst.

Sinowjew: Vom Werdegang unserer Partei. Verlag der kommunistischen Internationale. Petrograd. 1920. (47 Seiten.)

Wer sich über die Geschichte der russischen sozialistischen Parteibewegung und insbesondere der bolschewistischen Richtung, der jetzigen Kommunistischen Partei Rußlands, orientieren will und keine Zeit hat, die größeren hierüber orientierenden Werke durchzuarbeiten, der lese diese Broschüre, die in kurzen Zügen einen guten Überblick gibt. Leider fehlt bis heute eine tiefer schürfende, zusammenhängende Darstellung der sozialistischen Bewegung Rußlands. Das Material darüber ist verstreut in den Werken über die soziale Lage Rußlands und dessen revolutionäre Bewegung. Unsere russischen Genossen haben jetzt keine Zeit, Geschichte zu schreiben, sie — machen Geschichte. wst.

Sinowjew: Die Kommunistische Internationale. Bericht auf dem ersten Kongreß der Kommunistischen Partei Rußlands. Verlag der Kommunistischen Internationale. Petrograd 1919. (45 S.)

Der Vortrag Sinowjews, der kurz nach der Gründung der Kommunistischen Internationale gehalten wurde, enthält eine scharfe Kritik der zweiten Internationale und ihrer Wiederbelebungsversuche. Die Hohlheit der alten Internationale zeigt S. besonders an ihrer Stellung zur Kolonialfrage. Ausführlich bespricht er dann die Berner Konferenz mit ihren halben Wahrheiten, ihren Wilsonschen Ideen und ihrer ausweichenden Erklärung über das Kernproblem: Sowjetrußland, Diktatur oder Demokratie. Im Schlußkapitel behandelt S. das Vorgehen der russischen Kommunisten gegen die zweite Internationale und schildert die Gründung der Kommunistischen Internationale, den ersten Moskauer Kongreß. So ist diese Broschüre ein interessanter Beitrag zur Geschichte der Internationale. wst.

Dr. Alfons Goldschmidt: Moskau 1920. Tagebuchblätter. Ernst Rowohlt, Verlag, Berlin 1920. 130 Seiten. (Geb. 19,20 M.)

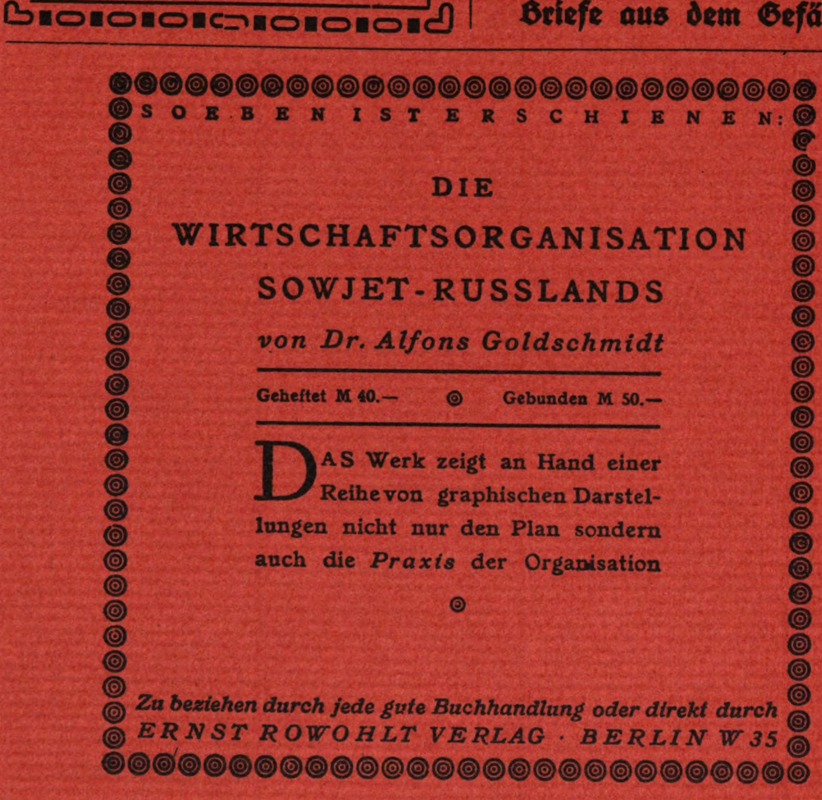
Ein anspruchsloses Buch, eine in gutem Sinne feuilletonistische Vorarbeit vor der von Goldschmidt geplanten großzügigen wissenschaftlichen Darstellung des Wirtschaftslebens in der russischen Räterepublik. Aber auch diese „Anekdotenaneinanderreihung“ mit ihrer „Tagebuchleichtheit“, wie Goldschmidt sie selbst nennt, liest sich recht interessant, da sie in lebendigem Stile geschrieben, meist in wenigen Worten den Kern der Sache trifft. Diese Skizzen erheben keinen Anspruch auf tieferen wissenschaftlichen Wert, eben weil es flüchtige „Stricheleien“ und „kleine Zeichnungen“ sind. Dennoch stehen sie turmhoch über den Artikeln Dittmanns, eben weil sie objektiv sind und neben manchem Trüben und Unfertigen doch auch das Große und Gewaltige in der russischen Rätediktatur sehen. Aus jeder Zeile spricht der Eifer, wirklich einzudringen in die Probleme der russischen Rätepolitik.

Bei der geistigen Einstellung Goldschmidts ist es erklärlich, daß er sich auch in diesem Tagebuch vorwiegend mit wirtschaftspolitischen Fragen beschäftigt; dabei fallen leider die kulturellen, politischen und militärischen Fragen fast ganz unter den Tisch. wst.

Verantwortlich für die Redaktion: Willi Elberfeld, Charlottenburg 2, Gutenbergstr. 10 I.
Anfragen bitte an diese Adresse.



Die Internationle
Eine Monatsschrift für Praxis und Theorie des Marxismus
Begründet von
Rosa Luxemburg
und
Franz Mehring
Herausgeber:
Kommunistische Partei Deutschlands
(Sektion der III. Kommunistischen Internationale)
Bestellungen nimmt entgegen: Georg Schumann, Leipzig, Kleinzschocher, Knautheimer-Str. 36 und alle Buchhandlungen



SOEBEN IST ERSCHIENEN:
DIE
WIRTSCHAFTSORGANISATION
SOWJET-RUSSLANDS
von Dr. Alfons Goldschmidt
Geheftet M 40.— Gebunden M 50.—
DAS Werk zeigt an Hand einer Reihe von graphischen Darstellungen nicht nur den Plan sondern auch die Praxis der Organisation
Zu beziehen durch jede gute Buchhandlung oder direkt durch
ERNST ROWOHLT VERLAG · BERLIN W 35

Kommunistische Rundschau

Herausgegeben von

Ernst Däumig, Curt Geyer, Walter Stoecker

Nummer 2 — 14. Oktober 1920 — Erscheint 14tägig — 1. Jahrgang

Inhalt:

Preis 1 Mark

A. Hoffmann's Verlag, G. m. b. H., Berlin O 27, Blumenstr. 22 I

Postscheckkonto: Berlin 1893 — Fernsprecher: Amt Alexander 2270



An unsere Leser!

Jede Genossin und jeder Genosse, der für die 3., die Kommunistische Internationale eintritt, hat die unbedingte Verpflichtung, seine ganze verfügbare Kraft und Zeit in den Dienst unserer Sache zu stellen.

Es gilt einen festen Abonnentenstand zu gewinnen!

Die **„Kommunistische Rundschau"** muß von allen **Funktionären** und **Betriebsobleuten** gelesen werden. **Sie muß bei jeder Gelegenheit, in allen Versammlungen verkauft werden!**

Bestellungen sind auf folgende Weise möglich:
Bei allen **Partei- oder sonstigen Buchhandlungen.** Auf **jedem Postamt** oder beim **Briefträger** (eingetragen im 14. Nachtrag der Postzeitungsliste). Bei **A. Hoffmann's Verlag, Berlin O 27, Blumenstraße 22 I.** (Dieser versendet das Heft als Drucksache unter Kreuzband. Der Preis für das Vierteljahresabonnement beträgt dann **8.75 Mark.** Dieser Betrag ist am besten gleich bei der Bestellung einzusenden, mit Zahlkarte auf Postscheckkonto Berlin Nr. 1893.)

Kommunistische Rundschau

Nummer 2 | Berlin, 14. Oktober 1920 | 1. Jahrgang

Erscheint zunächst 14 tägig.

Bestellungen sind auf folgende Weise möglich: Bei allen Partei- oder sonstigen Buchhandlungen. Auf jedem Postamt oder beim Briefträger (eingetragen im 14. Nachtrag der Postzeitungsliste). Bei A. Hoffmann's Verlag, Berlin O 27, Blumenstraße 22 I. (Dieser versendet das Heft als Drucksache unter Kreuzband. Der Preis für das Vierteljahresabonnement beträgt dann 8,75 Mark. Dieser Betrag ist am besten gleich bei der Bestellung einzusenden, mit Zahlkarte auf Postscheckkonto Berlin Nr. 1893.)

Verantwortlich für die Redaktion: Willi Elberfeld, Charlottenburg 2, Gutenbergstraße 10 I. Alle den Inhalt betreffenden Anfragen sind an diese Adresse zu richten.



Der Parteitag in Halle.

Von Ernst Däumig.

1890. Parteitag in Halle. Die alte sozialdemokratische Partei hält nach dem Falle des Sozialistengesetzes ihre erste legale Musterung. Der zwölfjährige Ausnahmezustand hat der Partei manche organisatorische und persönliche Wunden geschlagen, aber mit dem politischen Ausgang kann die Partei zufrieden sein. 437 158 Reichstagswahlstimmen zählte sie, als das Schandgesetz in Kraft trat, 1 427 298 Wähler konnte sie mustern, als es außer Kraft gesetzt wurde. Jetzt galt es, den Kampf unter neuen Bedingungen fortzusetzen. Aber der Klassenkampf jener Tage hatte nicht die Schärfe, die er in unserer Epoche angenommen hat. Das Wort „Sozialisierung" als Ausdruck einer konkreten Kampfforderung von Millionen von Proletariern war damals noch nicht erfunden. Damals kam nur der Kampf um die vordersten Bastionen der kapitalistischen Räuberburg in Frage. Das geht klar und deutlich aus den Reden und Beschlüssen des damaligen Halleschen Parteitages hervor. Man lese nur nach, was Wilhelm Liebknecht damals über den Zukunftsstaat sagte, wie Bebel sich gegen die Angriffe Werners auf seine Militärpolitik verteidigte, wie Kloß den Boykott als Kampfmittel zur Erlangung von Versammlungslokalen empfahl, wie Singer die Arbeiterschutzgesetzgebung befürwortete und wie das Verhältnis zu einer proletarischen Internationale nur in einer Bestätigung des Maifeierbeschlusses des Pariser internationalen Kongresses von 1898 zum Ausdruck kam, wobei noch ausdrücklich die Ausnahme zugelassen wurde, daß bei unüberwindlichen Hindernissen die Maifeier am ersten Sonntag im Mai stattfinden könne.

Es liegt mir fern, die Bedeutung dieser Beschlüsse des Halleschen Parteitages für die damalige Zeit herabsetzen zu wollen. In jener Zeit waren es revolutionäre Taten, Taten, die der historischen Bedingtheit entsprachen, unter der die Partei wirken konnte. Wohl waren in den zwölf Jahren des Sozialistengesetzes die Wählerstimmen gewachsen. Immerhin umfaßte die Partei aber nur einen ganz minimalen Prozentsatz des deutschen Proletariats. Die Arbeitermasse außerhalb der Partei war durchdrungen von dem Glauben an den Ewigkeitsbestand der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Der kleinen, klassenbewußten

Arbeiterschar stand gegenüber ein kraftvolles Unternehmertum, in dem Großindustrielle und Großbanken mehr und mehr die Führerschaft an sich rissen. Der Konkurrenzkampf drängte über die Landesgrenzen hinaus und wurde zu einem Kampf um den Weltmarkt. Dieser ökonomische Entwicklungsprozeß fand seinen politischen Ausdruck in der Rüstungswut des Obrigkeitsstaates, der jedes Jahr neue Bataillone, neue Kreuzer und Schlachtschiffe schuf, um den ökonomischen Machtkampf mit dem ausländischen Kapital gegebenenfalls mit militärischen Mitteln zum Austrag zu bringen. Gesetzgebung und Verwaltung im Innern des Landes sorgten dafür, daß die Proletarier der herrschenden Klasse nicht gefährlich werden konnten. Angesichts einer solchen Kräfteverteilung wäre es Wahnsinn gewesen, wenn eine proletarische Partei zu einem Endkampfe mit den kapitalistischen Gewalten aufgefordert hätte. Der Kongreß einer Partei mußte sich damals darauf beschränken, die historisch gegebenen Kampfmöglichkeiten zu prüfen und die entsprechende Kampfparole auszugeben. Vor 30 Jahren hat der Parteitag in Halle unter den gegebenen ökonomischen und politischen Verhältnissen seine historische Aufgabe erfüllt.

* * *

1920. Parteitag in Halle. Wie anders ist in 30 Jahren das Weltbild geworden! Der anarchische Grundcharakter der kapitalistischen Wirtschaftsform hat sich der ganzen Menschheit mit furchtbarer Deutlichkeit offenbart. Der imperialistische Machthunger der Großstaaten führte zur Vernichtungsraserei des Weltkrieges. Unabschätzbare Milliardenwerte der Weltproduktion sind zerstört worden. Das ganze kapitalistische System ist in seinen Grundfesten erschüttert; am schwersten natürlich in den besiegten Staaten, vor allem in Deutschland. Die kapitalistische Produktionsmaschine kann nur wieder in Gang gesetzt werden um den Preis einer Verelendung von Proletariergenerationen. Das fühlen heute unzählige Proletarier beim Einkauf jedes Pfundes Brot, jedes Stücks Kohle, sie spüren es bei jeder Lohnzahlung am Steuerabzug, sie spüren es an den Mietsteigerungen; und vielen Hunderttausenden peitscht die Geisel der Arbeitslosigkeit diese Erkenntnis ein. Der Kinderglaube an den Ewigkeitsbestand der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung, der vor 30 Jahren noch die Proletarierköpfe beherrschte, ist geschwunden. Der Sozialismus ist nicht mehr ein weltfernes, theoretisches Ideal. Der Wille zum Sozialismus hat in den Massen in dem Worte: Sozialisierung! seinen konkreten, zur Tat drängenden Ausdruck erhalten. Fortwährende Lohnkämpfe, Arbeitslosendemonstrationen, Proteste gegen Teurung usw. sind Wellen, die die soziale Revolution aufwirft, ehe sie sich als Sturmflut über das Land ergießt.

Der Obrigkeitsstaat hat ebenfalls ein anderes Gesicht als vor 30 Jahren. Seine monarchische Verkleidung ist verschwunden. Er hat das demokratische Kostüm angezogen. Eine ganze Reihe von Proletarierforderungen, auf die sich vor 30 Jahren der Kampf konzentrierte: Freies Wahlrecht — Republikanische Staatsform — Parlamentarische Regierung — Achtstundentag — sind formell erfüllt worden. Aber gerade von diesen „proletarischen Errungenschaften der Revolution" gilt der Satz, den Wilhelm Liebknecht auf dem Halleschen Parteitag 1890 prägte:

„Was heute Ideal, ist morgen Wirklichkeit, übermorgen Reaktion!"

Vor 30 Jahren waren Republik und freies Wahlrecht Ideal, 1918 wurden sie Wirklichkeit, 1920 sind sie Reaktion; denn im Schutze dieser demokratischen Errungenschaften sucht der Kapitalismus wieder seine Herrschaft aufzurichten, und gerade die demokratische Maskierung des staatlichen und politischen Lebens täuscht viele Proletarier über die gefährlichen Lebensregungen ihres Todfeindes. Gerade proletarische Parteien, die das demokratische Prinzip als Dogma verkünden, sind es, die am Betrug der Arbeiterklasse mitwirken. Der demokratisch frisierte Obrigkeitsstaat von heute hat allerdings keine Millionenheere mehr. Seine militärischen Machtmittel sind nicht mehr bestimmt für den Kampf mit dem äußeren Feind; desto

besser aber sind sie in Organisation, Strategie und Taktik eingestellt auf den Kampf gegen den inneren Feind. Und an Stelle der Reservisten, der Landwehr- und Landsturmleute, die man in den Massenheeren für den äußeren Großkrieg zusammenfaßte, hat sich die Bourgeoisie in Einwohnerwehren, Zeitfreiwilligen, in Orgesch- und Orka-Formationen usw. die Kampfeinheiten geschaffen, mit der sie jeden Tag den inneren, den Bürgerkrieg zu führen bereit ist.

So sieht, in ganz großen Strichen gezeichnet, die historische Bedingtheit der Epoche aus, die wir heute durchleben. Der Kleinkrieg und das Vorpostengeplänkel mit Kapital und Obrigkeitsstaat ist vorüber; an den notwendigen und unvermeidlichen Aufbau der sozialistischen Wirtschaft und des proletarischen Gemeinwesens können wir jedoch noch nicht herantreten. Die Forderung der revolutionären Stunde ist: Endgültige Überwindung der kapitalistischen Herrschaft in Staat und Wirtschaft, Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat, die nächste Forderung ist: Erhaltung der politischen Macht und Beginn des Aufbaues der sozialistischen Welt. Angesichts solcher Forderungen und angesichts der gegebenen historischen Situation genügt es nicht mehr, wenn der Parteitag einer proletarischen, einer revolutionären Partei verkündet: Wir wollen den Sozialismus, oder: wir wollen die Diktatur des Proletariats, sondern ein solcher Parteitag hat die Frage zu lösen: Wie erkämpfe ich heute die politische Macht, wie erhalte ich sie mir für morgen und für die Zukunft, um dann neben der Behauptung der politischen Macht auch den sozialistischen Aufbau durchführen zu können. Das ist die Kardinalfrage, die der Parteitag in Halle 1920 zu lösen hat. Sie darf auf keinen Fall zu einem bloßen Richtungsstreit, zu einem Raufen um Parteiapparat und Parteizeitungen, zu einem doktrinären und persönlichen Gezänk herabgewürdigt werden.

* * *

Es entspricht durchaus dem geschichtlichen Entwicklungsprozeß und der gegebenen weltpolitischen Situation, daß die oben formulierte Kardinalfrage im engsten Zusammenhange mit der Schaffung einer internationalen Organisation des Proletariats aufgerollt wird. Dem Weltkrieg folgte die Weltrevolution. Sie mobilisierte das Weltproletariat, eine Mobilisation, die eine reale Tatsache ist, wenn sie sich auch in den einzelnen Ländern in verschiedenen Graden und in verschiedenen Organisationen abspielt. Die festgefügte Rote Armee Sowjetrußlands ist eine ebenso konkrete Erscheinungsform der Weltrevolution, wie die soziale Unruhe, die durch das schwerkapitalistische Amerika hindurchgeht. Und wenn der Dogmatismus gewisser Marxepigonen eigensinnig das Zentrum der Weltrevolution in die fortgeschrittenen kapitalistischen Länder des Westens verlegen will, so hat die Weltgeschichte dank der ihr innewohnenden Gesetze zunächst Rußland zum Ausgangspunkt und ersten Kriegsschauplatz der großen, weltumspannenden sozialen Revolution gemacht. Gehirn und Nervensystem der russischen Revolution und der proletarischen Diktatur in Rußland ist aber die russische kommunistische Partei. Diese Partei ist — das können nur marxistische Splitterrichter bestreiten — geistig auf die Methoden des Marxismus eingestellt. Sie hat die Erfahrungstatsachen einer langen revolutionären Vergangenheit und eines mehrjährigen Bürgerkrieges theoretisch ausgemünzt; sie will sich nicht begnügen mit der Sympathie des Weltproletariats mit Sowjetrußland, sie will die Erfahrungen und Lehren eigenen revolutionären Erlebens den kampfbereiten Vortruppen des gesamten Weltproletariats zugute kommen lassen. Hundert politische und psychologische Gründe haben zur Zeit Sowjetrußland und damit die Kommunistische Partei Rußlands zur Vormachtstellung in der proletarischen Welt gebracht. Diese Tatsache steht fest, und keine Parteieitelkeit und kein Parteiegoismus kann sie aus der Welt schaffen. Zwei elementare Bekenntnisse sind es, die für die neue, die dritte Internationale maßgebend sein müssen: Erstens die Notwendigkeit einer grundsätzlichen Einheitlichkeit in Theorie und Zielsetzung, und zum zweiten die Notwendigkeit einer straffen Zentralisation für die Erfordernisse des verschärften

Klassenkampfes! In der zweiten, nur noch als Ruine weiterlebenden Internationale bildete das demokratische Prinzip die theoretische Grundlage. Organisatorisch baute sie sich auf — soweit man bei diesem zusammenhanglosen Gebilde überhaupt von Aufbau reden kann — auf dem Prinzip der Autonomie der angeschlossenen Parteien. Eine geistig derart eingestellte und organisatorisch unzuverlässige Internationale mußte versagen. Darum stellt die dritte Internationale dem demokratischen Prinzip gegenüber die konkrete Forderung der Diktatur des Proletariats und darum verlangt sie statt der Autonomie: Zentralisation. Und jeder, der vorurteilsfrei die Erfahrungen des letzten Jahrzehnts durchprüft, muß zugeben, daß das nicht das brutale „Diktat einer Moskauer Clique" ist, sondern daß sich diese Notwendigkeiten aus den Lehren der revolutionären Entwicklung ergeben. Hat man das aber als Angehöriger einer revolutionären Partei erkannt, so hat man auch die Pflicht, zu prüfen, ob die eigene Partei diesen Forderungen entspricht, und weiter dafür zu sorgen, daß alle Mängel und Hemmungen beseitigt werden, die bisher theoretisch und organisatorisch verhindert haben, daß die Partei zu einer revolutionären Elitetruppe der proletarischen Armee und zur Führerin im Kampfe der ganzen Arbeiterklasse wurde. Diese Arbeit an sich selbst berechtigt die Partei, ohne weiteres als aktives Mitglied in eine Internationale einzutreten, die nach gleichen Grundsätzen aufgebaut ist. Und je bedeutsamer die Rolle des eigenen Landes im Spiele der weltwirtschaftlichen und weltpolitischen Kräfte ist, um so ausschlaggebender wird die Partei dieses Landes auch innerhalb der neuen Internationale sein.

* * *

Der Novembersturz rüttelte natürlich auch an den Mauern der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Eine Fülle von Aufgaben und Problemen tauchten auf, denen die Partei weder theoretisch noch organisatorisch gewachsen war. Die Erkenntnis, daß der Weltkrieg eine Scheidelinie gezogen hat zwischen revolutionärem und reformistischem Sozialismus, war leider noch in sehr wenig Köpfe gedrungen. Eine solche Erkenntnis jedoch hätte das Regierungsbündnis Haase-Ebert-Scheidemann nicht aufkommen lassen. In den ersten Tagen der Novemberumwälzung bestand staatsrechtlich und faktisch die Diktatur des Proletariats. Die Aufgabe der revolutionären Partei wäre gewesen, diese Diktatur organisatorisch zu fundieren, die noch verstreuten Kräfte zusammenzufassen, sie mit Machtmitteln auszustatten, auf Grund der Räteorganisation ein proletarisches Gemeinwesen zu schaffen und der sozialistischen Produktion durch Enteignung der Kapitalistenklasse usw. die Wege zu bahnen. Konnte die U. S. P. D. es damals nicht tun, weil sie theoretisch darauf zu wenig eingestellt und organisatorisch zu wenig stark war, so hätte sie dem Reformsozialismus Gelegenheit geben müssen, klar und unzweideutig zu beweisen, daß er mit seinen Grundsätzen revolutionäre Probleme nicht lösen kann. Und da der politische Kampfruf jener Tage lautete: Hie Nationalversammlung! — Hie Rätesystem! — das heißt Diktatur des Proletariats —, so hätte die U. S. P. D. als revolutionäre Partei klar und unzweideutig die letzte Parole für sich erwählen müssen. Der Reformsozialismus hätte sehr bald abgewirtschaftet, und die klassenbewußten Proletarier wären dann in weit größerer Anzahl und mit größerem Erfolg in den Kampf für die proletarische Diktatur eingetreten. Statt dessen fand die demokratische Parole innerhalb der U. S. P. D. bei Führern und Masse die weitestgehende Unterstützung. Deutschland wurde bürgerlich-kapitalistische Republik unter dem Schutze der Noske-Diktatur, die natürlich der sozialen Revolution nicht Herr werden konnte. Die U. S. P. D. bekam einen Massenzulauf, aber es ist ihr bis heute nicht gelungen, diese Massen so zusammenzufassen, zu schulen und zu führen, daß daraus eine aktionsfähige Kampftruppe für den sozialen Großkampf wurde. In der rein mechanischen Defensive, wie in den Kapp-Tagen, sowie in einer Fülle von territorialen Kämpfen ist zwar der revolutionäre Charakter der Partei zum Ausdruck gekommen; aber gerade aus den Erfahrungen der örtlichen Kämpfe ergibt sich heute die Notwendigkeit, daß in der

Partei Einheit in der theoretischen Auffassung und organisatorische Zentralisation geschaffen werden muß.

Der Entwicklungsgang der letzten dreei Jahre hat zwar unter vielen inneren Kämpfen die Partei zur Aufgabe des demokratischen Prinzips und zum Bekenntnis zur Diktatur des Proletariats gebracht. Der Gründungsparteitag in Gotha fußte auf dem Erfurter Programm. Der Märzparteitag in Berlin 1919 versuchte eine Zusammenkupplung des demokratischen Prinzips mit dem Rätesystem, d h. mit der Diktatur des Proletariats. Der Parteitag zu Leipzig sprach aus, daß die Partei die Diktatur des Proletariats wolle, der Parteitag in Halle 1920 muß die Voraussetzung schaffen, daß die Diktatur durch die Tat erkämpft wird. Dazu ist notwendig, daß restlos aufgeräumt wird mit allen demokratischen Illusionen, und daß eine scharfe Scheidelinie gezogen wird gegenüber all den Männern, die, wie Kautsky, das allein selig machende demokratische Prinzip noch verfechten und vom internationalen Proletariat noch als Fleisch vom Fleische der U. S. P. D. angesehen werden. Und darüber hinaus ist Schluß zu machen mit den sozialpazifistischen Tendenzen, die den Bürgerkrieg nicht wollen, dadurch aber die Tatsache verschleiern, daß die Gegenrevolution ihn will. Es ist Schluß zu machen mit jenen quietistischen Tendenzen, die der Arbeiterschaft vortäuschen wollen, man lebe noch in jenen geruhsamen Zeiten, in denen die Parole: Organisieren und Agitieren! das A und O der sozialistischen Bewegung war, mit jenen opportunistischen Tendenzen, die da glauben, daß in einer Periode wirtschaftlichen Zerfalls, in einer Periode des latenten Staatsbankerotts in den Parlamenten noch positive Arbeit zur Hebung der Klassenlage des Proletariats geleistet werden könnte.

Das sind die großen Richtlinien, die für den Parteitag in Halle ausschlaggebend sein sollen. Nach den Erfahrungen der letzten Wochen werden sie es nicht sein. Spaltungsgeschrei, Richtungsstreit, Parteiprestigefragen, persönliches Gezänk drohen die große, historische Aufgabe, die der Parteitag in Halle zu lösen hat, zu verwirren. Zu dieser Aufgabe werden stehen alle, die die historische Situation begriffen haben. Als starken, zuverlässigen Bundesgenossen haben sie zur Seite den unaufhaltsamen Gang der ökonomischen und politischen Entwicklung: Die Unmöglichkeit, den Proletariern im Rahmen der kapitalistischen Produktion auch nur die Lebenshaltung der Vorkriegszeit zu verschaffen, die Finanzzerrüttung des Staates und die aus ihr sich ergebende Steuerbelastung der Arbeitermassen, die immer weiter um sich greifende Enttäuschung über die Unzulänglichkeit der formaldemokratischen „revolutionären Errungenschaften". Mag der Parteitag in Halle ausgehen wie er will, er wird zu einer Schaffung einer revolutionären Kerntruppe des deutschen Proletariats beitragen, sei es nun mit, sei es ohne den offiziellen Parteiapparat der Unabhängigen Sozialdemokratie.

* * *

Und nun noch ein Wort in eigener Sache. In meinem Artikel in der ersten Nummer dieser Zeitschrift hatte ich geschrieben, daß der Kampf gegen Moskau bei vielen Führern gleichbedeutend sei mit dem Kampf um das politische Renommee und — die materielle Position. Dieser Satz hat eine entrüstete Zurückweisung der Mehrheit des Zentralkomitees der U. S. P. D. zur Folge gehabt.

Ich bedaure, daß ich mit dem Hinweis auf die materielle Position mit einem Schritte die Grenze übertreten habe, die sich zwischen dem sachlichen und persönlichen Kampffelde hinzieht. Wir Verfechter des Anschlusses an die Kommunistische Internationale haben genug sachliche Argumente, um mit ihnen auszukommen. Es ist aber eine psychologische Erfahrungstatsache, daß auch bei sachlichen Auseinandersetzungen persönliche Erwägungen — sei es bewußt oder unbewußt — bei den Kämpfenden eine Rolle spielen. Ich schrieb jenen angefochtenen Satz unter dem Eindruck von moskaugegnerischen Zeitungsartikeln, in denen uns Anhängern der dritten Internationale dem Sinne nach der Vorwurf gemacht wurde, daß der

rollende Rubel und das persönliche Interesse letzten Endes der ausschlaggebende Faktor für unsere Haltung zur Kommunistischen Internationale sei. Ich habe nicht gelesen, daß derartige Unterstellungen zum Gegenstand einer offiziellen Zurückweisung gemacht worden sind. Ich verlange es auch nicht.

Im übrigen zeigen die Begleiterscheinungen des Kampfes um die Kommunistische Internationale, wie berechtigt der Vorwurf ist, die U. S. P. D. habe noch eine Menge kleinbürgerlicher Elemente in ihren Reihen. Nicht genug, daß der Parteiegoismus den Kampf für eine weltgeschichtliche Aufgabe zu einem Auslegungsstreit um die 21 Punkte gemacht hat, nicht genug, daß das, was ein historischer Reinigungsprozeß sein sollte, gewaltsam zu einer Spaltungskampagne vergröbert wird, auch der Kampf gegen Personen geht mit Mitteln und Methoden vor sich, die zum Arsenal des kleinlichen und pharisäischen Spießertums gehören. All diese Dinge habe ich restlos vorausgesehen. Auch diese Begleiterscheinungen bestätigen meine Überzeugung, daß eine proletarische Partei auf nationaler und internationaler Grundlage geschaffen werden muß, die die Köpfe ihrer Mitglieder revolutioniert, ihre Kampfkraft organisatorisch zusammenfaßt und sie als bewußte Träger der sozialen Revolution in Aktion setzt.

Die Organisation der Partei.

Von Wilhelm Koenen.

Die Organisation ist nicht Selbstzweck, insbesondere ist für eine revolutionäre Partei die Organisationsform nur eines der Mittel, das zweckmäßig angewendet werden soll, um mit den vorhandenen Kräften den größtmöglichen Erfolg für die revolutionäre Sache zu erreichen. Es gilt für die Beurteilung der Organisationsfragen der Satz aus den Generalstatuten der I. Internationalen Arbeiterassoziation: „daß die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse das große Ziel ist, dem jede Bewegung **als Mittel** untergeordnet sein muß." Im Sinne dieser von **Marx** entworfenen Generalstatuten wird eine Organisation dann am wirksamsten für die Lösung des sozialen Problems wirken, wenn sie das theoretische und praktische Zusammenwirken der fortgeschrittensten Gruppen verwirklicht. Der Organisationsapparat muß in der modernen Arbeiterbewegung so gestaltet sein, daß er den Proletariern in ihren Kämpfen die Gewähr bietet, in jedem gegebenen Moment die größtmögliche Hilfe der gleich ihnen organisierten Proletariergruppen zu erhalten. In den jetzigen bewegten Zeiten des latenten Bürgerkrieges, der täglich zum offenen Ausbruch kommen kann, hält die III. Internationale die straff zentralisierte Organisation für die zweckmäßigste Form der Kampfführung zur Vernichtung des Kapitalismus und Herbeiführung des Sozialismus.

Das nächste **Ziel** des großen Kampfes, den das klassenbewußte Proletariat selbst auf die Gefahr des Bürgerkrieges unternehmen muß, ist die **Eroberung der politischen Macht**. Die auf dieses Ziel gerichtete Kampfführung muß nach einem festen Plan mit gesicherten Kräften auftreten können. Der Kampf erfordert konzentrierte Vorbereitung durch Aufklärung und werbende Agitation, durch die die ganze Aufmerksamkeit des kämpfenden Proletariats in jedem Augenblick auf das große, der gesamten Klasse gemeinsame Ziel gelenkt wird, um Abschweifungen, Irreleitungen und Umwege zu vermeiden. Eine solche zielsichere Kampfführung kann in der proletarischen Bewegung ohne einen straff zentralisierten politischen Apparat nicht durchgeführt werden.

Aber nicht nur die Kampfführung erfordert einen zentralistischen Apparat, auch die Mobilisierung der Massen und die einheitliche Regelung ihrer spontanpolitischen Kraftäußerungen und ihrer elementaren sozialen Ausbrüche erheischt

gebieterisch eine immer festere Zusammenfügung der einzelnen Strömungen und Gruppen, die sich in ihren verzettelten Bewegungen müde kämpfen und immer und immer wieder Teil für Teil niedergeworfen werden. Die einheitliche Durchdringung der breiten Massen mit dem Bewußtsein, daß sie sich alle nur noch für eine Aufgabe und für ein Ziel: die Eroberung der politischen Macht, in Bewegung setzen dürfen, kann nur erreicht werden, wenn die Partei sich als ein starkes Zentrum der sozialen Revolution konstituiert, um mit ihrem Apparat und durch ihre Mitgliedermassen in zähem Ringen die gesamte Führung des Proletariats und die tatsächliche Leitung seiner gesamten Bewegungen an sich zu reißen.

Wir haben uns zu fragen, ob unsere Partei bisher diese durch die bewegten Kampfzeiten aufgedrängte einheitliche Führung der proletarischen Kämpfe mit der bisherigen Organisation ermöglichen konnte. Dazu wird jeder zugestehen müssen, daß von einer einheitlichen Kampfführung bisher leider in Deutschland überhaupt noch nicht gesprochen werden konnte. Nur in elementaren Ausbrüchen, wie in den Novembertagen 1918 und den Märztagen 1920, erhob sich die deutsche Arbeiterklasse im Abwehrkampf zur einheitlichen Aktion. Aber es fehlte in beiden Fällen die einheitliche geistige Durchdringung, und vor allem eine zielbewußte Kampfführung. Es ist ein müßiges Geschäft, über die Mißerfolge der verfehlten Führung dieser Bewegungen nachträglich Vorwürfe zu erheben. Notwendiger ist es, aus den Mißerfolgen zu lernen, und mit allem Nachdruck die Maßnahmen praktisch durchzudrücken, die eine Besserung in der Führung zukünftiger Kämpfe sichern. Für diese Notwendigkeiten ist innerhalb unserer Partei leider nur wenig geschehen, und das Wenige geschah fast ganz heimlich, inoffiziell, ohne daß der Parteiapparat dadurch besonders geändert worden wäre. Aber eines zeigt sich ganz deutlich und öffentlich: der gute Kampfgeist in den Massen, der nach einer einheitlichen straffen zentralen Leitung der Bewegung verlangt! Dieser Drang nach schärferer Zusammenfassung, nach besserer Konzentration der Kräfte mußte die Partei zu organisatorischen Maßnahmen auch dann vorantreiben, wenn der Weltkongreß in Moskau nicht zu diesen Organisationsfragen der Zentralisation Stellung genommen hätte.

Der Grundfehler unserer Organisation in strategischer Beziehung ist ganz zweifellos der, daß wir das gute Bestimmungsrecht der Mitglieder auf föderalistischer Grundlage zum Ausdruck kommen lassen. Das ist aus der Entstehungsgeschichte unserer Partei durchaus erklärlich, da sie entstanden ist aus der Opposition der tatkräftigen Teile der Organisation gegen die Untätigkeit der verantwortlichen Leitung. Gegenüber dem Nichtstun, der Passivität, dem Burgfrieden muß allerdings der Aktive, die tätige Gruppe, der voranstürmende Organisationsteil unabhängig und selbständig auftreten. So war zu der Zeit, als wir unsere Bewegung als Opposition gegen die Partei des Burgfriedens konstituierten, der föderalistische Charakter der Bewegung durchaus historisch verständlich, und für die Aufrüttelung zu gesteigerter Tätigkeit auch zweckmäßig.

Inzwischen hat sich die Situation gründlich gewandelt. Wir sind nicht mehr die gegen eine untätige Parteileitung rebellierende Opposition einzelner Organisationsteile, sondern wir sind die Partei des aktiven klassenbewußten Proletariats. Unser Zweck ist nicht mehr, die tätigen Kämpfer aufzurufen zur selbständigen Stellungnahme gegen den Burgfrieden und die Kriegspolitik, die es zu zermürben galt, unsere Zwecke und Ziele sind jetzt, als Führerin und Bannerträgerin der sozialen Revolution den Massen mit einem festen Gefüge politisch aufgeklärter Kampfgruppen voranzugehen, um in einem großangelegten Ringen den Kapitalismus und sein System zu Fall zu bringen. Soll unsere Partei wirklich Führerin und Bannerträgerin der sozialen Revolution werden, so muß sie zunächst bei sich selbst Klarheit, Einheitlichkeit und Festigkeit schaffen. Sie muß aus ihren Organisationsgrundlagen jetzt alles Föderalistische möglichst schnell ausschalten. Sie muß aus der Opposition der Aktiven zum Zentrum der Aktion werden. Die Entwicklung, die wir vom Sozialpazifismus

zur sozialrevolutionären Klarheit, zum Kommunismus von der Gründung der Arbeitsgemeinschaft bis zum Leipziger Parteitag durchlaufen haben, muß jetzt auch ihren organisatorischen Ausdruck finden.

Wohl haben wir in Gotha in den Organisationsgrundlinien festgelegt, daß Programm und Organisation der Partei nach den im Kriege neugewonnen Erkenntnissen auszugestalten sind, was in vollem Umfange erst möglich sei, wenn die im Heeresdienst stehenden Parteimitglieder zurückgekehrt und die Grundlagen einer freien Aussprache wieder hergestellt sind. Programmatisch haben wir für diesen Beschluß durch die Schaffung des Leipziger Aktionsprogramms eine vorläufige Erfüllung gefunden. Organisatorisch ist jedoch nichts wie dauerndes Flickwerk geleistet worden. Unsere Organisation ist in ihren Gliedern ein außerordentlich buntes Durcheinander. Die Bezirke wenden bei ihrem Aufbau die verschiedensten organisatorischen Prinzipien an, ohne daß die Frage der für unseren gegenwärtigen Kampf zweckmäßigsten Organisationsform irgendwie erörtert oder geklärt worden ist. Die Satzungen der verschiedenen Bezirke bilden eine bunte Musterkarte der allerverschiedensten organisatorischen Möglichkeiten. Wohl ist das Bedürfnis nach der Schaffung einheitlicher organisatorischer Grundlinien längst anerkannt, ja es wurde sogar schon lange, bevor wir an Moskau dachten, in Beschlüssen formuliert. So setzte der Parteitag im März 1919 bereits eine Organisationskommission ein, die aus den „bewährtesten Organisatoren" der Partei gebildet wurde. Da sie aber leider die ihnen gestellte Aufgabe bis zum nächsten Parteitag nicht nur nicht erledigt, sondern überhaupt nicht in Angriff genommen hatten, so beschloß der Leipziger Parteitag erneut, einheitliche Organisationsgrundlinien niederlegen zu lassen, und setzte wiederum eine Organisationskommission, bestehend aus den „bewärtesten Organisatoren" der Partei, ein, für die aber nun angesichts des neuen Parteitages das Geständnis abgelegt werden muß, daß sie wiederum gar nichts zur Erfüllung ihres Auftrages getan haben. Es hat kaum überhaupt je eine Sitzung dieser Organisationskommission stattgefunden. Wenn nun der Weltkongreß der Internationale nach all diesem Zögern unserer „bewährten Organisatoren" die Unabhängige Sozialdemokratie genau so wie die anderen sich auf die soziale Revolution einstellenden Parteien zu den für diese Einstellung notwendigen organisatorischen Maßnahmen drängt, so haben wir wahrlich keinen Grund, darüber irgendwie zu wimmern und zu klagen. Wir sollen es begrüßen, daß die für uns schon lange dringend gewordene Frage der Schaffung einheitlicher Organisationsgrundlinien, nunmehr gleichzeitig von allen uns verwandten Parteien in gleichem Geiste und in ähnlicher Weise wie bei uns durchgeführt wird. Diese Tatsache ist der erste praktische Gewinn, den wir aus unserer Verbindung mit der III. Internationale einheimsen.

Die Kommunistische Internationale unterscheidet bei den organisatorischen Notwendigkeiten zwischen der Zeit der mehr oder weniger ruhigen politischen Bewegung und der Zeit nach der Eroberung der politischen Macht, in der es die Diktatur des Proletariats durchzusetzen und zu verteidigen gilt. Die Kommunistische Internationale erkennt, daß zwischen diesen beiden Zeiten der offene Kampf zwischen Proletariat und Bourgeoisie liegt, was gegenüber dem Belagerungszustand und dem Zustand des verschärften Bürgerkrieges eine besondere Einstellung des organisatorischen Aufbaues erfordert. Es wird in unserer Partei wohl kaum einen Streit darüber geben, daß die Zeit der mehr oder weniger ruhigen politischen Bewegung für das deutsche Proletariat ein für allemal vorüber ist. **Wollen wir die kommenden schweren Erschütterungen und Kämpfe erfolgreich überstehen, so müssen wir unsere Organisation auf die Zeiten des Belagerungszustandes, des Bürgerkrieges und der Diktatur des Proletariats einrichten.** Der demokratische Zentralismus ist die Organisationsform, die sich für diese Kampfzeiten als die zweckmäßigste erwiesen hat.

Trotz der Kampfzeiten muß als das Hauptprinzip des demokratischen Zentralismus immer wieder die Wahl der verantwortlichen Leitung der Partei durch die Mitgliedschaften energisch in den Vordergrund gerückt werden. Nur so, getragen von dem Vertrauen der Parteimitgliedschaft und von dem vollen kameradschaftlichen Vertrauen aller Parteiorganisationen, ist die Zentralleitung der Partei in der Lage, die tatkräftige Kampfführung auszuüben, ohne die der Sieg der Arbeiterklasse unmöglich ist. In den Kampftagen unserer Zeit muß die auf demokratischer Grundlage gebildete leitende Parteizentrale als beauftragte Führung für alle Parteiglieder als Autorität anerkannt werden, bis ein neuer Parteitag entscheiden kann. Das Moskauer Exekutivkomitee gibt durchaus zu, daß ein solcher zentralisierter Parteiaufbau erst in jahrelangem Ringen erreicht wird, daß dieser Zentralismus nicht von heute auf morgen erreicht werden kann! Wir meinen jedoch, daß für das deutsche Proletariat die Umgestaltung des Parteiaufbaus, der sich bei uns bisher in vollständig ungeregelter Weise vollzogen hat, schon längst ein anerkannt dringendes Bedürfnis und jetzt direkt ein revolutionäres Gebot der Stunde geworden ist.

Jawohl! Die Parteimitgliedschaften sollen entscheiden! Ihre Versammlungen sollen die Urquelle aller organisatorischen Kraft und aller grundsätzlichen Entscheidungen sein. Aber haben die Mitgliedschaften durch den Parteitag entschieden, so soll die Entscheidung eindeutig und klar nicht nur in Worten, sondern auch in der Wahl der Persönlichkeiten, die diese Worte zur Tat werden lassen sollen, zum Ausdruck kommen. Entscheiden die Beschlüsse und der Ausgang der Wahl für Kampf und Aktion, dann kann es nichts anderes geben, als volles Zutrauen und strengste Disziplin, die sich aus der Mitarbeit in der Kampfpartei als notwendig ergibt. Haben die Mitglieder ihren Willen kundgetan, so muß dieser Wille, wenn wir zweckmäßig und zielklar kämpfen wollen, die ganze Organisation in allen ihren Gliedern und Teilen durchdringen und beherrschen. Bis zu der neuen Willenskundgebung der Gesamtpartei muß die einmal vom Parteitag bestimmte Führung des Kampfes unbeirrt durchgeführt werden, auch gegen örtliche Schwankungen und Wirren."

Die organisatorischen Maßnahmen zu treffen, die diesen für den Kampf erforderlichen zentralistischen Parteiaufbau sicherstellen, in der Form, in der das in Deutschland gegenwärtig möglich ist, das ist neben dem grundsätzlichen Anschluß an die Kommunistische Internationale die wichtigste Aufgabe des Parteitages, durch deren Erfüllung die Partei in der Tat schon ein lebendiges Glied der dritten Internationale würde.

Die Kommunisten und wir.

Von Walter Stoecker.

I.

Durch die Lösung der Frage des Anschlusses unserer Partei an die dritte kommunistische Internationale wird auch eine Frage brennend, die ohnehin bald eine Klärung erfordert hätte: Unser Verhältnis zur Kommunistischen Partei Deutschlands. Unter den skrupellosen Mitteln, mit denen die opportunistischen Gegner der dritten Internationale arbeiten, hört man auch immer wieder die falsche und irreführende Behauptung: wir müßten vor der kleinen K. P. D. abdanken, kapitulieren, unsere Partei müßte „in die K. P. D. aufgehen", wir müßten uns der Diktatur der kommunistischen Führer beugen, und dergleichen unsinnige Behauptungen mehr. Es genügt, diese Schwindeleien als solche festzustellen. Was die dritte Internationale von uns erwartet, ist eine Verständigung und Vereinigung mit der K. P. D., da die kommunistische Inter-

nationale mit Recht der Ansicht ist, daß wegen der nötigen Geschlossenheit und Einheit in jedem Lande nur eine Sektion der Internationale bestehen darf. Daß eine solche Vereinigung nicht über Nacht vor sich gehen kann, ist selbstverständlich.

Während des Krieges, seit Gotha, waren die Spartakusgenossen in unserer Partei. Sehr viele Genossen des jetzigen linken Flügels gehörten damals zu dieser Richtung, da auch sie den Pazifismus von Kautsky, Cohn, Breitscheid usw. bekämpften und die Partei in revolutionärem Sinne vorwärts drängten. Die verhängnisvolle Abtrennung erfolgte dann im Januar 1919, als es allerdings in der Partei sehr bunt aussah und die Rechte sich weigerte, zur Klärung aller strittigen Fragen sofort einen Parteitag einzuberufen. Die Linken verlangten damals von der Partei die Forderung der proletarischen Diktatur, während fast alle rechten Führer für die Nationalversammlung eintraten. Schon der erste Rätekongreß zeigte die ernsten Differenzen in der Partei über die Fragen der Demokratie und Diktatur. Damals stand die Partei in einer ernsten Krise. Sie war so krank, daß selbst Ledebour gemeinsam mit Däumig und Richard Müller mit den Spartakusgenossen ernste Verhandlungen über den Austritt aus der U. S. P. und die Gründung einer neuen revolutionären Partei führte. Wenn damals viele führende Genossen der jetzigen Linken nicht mitgingen, so erstens, weil sie den Moment einer Abtrennung für falsch hielten und zunächst den Parteitag abwarten wollten, wo sich zeigen werde, ob der Kurs der Partei nach links oder rechts gehe und ob eine Trennung nötig werde. Zweitens wegen der bedauerlichen Taktik, auf die sich der Gründungsparteitag der K. P. D. festlegte. Es wird niemand leugnen können, daß diese Tagung beherrscht war von Gefühlsrevolutionären und syndikalistischen Elementen, die allen Zureden der revolutionären Marxisten, wie Rosa Luxemburg, Karl Liebknecht, Paul Levi usw. völlig unzugänglich waren. Der Phantast und Wirrkopf Rühle beherrschte den Parteitag, so daß Rosa Luxemburg mit Recht bei den Delegierten „den erforderlichen Ernst und die ruhige Überlegung“ vermißte. Mit großer Mehrheit legte man sich auf die Nichtbeteiligung an parlamentarischen Wahlen fest und machte damit eine Verständigung und Einigung mit den übrigen marxistisch-revolutionären Elementen der U. S. P. unmöglich. Man lese nur in dem Protokoll dieses Gründungsparteitags der K. P. D. den Bericht über die Verhandlungen mit Däumig und seinen Freunden nach, und man erkennt sofort, daß dies der Hauptgrund der Nichtverständigung war, denn die übrigen Punkte waren meist ziemlich unbedeutender Art.

Daß die Abtrennung der Kommunisten von unserer Partei im damaligen Augenblick und zumal in der Art, wie sie vorgenommen wurde, ein schwerer Fehler war, sehen heute selbst viele Kommunisten ein. So führte Paul Levi erst kürzlich nach dem Bericht der Wiener Roten Fahne in einer Rede über „Die Entwicklung des Spartakusbundes in Deutschland“ in Wien u. a. folgendes aus: „Im Dezember 1918 trat also die Frage vor uns, ob all diese losen Gruppen zu einer Partei zusammenzufassen sind oder ob man noch weiter in der U. S. P. arbeiten solle. Die Meinungen waren geteilt: Jetzt zeigt sich freilich, daß Leo Jogiches, der gegen die Gründung der K. P. schon in einem so frühen Stadium der deutschen Revolution war, den weitesten Blick besessen hat. Wir hatten keine feste Organisation hinter uns, sondern Leute, die rein gefühlsmäßig mit Liebknecht gingen und ohne jedes marxistische Denken waren. Wir sahen schon damals, daß bei dieser Zusammensetzung der Partei die Arbeit eine sehr schwierige sein werde, man hoffte aber, daß da die Autorität Liebknechts und Luxemburgs helfen werde. Nur diese Zusammensetzung der Partei machte es erklärlich, daß am Gründungsparteitag auch gegen die Ansicht

Liebknechts und Luxemburgs beschlossen wurde, sich an den Wahlen ins Parlament **nicht** zu beteiligen. Der Kongreß stand eben unter dem Einfluß der Straßenkämpfe und der noch zu erwartenden Ereignisse. **Der Beschluß war unstreitbar falsch.** Die Folge war, daß große Arbeitertrupps, die sich bereits zu uns durchgerungen hatten, den Übertritt unterließen. **Der falsche Boykottbeschluß, die allzu frühe Loslösung von der U. S. P.** und die Zeit schwerster Verfolgungen bestimmten **die organisatorische Schwäche der K. P. D.**"

Trotzdem also schon damals grundsätzlich **keine** Meinungsverschiedenheiten mit den meisten Genossen der übrigen Linken bestanden und das von **Rosa Luxemburg** vorgelegte Programm: „Was will der Spartakus bund?" Wort für Wort unseren Anschauungen entsprach, machte uns doch das ganze Drum und Dran dieses Parteitages und die dort festgelegte Taktik ein Zusammengehen unmöglich. Die weitere Entwicklung der K. P. D. zeigte dann, daß es den marxistischen Elementen nicht gelang, sich durchzusetzen, so daß der Wirrwarr immer größer wurde und wir Linken in vielen Orten und Bezirken in eine **ernste Kampfstellung zu den Kommunisten** gedrängt wurden, die immer mehr das Sammelbecken von allen möglichen Elementen wurden, sinnlosen Putschisten, reinen Gewaltanbetern, Syndikalisten, Anarchisten unklaren Phraseuren, organisatorisch fast alles völlig ungeschulte Elemente, die durch die revolutionären aufregenden Ereignisse ins politische Leben gekommen waren. Es war im vergangenen Jahre zeitweise so schlimm, daß eine gemeinsame Aktion mit den Kommunisten einfach eine Unmöglichkeit wurde. Wir geben gern zu, daß der Verlust **Rosa Luxemburgs** und **Karl Liebknechts**, wie auch die Illegalität der K. P. D. ihr eine ernste Aufklärungsarbeit in ihren eigenen Reihen sehr erschwert hat, aber in dem Verhältnis von Parteien zueinander fragt man meist nicht nach den Ursachen, sondern hier kommt es auf die Tatsachen an, wie sie sind. Und Tatsache ist, daß damals ein Zusammengehen, geschweige denn eine Verständigung mit der K. P. D. nahezu unmöglich war, zumal deren Zentrale völlig in der Luft hing und jeder Bezirk und jede Ortsgruppe machte, was sie wollte. Da der Gründungsparteitag im Januar 1919 wegen der starken syndikalistischen Strömung einer Entscheidung in der Frage der **Gewerkschaftstaktik** ausgewichen war, hatten in vielen Bezirken die sogenannten Unionisten völlig die Partei in der Hand und propagierten überall im Namen der Partei den **Austritt aus den Gewerkschaften** und die Betriebsorganisationen. Wir wollen nicht auf Einzelheiten eingehen, nur einen Vorgang möchten wir aus der Fülle der damaligen Ereignisse herausgreifen:

Eine am 9. September 1919 abgehaltene Versammlung der Funktionäre des Bezirks Groß-Berlin der K. P., in der ein Vertreter der Reichszentrale den marxistischen Standpunkt der Zentrale vertreten hatte, faßte mit überwältigender Mehrheit folgende Entschließung:

„In einer Situation, die die revolutionäre Entwicklung weder abgeschlossen noch unterbrochen erscheinen läßt, die durch **Ausbau der Betriebsorganisation** vielmehr die Festigkeit des ökonomischen Fundaments der bürgerlichen Gesellschaft **erschüttert** und ihren Sturz durch **Sabotage der Produktion** beschleunigt, gleichzeitig aber durch Ausbau eines Wirtschaftsrätesystems die Übernahme der wirtschaftlichen Macht durch das Proletariat vorbereitet, **lehnt die Funktionärversammlung Groß-Berlins die Beteiligung an parlamentarischer Arbeit als ungeeignetes Mittel zur Fortführung des proletarischen Befreiungskampfes ab.**

Die Funktionärversammlung hält ebenso das der Entscheidung der Nationalversammlung unterliegende Betriebsrätegesetz für ungeeignet zur Fortführung des revolutionären Kampfes und **lehnt eine Beteiligung an den**

Wahlen ab. Sie verweist mit Nachdruck auf die Notwendigkeit des Ausbaues der Betriebsorganisation und verwirft endgültig den Gewerkschaftsgedanken."

Die Berliner „Rote Fahne" brachte einen Leitartikel nach dem andern über den Austritt aus den Gewerkschaften, den Kampf durch Sabotagemittel und dergleichen mehr. Der Syndikalismus machte sich immer breiter, Gefühlspolitik und Phrase herrschten immer mehr, Sabotage, Föderalismus, Hetze gegen alle Führer, Unionismus, das waren die Parolen. Dazu kam der Nationalbolschewismus Laufenbergs und Wolfheims, der immer mehr die Köpfe verwirrte. All das, was Lenin in seiner Broschüre sehr gut die „Kinderkrankheit" des Kommunismus nennt.

Aus allen diesen Gründen trat eine immer stärkere Entfremdung zwischen den linken marxistischen Elementen und der K. P. D. ein, so daß kaum noch persönliche Beziehungen zwischen den leitenden Genossen der beiden Lager bestanden. So blieb die K. P. D. eine kleine Sekte, mit allen üblen Begleiterscheinungen, während unsere Partei immer mehr das Sammelbecken der revolutionären Arbeitermassen wurde. Es ist richtig, daß die Illegalität den Kommunisten eine erfolgreiche Organisationsarbeit erschwerte, aber weit mehr waren es die erwähnten politischen Gründe, die das Gros der revolutionären Arbeitermassen von ihr abhielt.

Es ist das große Verdienst der einsichtigen kommunistischen Führer, daß sie im Herbste vergangenen Jahres einsahen, daß diesem völlig unhaltbaren Zustande ein Ende gemacht werden müsse, wenn nicht ihre Partei ganz ins syndikalistische Fahrwasser gedrängt werden sollte, wozu sie damals auf dem besten Wege war. In dieser Situation trat der zweite Parteitag der K. P. D. Ende Oktober in Heidelberg zusammen. Der Kampf ging hauptsächlich um den Parlamentarismus, die Gewerkschaftsfrage und die Rolle und die Aufgaben der Partei. Die marxistische Zentrale war entschlossen, endgültig mit den syndikalistischen Elementen zu brechen. In seinem Referat über die politische Lage rechnete Paul Levi scharf mit deren Führern und ihren Fehlern ab. Folgende Sätze aus seiner Rede kennzeichnen die Lage: „Die Kommunistische Partei ist berufen, die Truppen zu führen, die die kapitalistische Burg nehmen sollen. Und wir müssen ohne Beschönigung und ohne Haß und ohne Übertreibung feststellen, inwiefern die Partei dieser Aufgabe gerecht geworden ist. Wir müssen feststellen: die Partei ist dieser Aufgabe nicht gerecht geworden. Die Partei befindet sich in einem Zustand schwerster Zerrüttung; die Partei ist von ihrem klaren Wege, den Marxistische Theorie ihr vorschreibt, abzuweichen im Begriff. Die Partei ist hineingeraten in eine schwere Krankheit, die ich bezeichne mit einem Wort Syndikalismus... Und ich sage weiter: Die Lage unserer Partei ist so geworden, daß sie, so wie sie ist, nicht weiter bleiben kann. Die Partei droht zerrüttet zu werden, sie ist lahm geworden. Die Meinungen sind verwirrt, wir haben keine Klarheit mehr in unseren Reihen, und ohne Klarheit sind wir keine Partei, sind wir ein wilder Haufen, der selbst nicht einmal geführt werden kann, geschweige denn selbst führen könnte. Und hier muß Wandel geschaffen werden. Was auch kommen mag, das schlimmste, wenn es käme, es könnte nicht schlimmer sein als das, was ist."

Die Zentrale hatte dem Parteitag so klare marxistische Leitsätze vorgelegt, daß die syndikalistischen Elemente zu einer Stellungnahme gezwungen wurden. Wie bekannt, kam es zu der erfreulichen und rücksichtslosen Ausscheidung dieser Teile der Partei, die sich dann meist in der K. A. P. D. zusammenschlossen, während einzelne, wie die Nationalbolschewisten Laufenberg und Wolfheim, später ihre besonderen Wege gingen. Die auf diesem Parteitag beschlossenen sogenannten „Heidelberger Leitsätze" bedeuten eine klare Absage an die Politik, die die K. P. D. im ersten Jahre ihres Bestehens

betrieben hatte. So heißt es in diesen Leitsätzen: „Die K. P. D. kann auf kein politisches Mittel grundsätzlich verzichten, das der Vorbereitung dieser großen Kämpfe dient. Als solches Mittel kommt auch die Beteiligung an Wahlen in Betracht, sei es zu Parlamenten, sei es zu Gemeindevertretungen, sei es zu gesetzlich anerkannten Betriebsräten usw." „Die politische Partei ist zur Führung des revolutionären Massenkampfes berufen." „Die Herausnahme der vorgeschrittenen Elemente aus dem gewerkschaftlichen Heerhaufen des Proletariats lähmt und unterbindet die Schlagkraft der Massen." „Die wirtschaftliche Massenaktion allein kann nicht das Werk der Revolution vollenden." „Die K. P. D. verwirft die Sabotage als ein anarchistisches Mittel." Im übrigen sind die gesamten Leitsätze über „Kommunistische Grundsätze und Taktik", „Parlamentarismus", „Gewerkschaftsbewegung" so klar marxistisch, daß auch wir sie Wort für Wort unterschreiben können, stimmen sie doch im Geiste grundsätzlich völlig mit unserm Leipziger Aktionsprogramm überein. Nach diesen Leitsäden hat dann die Kommunistische Partei seit etwa einem Jahre gearbeitet. Es ist darüber zu schweren Kämpfen innerhalb der kommunistischen Reihen gekommen, die trotz mancher üblen Begleiterscheinung, die sich übrigens jetzt auch bei dem Kampf in unsern Reihen zeigen, zu einer Klärung geführt haben. Monatelang dauerte dieser Kampf um den Marxismus. Viele der sogenannten „Linken Kommunisten" haben ihre Fehler eingesehen, die übrigen sind ausgeschieden worden, so daß jetzt die K. P. D. eine klare, marxistisch revolutionäre Partei ist, von der uns nur einige kleinere taktische Fragen trennen. Manche Begleiterscheinungen der Taktik des ersten Jahres hat die K. P. D. immer noch nicht ganz überwunden. Daß ferner die Existenz von zwei verschiedenen Parteien an sich schon manche Reibungen schafft, bei denen hüben wie drüben manche Fehler gemacht werden, ist erklärlich. Daher ja auch zum Teil immer noch in einzelnen Bezirken das etwas gespannte Verhältnis zwischen der kommunistischen und unserer Seite, wobei eben unsere Genossen nie vergessen sollten, daß auch wir manche Fehler begangen haben, über die noch zu sprechen sein wird. Und daß die kommunistische Partei trotz ihrer Irrungen und Wirrungen viele der besten, ehrlichsten und opferwilligsten revolutionären Elemente enthält und ein stark vorwärtstreibender Faktor der deutschen Revolution war.

Die K. P. D. hat ihre Kinderkrankheiten überwunden, sie steht theoretisch jetzt mit festem Programm da und ist auch nach der Wahlbeteiligung in diesem Jahre im Begriff, sich organisatorisch zu befestigen. So können und dürfen wir sie heute als eine revolutionäre Bruderpartei betrachten, mit der wir eine Verständigung und Vereinigung auf Grund des gemeinsamen Bekenntnisses zur dritten kommunistischen Internationale suchen müssen.

Trotzki gegen Kautsky.

Von Curt Geyer.

I.

An Kautsky vollzieht sich ein tragisches Geschick. Das große und verdiente Ansehen, das er in der sozialistischen Welt genoß, ist in Trümmer geschlagen, und das Verdienst, das er sich erworben hat um die Theorie des Sozialismus, wird verdunkelt durch die Feldzüge, die er eröffnet hat gegen dieselbe sozialistische Theorie, deren Fundamente er mit gelegt hat. Die rasende Entwicklung der revolutionären Epoche hat die Entwicklung seines sozialistischen Bewußtseins überholt. Er hat, nachdem Marx und Engels die entscheidenden Schritte in der Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft

getan hatten, am Ausbau der sozialistischen Wissenschaft gearbeitet wie kein anderer. Er hat die Voraussetzungen geschaffen für die nächste Stufe der Entwicklung des Sozialismus von der Wissenschaft zur Tat, und hat beim Auflodern des ersten Feuers der sozialen Revolution in Europa die Perspektive der weiteren Entwicklung angedeutet. Die Ereignisse aber marschierten rascher, als seine Theorie ihnen nachkommen konnte, der Widerspruch zwischen seiner Theorie und der geschichtlichen Entwicklung wurde immer größer. Anstatt aber nun seine Theorie zu überprüfen an der Hand der historischen Erfahrung, prüfte er die Geschichte an seiner Theorie und kritisierte die Geschichte. In der Politik bedeutete das, daß er Stellung nahm gegen die Parteien, die tatsächlich die revolutionäre Entwicklung vorantrieben, so daß schließlich seine Theorie zu einer Theorie des Kampfes gegen die revolutionäre Entwicklung wurde. Kann der Historiker sine ira et studio die historische Leistung von Kautsky und ihre Begrenztheit darstellen, so muß der revolutionäre Politiker darüber hinaus den Kampf aufnehmen gegen die Forderungen, die die Kautskysche Theorie an die heutige Epoche stellt, und er muß viel mehr noch jene Kautskyschen Leistungen bekämpfen, die heute die revolutionäre Entwicklung rückwärts revidieren wollen und deshalb offen gegenrevolutionären Charakter tragen.

Dieser Kampf des revolutionären Politikers gegen Kautsky ist um so notwendiger geworden, als Kautsky den Versuch unternommen hat und immer wieder unternimmt, bestimmend und richtunggebend in die Politik der revolutionären Parteien einzugreifen, ein Versuch, der am schärfsten zutage tritt in der Veröffentlichung seines Buches „Terrorismus und Kommunismus". Das Buch hat seiner Zeit beträchtliches Aufsehen erregt. Es erschien zur selben Zeit, wo innerhalb der U. S. P. D. heftige theoretische und taktische Auseinandersetzungen zwischen dem rechten und dem linken Flügel der Partei geführt wurden. Die warme Empfehlung, die der damalige Parteiführer, Genosse Haase auf der Reichskonferenz vom September 1919 dem Buche gab, indem er es bewußt gegen die Anschauungen des linken Flügels ins Feld führte, die Tatsache, daß es von der Rechten der Partei ausgelegt wurde zur Begründung ihrer Stellungnahme und zur Beförderung der demokratischen Ideologie, gab diesem Buche besondere Bedeutung und machte es zum geistigen Zentrum des rechten Flügels der Unabhängigen Sozialdemokratie. Die häufigen Versuche, die grundsätzlichen Anschauungen der Unabhängigen Sozialdemokratie zurückzuführen zur absoluten Demokratie, stützten sich immer wieder auf das Kautskysche Buch, das in der Tat den Versuch einer Grundlegung der Anschauungen des Opportunismus bildete.

In Rußland wurde Kautskys Buch ausgenutzt zur Rechtfertigung des gegenrevolutionären Kampfes gegen das Sowjetsystem. Zur selben Zeit, wo die bewaffnete Gegenrevolution die militärische Offensive gegen Sowjet-Rußland unternahm, lieferte ihr Kautsky geistiges Rüstzeug zur Verführung eines Teils des Proletariats. Die Kautskysche Theorie wurde zur konterrevolutionären Waffe gegen Sowjet-Rußland. Für die Vertreter des Sowjetsystems wurde es darum zwingende Notwendigkeit, die theoretischen Grundlagen der Kautskyschen Theorie zu vernichten, ihre Gegensätzlichkeit zu den Grundanschauungen des wissenschaftlichen Sozialismus aufzuzeigen.

Eine große theoretische Auseinandersetzung zwischen der Vorhut des revolutionären Proletariats der Welt und den Trägern der zurückgebliebenen Ideologie aus der vorrevolutionären Epoche lag im Zuge der Entwicklung. Sie durfte nicht verschoben werden auf die Zeit nach dem Abschluß der Kämpfe des Proletariats, sondern mußte erfolgen mitten im Kampfe als ein Teil des Kampfes, der nicht nur geführt wird mit Waffengewalt gegen die bewaffnete Gegenrevolution, sondern auch mit den Waffen des Geistes gegen die konterrevolutionäre Ideologie. Diese Aufgabe wird erfüllt von dem Buche des Genossen Trotzki, dem „Anti-Kautsky". (Leo Trotzki, Terrorismus und Kommunismus, Antikautsky.) War Kautskys Buch der Versuch einer Grundlegung der sozialpazifistischen Anschauung, so ist Trotzkis Buch eine glänzende kritische Auseinandersetzung mit Kautsky und dem Kautskyanismus überhaupt. Dieses Buch atmet jenen Geist, der die grundlegenden Kampfschriften von Marx und Engels erfüllt, in denen sie die Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus schufen, und auf die Füße stellten, was politische, ökonomische, historische und philosophische Wirrköpfe auf den Kopf gestellt hatten. Neben der wissenschaftlichen Gründlichkeit zeichnet sich dies Buch aus durch revolutionären Kampfesgeist. Es läßt die durch und durch revolutionäre Persönlichkeit erkennen, die hinter diesem Buche steht. Wie könnte es anders sein! Geschrieben zwischen den Schlachten und in den Schlachten der russischen Revolution gegen die internationale Gegenrevolution wird es getragen von dem lebendigen Geiste der Revolution selbst, der sich erhebt gegen die

papierne Theorie des Kautskyanismus. All die offenen und verkappten Kautskyaner, die zeternd hinter der russischen Revolution einherlaufen und ihr den Geist des wissenschaftlichen Sozialismus, den marxistischen Geist absprechen möchten, mögen sich gegenüber dieser Leistung der russischen Theorie an die Brust schlagen und sich fragen, was sie für den wissenschaftlichen Sozialismus getan haben, den sie so oft im Munde führen!

II.

Es ist unmöglich, im Rahmen einer Besprechung dieses grundlegenden Buches ein erschöpfendes Referat seiner Beweisführung zu geben. Es gehört nicht zu den Büchern, die man kennt, wenn man über sie gelesen hat, sondern es muß gelesen und studiert werden, wie die Schriften der sozialistischen Klassiker. Ebenso wie der „Anti-Dühring" von Friedrich Engels, wie die Kampfschriften der Klassiker, muß sein Inhalt zum geistigen Besitztum der deutschen revolutionären Arbeiter werden. Eine Besprechung dieses Buches kann nur seine Stellung in der sozialistischen Theorie bezeichnen, seine Leistung und seine Bedeutung würdigen. Das Buch Trotzkis ist eine große entscheidende Schlacht gegen den Kautskyanismus, die sich aus einer Reihe von Waffengängen gegen die Anschauungen Kautskys und seiner Anhänger zusammensetzt. Die Kautskyschen Darlegungen werden nach den Methoden des Marxismus kritisch nachgeprüft — politisch, historisch, ökonomisch und philosophisch —, und diese Nachprüfung wird zur vernichtenden Kritik der neuen Theorie des alten Kautsky. Sie enthüllt, wie weit sich Kautsky von dem entfernt hat, was er früher selbst mit Eifer gelehrt hat. Der Abgrund zwischen den Anschauungen des jüngeren und des alten Kautsky wird offenbart und mit unnachsichtlicher Konsequenz wird ein Glied an das andere gereiht in der Beweiskette die zum zwingenden Schluß führt, daß der ältere Kautsky herabgestürzt ist von der Höhe des wissenschaftlichen Sozialismus, die der jüngere Kautsky erobert hatte, in den Sumpf jenes Vulgär-Marxismus, jener unwissenschaftlichen Verfälschung des Marxismus, den Kautsky in seiner besten Zeit so heftig befehdete, daß bei ihm an die Stelle der klaren sozialistischen Ideologie jene verworrene, bürgerlich-demokratisch-pazifistische Ideologie getreten ist, die die sozialistische Theorie, vertreten durch Friedrich Engels, schon mit dem Erscheinen des Anti-Düring überwunden hatte. Indem so die Anschauungen Kautskys ihre Zurückweisung erfahren und der Versuch, an die Stelle der Grundanschauungen des revolutionären Sozialismus die Anschauungen des bürgerlichen Pazifismus und des Demokratismus zu setzen, abgewiesen wird, ergibt sich in diesem Buche eine neue Grundlegung der Theorie des revolutionären Sozialismus, die getragen ist von dem Geiste des Kämpfers Marx. Der Anti-Kautsky tritt dem Anti-Düring Friedrich Engels ebenbürtig zur Seite und die Leistung, die Trotzki mit seinem Buche für die sozialistische Theorie vollbracht hat, ist nicht minder bedeutend als die Leistung des Verfassers des Anti-Düring.

Jene glänzende theoretische Streitschrift Friedrich Engels bedeutete eine zerschmetternde Niederlage für Düring und seine Anhänger. Noch zerschmetternder aber ist die Niederlage, die dem Kautskyanismus durch den Anti-Kautsky beigebracht worden ist. Der Anti-Düring hat die Anschauungen des Gegners zerpflückt durch die Schärfe der theoretisch wissenschaftlichen Beweisführung, der Anti-Kautsky fügt ein weiteres Argument gegen die neuen Vulgär-Marxisten hinzu: Die Erfahrungstatsachen der sozialen Revolution, die die Nichtübereinstimmung der Kautskyschen Theorie mit der Wirklichkeit aufzeigen. Dieser Widerspruch aber, dessen volle Größe durch das Trotzkische Buch offenbart wird, erkennen wir zugleich als den Widerspruch zwischen dem rechten und dem linken Flügel der Unabhängigen Sozialdemokratie, als den Widerspruch zwischen der Utopie, die im Gewande der Wissenschaft auftritt, und der revolutionären Wirklichkeit.

III.

Der erste Waffengang des Trotzkischen Buches richtet sich gegen jene vulgärmarxistische Anschauung, die von den Opportunisten aller Länder immer wieder zur Verteidigung ihrer revolutionären Passivität vorgetragen wird, gegen die Anschauung, daß das Kräfteverhältnis zwischen Bourgeoisie und Proletariat in den Ländern Mitteleuropas wie Westeuropas revolutionäre Aktionen des Proletariats verbietet und von vornherein zur Aussichtslosigkeit verurteilt. Indem Trotzki nicht nur die Verhältnisse eines Landes, sondern die Verhältnisse der kapitalistischen Welt in seinen Gesichtskreis zieht, setzt er der beschränkten reformistischen Anschauung die Überzeugung von der Notwendigkeit der weltrevolutionären Betätigung entgegen, jener pessimistischen Auffassung des Kräfteverhältnisses zwischen Proletariat und Bourgeoisie, die grob äußerlicher Betrachtung entspringt und die von vornherein jede revolutionäre Betätigung als

aussichtslos erscheinen lassen muß, die Erkenntnis, daß von einem festen Kräfteverhältnis überhaupt nicht gesprochen werden kann, daß vielmehr die feindlichen Klassenkräfte mitten im schonungslosen Kampfe sich befinden, der ihre neuen Wechselbeziehungen erst bestimmen soll. Seine Beweisführung deckt die Kräfte auf, die in diesem Kampfe wirksam sind. Sie wird zu einer Untersuchung der Wechselwirkungen zwischen der ökonomischen Basis und ihrem ideologischen Überbau, die die durchaus nicht marxistische Annahme zerreißt, als ob die Entwicklung der Ideologie sich in gleichem Tempo gleichförmig mit der Entwicklung des ökonomischen Unterbaues vollzieht. An die Stelle einer starren mechanischen Anschauung, die sich der Kautskyanismus zu eigen gemacht hat, tritt wieder die materialistische Dialektik. Die lebendigen Kräfte der Revolution, die hinter dem Doktrinarismus Kautskys verschwunden sind, treten bei Trotzki erneut klar hervor. Diese Auseinandersetzung aber führt Trotzki sofort zu einem entscheidenden Stoß gegen die Grundlagen der demokratischen Ideologie. Die Illusion, als ob die parlamentarische Abstimmung den untrüglichen Gradmesser für die Reife der Gesellschaft für den Sozialismus darstelle, wird gründlich zerstört und festgestellt, daß nicht die blutleeren Reflexe der Ideologie der bürgerlichen Gesellschaft, der zurückgebliebenen Arbeiterschaft und der zurückgebliebenen sozialdemokratischen Parteien die Politik des Proletariats bestimmen dürfen, sondern die lebendigen Kräfte der Revolution, nicht die Wahlarithmetik, sondern die internationale Situation, der tatsächliche Zusammenbruch des Kapitals der Verfall der Gesellschaft und die objektive Notwendigkeit der Herrschaft der Arbeiterklasse.

Damit ist die Auseinandersetzung mit der demokratischen Ideologie bereits voll im Gange. Nun wird scharf herausgearbeitet, daß die marxistische Theorie niemals das Prinzip der Demokratie als absolut und unwandelbar anerkannt, sondern von vornherein die Demokratie als Kategorie erkannt habe. An der Hand der historischen Entwicklung wird die Rolle und die Bedeutung der allgemeinen Demokratie für die allgemeine Entwicklung und für den Kampf des Proletariats in ihrer historischen Bedingtheit aufgezeigt, wobei die Grenzen ihrer Ausnutzbarkeit klar gezogen werden. Die Beziehungen zwischen Kleinbürgertum und Demokratie, zwischen Demokratie und Imperialismus, zwischen parlamentarischem Kräfteverhältnis und wirklichem Kräfteverhältnis werden durchleuchtet. Nachdem so die historische Beweisführung die Grundlage der neuen demokratischen Theorie zerstört hat, geht die Untersuchung dazu über, die Metaphysik der Demokratie zu enthüllen. Mit aller Prägnanz weist Trotzki nach, daß die Doktrin der formalen Demokratie nicht der wissenschaftliche Sozialismus, sondern die Theorie des Naturrechts ist. Dieser Nachweis führt zu einer überaus klaren Bestimmung der Stellung Kautskys, die nicht schärfer als mit den eigenen Worten Trotzkis wiedergegeben werden kann:

> „Das theoretische Renegatentum Kautskys besteht eben darin, daß er, das Prinzip der Demokratie als absolut und unwandelbar anerkennend, von der materialistischen Dialektik zu dem Naturrecht zurückging. Das, was vom Marxismus als Bewegmechanismus der Bourgeoisie entlarvt wurde und nur vorübergehend zwecks Vorbereitung der Revolution des Proletariats politisch ausgenutzt werden sollte, ist von Kautsky wieder als höchstes über den Klassen stehendes Grundgesetz sanktioniert worden, das alle Methoden des proletarischen Kampfes sich untertan machen müsse."

Indem so die Stellung Kautskys klar gezeichnet wird, wird gleichzeitig die Stellung Trotzkis fest bestimmt. Es ist die Stellung des Marxismus, der auf der materialistischen Dialektik fußt.

Von dieser festen Grundlage aus unternimmt nun Trotzki mit den Methoden des wissenschaftlichen Marxismus eine Untersuchung des Wesens der proletarischen Diktatur. Er geht an diese Untersuchung nicht heran wie Kautsky mit den Anschauungen des Ethikers, des Normen-Philosophen, sondern als Marxist und Revolutionär. Nicht ethische Forderungen, sondern Erfahrungstatsachen der Geschichte bilden seinen Ausgangspunkt. Er nimmt Stellung gemäß den Notwendigkeiten der sozialen Revolution, die er theoretisch als Entwicklungsnotwendigkeit erkennt. Die Erfahrungstatsachen der Geschichte — und nicht zuletzt der Geschichte der sozialen Revolution — lehren ihn, daß je tiefer die Kluft zwischen den Masseninteressen, desto rücksichtsloser der Bürgerkrieg, daß es kein anderes Mittel gibt, um den Widerstand der feindlichen Klassen zu brechen, als die zweckmäßige und energische Anwendung der Gewalt. Angesichts der geschichtlich feststehenden Tatsache, daß das Bürgertum dem Machtkampf des Proletariats die grausamste und rücksichtsloseste Gewalt entgegensetzt, ergibt sich die Notwendigkeit des Terrors, ohne den die Niederschlagung der Gegenrevolution nicht möglich ist. Wer den Terror ablehnt, muß auf die Diktatur des Proletariats verzichten, — das ist die Schlußfolgerung, die

Trotzki aus den Erfahrungen der Revolution zieht. Den Moralisten aber, die gegen jede Gewaltanwendung zetern, setzt er folgendes entgegen:

> „Der Terror ist machtlos und auch nur ‚im Endresultat', wenn er von der Reaktion gegen eine historisch aufsteigende Klasse angewandt wird. Aber gegen eine reaktionäre Klasse in Anwendung gebracht, die nicht den Schauplatz verlassen will, kann der Terror sehr wirksam sein. Die Abschreckung ist ein machtvolles Mittel der Politik, der internationalen wie der inneren. Der Krieg ist ebenso wie auch die Revolution auf Abschreckung begründet. Der allgemeinen Regel nach vernichtet der siegreiche Krieg nur einen unbedeutenden Teil der besiegten Armee, die übrigen schreckt er ab und bricht so ihren Willen. Ebenso wirkt die Revolution: sie tötet einzelne und schreckt Tausende ab. In diesem Sinne unterscheidet sich der rote Terror prinzipiell nicht vom bewaffneten Aufstand, dessen direkte Fortsetzung er ist. Den staatlichen Terror der revolutionären Klasse kann nur der ‚moralisch' verurteilen, der überhaupt jede Gewalttätigkeit — folglich auch jeden Krieg und jeden Aufstand — prinzipiell (in Worten!) ablehnt. Dazu muß man einfach ein heuchlerischer Quäker sein.
>
> ‚Aber wodurch unterscheidet sich in diesem Falle eure Taktik von der Taktik des Zarismus?' fragen uns die Pfaffen des Liberalismus und des Kautskyanertums.
>
> Den versteht ihr nicht, Frömmler? Wir wollen euch das erklären. Der Terror des Zarismus war gegen das Proletariat gerichtet. Die zaristische Gendarmerie würgte die Arbeiter, die für die sozialistische Ordnung kämpften. Unsere außerordentlichen Kommissionen erschießen Gutsherren, Kapitalisten, Generäle, die die kapitalistische Ordnung wiederherzustellen bestrebt sind. Erfaßt ihr diese ... Nuance? Ja? Für uns Kommunisten genügt sie vollkommen!"

Nachdem so die entscheidenden theoretischen Waffengänge gegen den Kautskyanismus geführt sind, geht das Trotzkische Buch dazu über, die fundamentalen Unterschiede zwischen der Betrachtungsweise des Vulgärmarxismus des älteren Kautsky und der Betrachtungsweise des wissenschaftlichen revolutionären Sozialismus aufzuzeigen an der Untersuchung der Geschichte der Pariser Kommune. Er folgt damit dem Beispiele Kautskys, der Parallelen zieht zwischen der Kommune von 1871 und der Revolution des russischen Proletariats. Der fundamentale Unterschied aber tritt darin zutage, daß Kautsky die Hauptvorzüge in dem sieht, worin der revolutionäre wissenschaftliche Sozialismus ihr Unglück und ihre Schuld erblickt: in der demokratischen Ideologie ihrer Führer, die die Ursache ihres Zauderns, ihrer Unentschlossenheit, und damit ihrer Niederlage war. Kautsky zieht das Beispiel der Kommune an, um das Proletariat von heute zu denselben Fehlern zu verleiten, die die Führer des Proletariats von damals begangen haben. Trotzki, um dem Proletariat von heute zu zeigen, daß es die Fehler der Führer von damals vermeiden muß. Kautsky will die Geschichte mit ihren Fehlern kopieren, Trotzki zieht die Lehren aus dem Gang der Geschichte. Kautsky spielt die zurückgebliebene Ideologie der Führer von damals aus gegen die lebendigen Kräfte von heute, Trotzki schärft die treibenden Kräfte der Revolution, indem er an der Hand der Marxschen wie der eigenen Kritik der Ereignisse von damals wie der Haltung der Führer von damals die notwendigen Voraussetzungen des Erfolgs der Revolution aufzeigt.

Diese Untersuchung wird zu einer vernichtenden Kritik an dem Historiker Kautsky. Nicht nur daß der klare Nachweis geführt wird, daß Kautsky die geschichtliche Wahrheit für seine Zwecke umgebogen hat — er muß sich beweisen lassen, daß er Marx, „den wahren Marx mit der mächtigen Löwenmähne, die von den Friseuren aus der Schule Kautskys noch nicht zurechtgestutzt ist", umgefälscht hat in den Prediger der abstrakten Humanität, als ob das erfrischende Ungewitter des Bürgerkrieges in Frankreich die Schrift eines Quäkers sei.

Wie aber Marx in seinem „Bürgerkrieg in Frankreich" die wissenschaftliche Analyse mit der revolutionären Apologie verbunden hat, so auch Trotzki in seinem Anti-Kautsky. Marx verteidigte als Revolutionär die Arbeiter der Kommune gegen die plumpen Schimpfereien und die Verleumdungen der bürgerlichen Preßlakaien — Trotzki aber muß sich der Aufgabe unterziehen, das russische Proletariat und vor allem die Arbeiter Petersburgs zu verteidigen gegen Karl Kautsky, die von dem Epigonen von Karl Marx als „Egoisten, Feiglinge und elementare Anarchisten" geschildert werden. Trotzki konnte die russischen Proletarier nicht besser verteidigen, als er es getan hat. Er setzt den Verleumdungen und Beschimpfungen Kautskys die revo-

lutionären Leistungen der russischen Arbeiter entgegen, und aus der einfachen Erzählung ihrer Kämpfe gegen die Konterrevolution spricht so viel Selbstlosigkeit, so viel Aufopferung für die Revolution, so viel Heldenmut, daß der gewissenlose Verleumder beschämt sein Haupt verhüllen muß vor dem russischen Proletariat, das das Werk der Kommune fortsetzt, indem es Schlag auf Schlag führt gegen die Henker der Kommune als ihr Rächer.

An diese Verteidigung schließt sich eine Darstellung und Rechtfertigung der inneren wie der äußeren Politik der Sowjetregierung. Diese Darlegungen haben sich zu einer großen Anklage gegen Karl Kautsky gestaltet. Mit aller Eindringlichkeit weisen sie nach, daß Karl Kautsky die Schuld an dem wirtschaftlichen Elend in Rußland dem bolschewistischen Regime zugeschoben hat und die Konterrevolution, die durch ihre fortgesetzten Schläge gegen Rußland Elend und Not hervorruft, entlastet. Diese Darstellung kann sich an Straffheit der Systematik nicht messen mit jener Darstellung der wirtschaftspolitischen Probleme der proletarischen Diktatur, die das neueste Buch von Eugen Varga gibt — gegenüber dem Kautskyschen Pamphlet aber hat sie den Vorzug der Sachlichkeit und der Wahrhaftigkeit.

Die Arbeit des Wissenschaftlers Trotzki schließt mit der Anklage des Politikers gegen den Gegenrevolutionär Kautsky. Mit der größten Wirkung stellt er gegenüber die Beschuldigungen, Beschimpfungen der Bolschewiki durch Karl Kautsky und das Schweigen desselben Kautsky über die Niedertracht und Verrätereien der russischen Bourgeoisie, über das Wüten des weißen Schreckens, über den Krieg der Gegenrevolution gegen Rußland, über die Verunglimpfungen und Vergewaltigungen, die den Bolschewisten durch die Regierung der Gegenrevolutionäre und Menschewiki vor dem Novemberumsturz zugefügt worden sind, über die Tatsache, daß die russische Arbeiterklasse nun schon fast drei Jahre lang einen heroischen Kampf gegen ihre Feinde auf einer Front von 8000 Kilometern geführt hat. Gestützt auf diese Gegenüberstellung schließt er:

> „Von allen diesen Umständen schweigt sich Kautsky in seinem Büchlein, gewidmet dem russischen Kommunismus, aus. Und sein Schweigen ist die grundlegende fundamentale Kapitallüge, freilich eine passive, aber eine verbrecherischere und garstigere als die aktive Lüge aller Gauner der internationalen bürgerlichen Presse zusammengenommen.
>
> Die Politik der Kommunistischen Partei verleumdend, sagt Kautsky nie und nirgends, was er eigentlich will und was er vorschlägt. Die Bolschewiki traten nicht allein auf dem Schauplatz der russischen Revolution auf. Wir sahen und sehen auf ihr, bald in der Macht, bald in der Opposition — Sozialrevolutionäre (nicht weniger wie fünf Gruppierungen und Strömungen), Menschewiki (nicht weniger wie drei Strömungen), Anhänger Plechanows, Maximalisten, Anarchisten ... absolut alle Schattierungen innerhalb des Sozialismus (um in der Sprache Kautskys zu reden) erprobten ihre Kräfte und zeigten, was sie wollen und was sie können. Dieser ‚Schattierungen' gibt es so viel, daß zwischen den benachbarten auch nur eine Messerschneide durchzustecken unmöglich ist. Die Entstehung dieser Schattierungen ist nicht zufällig; sie stellen sozusagen die verschiedenen Varianten der Anpassung der sozialistischen Gruppen und Parteien an die Verhältnisse der größten revolutionären Epoche dar. Es scheint, daß vor Kautsky eine genügend vollständige Tastatur liegt, um auf diejenige Taste hinzuweisen, die den richtigen marxistischen Ton in der russischen Revolution gibt. Aber Kautsky schweigt. Er verwirft die bolschewistische Melodie, die sein Gehör beleidigt, aber er sucht nicht nach einer anderen. Die Lösung ist einfach: Der alte Tanzmusikant weigert sich, überhaupt auf dem Instrumente der Revolution zu spielen."

Wir haben zum Schluß die letzten Ausführungen Trotzkis ausführlich wiedergegeben. Aber gerade in diesen Ausführungen liegt der einzige Irrtum des Trotzkischen Buches. Seine Antwort, daß Kautsky überhaupt nicht auf dem Instrumente der Revolution spielen wolle, ist nicht exakt.

Wohl mag seine Theorie schweigen über die praktisch-politischen Konsequenzen, aber die politische Wirksamkeit seiner Schule spricht deutlich genug. Die Schule des Austro-Marxismus, dessen geistiger Nährvater Kautsky ist, wird von Trotzki zum Schluß glänzend charakterisiert. Nachdem die Theorie in ihrem gegenrevolutionären Wesen enthüllt ist, werden die Personen, die diese Theorie und die daraus folgende passivistische Stellungnahme in der revolutionären Arbeitervertretung vertreten, glänzend beleuchtet. Karl Renner und Otto Bauer, Max Adler und Friedrich Adler und schließlich Rudolf Hilferding werden gezeichnet, wie sie über dem Raisonnement über die Schwierigkeiten der Revolution die Notwendigkeit der Revolution aus dem Auge

verlieren, und statt zu Führern zu Bremsern der Revolution werden. Diese Raisonneure der Revolution aber werden durch die innere Schwäche immer wieder zur Annäherung an die Rechtssozialisten geführt. Karl Kautsky aber, der in der Demokratie das Allheilmittel gegen die Schwierigkeiten der Revolution sieht, will bewußt das Bündnis zwischen Rechts-Unabhängigen und Rechtssozialisten in Deutschland, er will den Reformismus in den Grenzen der bürgerlichen Legalität. Nach russischen Parteibegriffen aber steht er rechts von den Menschewisten, die wenigstens als vorübergehend notwendige Maßnahme die Diktatur anerkennen. Gemäß dieser Stellungnahme treibt er praktische Politik — als Bundesgenosse der Gegenrevolution, und die Melodie, die seinem Ohre angenehm ist, um mit Trotzki zu reden, ist die mißtönige Melodie der Feinde Sowjetrußlands. Aber wie die Fanfarenstöße des Anti-Kautsky die falschen Töne des Vulgärmarxismus des älteren Kautsky übertönen, so wird auch die bolschewistische Melodie nicht im Kriegslärm der Gegenrevolution untergehen.

Die Frauen vor der Entscheidung.

Von Bertha Braunthal.

Auf dem Leipziger Parteitag wurde in die Bestimmungen über die Wahl der Parteitagsdelegierten auch die Bemerkung aufgenommen, daß die Frauen entsprechend ihrer Mitgliederzahl in den einzelnen Bezirken als Delegierte zum Parteitag vorgeschlagen werden sollen. Infolgedessen werden die einzelnen Bezirke diesmal zum Parteitag eine viel größere Anzahl von Frauen delegieren, denen nun eine schwere Entscheidung über das Schicksal unserer Partei und darüber hinaus der Revolution in Deutschland in die Hand gelegt wird. Leider stehen die meisten Frauen noch sehr stark unter dem geistigen Einfluß der Männer, sprechen ihre Losungen und Anschauungen aus, wenn sie zu irgendeiner theoretischen und politischen Frage Stellung nehmen. Unbedingte Notwendigkeit ist die sachliche Prüfung aller vorliegenden politischen Probleme, ihre geistige Erfassung auch durch die Frauen, damit die Entscheidung im revolutionären Sinne getroffen wird.

Heiß und erregt tobt der Kampf innerhalb unserer Reihen um den Anschluß an Moskau. Aber nicht nur um den Anschluß an die III. Internationale geht es jetzt, sondern auch darum, ob wir eine Partei der revolutionären, vorwärtsdrängenden Tat werden sollen, oder ob wir weiter in dem Fahrwasser einer demokratischen Illusionspolitik schwimmen, uns von den Wellen der Gegenrevolution treiben lassen. Große Massen von Frauen haben schon klar und deutlich ihre Entscheidung getroffen und sich auf unsere Seite gestellt. Aber viele Elemente schwanken noch und lassen sich von den Gegnern der III. Internationale ins Schlepptau nehmen. Diese wollen besonders den Frauen, die unter den entsetzlichen Folgen und Wirkungen des Weltkrieges am meisten gelitten haben, graulich machen, indem sie ihnen, wie es auch die Genossinnen Toni Breitscheid und Sender ganz ausgiebig tun, erzählen, der Anschluß an die III. Internationale bedeutet das Diktat der russischen Genossen, daß wir zu ihrer Unterstützung der Entente den Krieg erklären, bedeutet neues Massenmorden und nutzlose Opferung der deutschen Arbeiter. Es ist eine bewußte Verdrehung, wenn behauptet wird, daß die russischen Genossen unsere bewaffnete Aktion nötig haben, um sich an der Macht zu erhalten. Die Kommunistische Internationale will nicht und kann gar nicht den nationalen Krieg Deutschlands gegen Frankreich wollen, um sich von dem Druck der Ententestreitkräfte zu befreien; sondern in allen ihren Veröffentlichungen, Thesen und den Äußerungen ihrer führenden Männer kehrt immer der Grundgedanke wieder, daß die Arbeiter sich vorbereiten müßten auf den erbittertsten Kampf gegen die reaktionäre Bourgeoisie ihres Landes, daß sie das unvermeidliche Kommen des Bürgerkriegs um die Eroberung und Aufrechterhaltung der proletarischen Diktatur gerüstet finden möge.

Im Gegenteil, die weitere Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems, deren passives Ertragen uns die Gegner der III. Internationale um Breitscheid und Hilferding empfehlen möchten, bringt uns in die immer näher rückende Gefahr, in imperialistische Kriege für die Zwecke des Kapitalismus verwickelt zu werden. Es ist in proletarischen Kreisen viel zu wenig der Tatsache Beachtung geschenkt worden, daß durch die Veröffentlichung von Geheimdokumenten in der „Wiener Arbeiter-Zeitung" und im Londoner „Daily Herald" es offenkundig geworden ist, daß zwischen der französischen Regierung und dem fluchbedeckten Schreckensregime Horthy-Ungarns ein Schutz- und Trutzbündnis gegen Sowjetrußland, gegen alle demokratischen und republikanischen Nachfolgestaaten der österreichisch-ungarischen Monarchie, also gegen Deutsch-Österreich und die Tschechoslowakei, geschlossen wurde. Das reaktionäre Frankreich will mittels eines starken ungarischen Heeres, dessen Bestände entgegen dem Friedensvertrag bedeutend erhöht werden, dessen Ausrüstung die französische Regierung übernommen hat, die ungarischen Volksmassen für seine imperialistischen Zwecke gerade so ins Feuer schicken, wie es mit den polnischen Arbeiter- und Bauernmassen gemacht wurde. Diesem Ziele soll der Bestand und die republikanische Verfassung Deutsch-Österreichs und der Tschechoslowakei geopfert werden, auf deren Kosten Frankreich seinen ungarischen Bundesgenossen zu entschädigen gedenkt. Daß sich die republikanischen Nachfolgestaaten des alten Österreichs die Wiedereinführung der Habsburgischen Monarchie, die Abtrennung von wichtigen Teilen ihres Territoriums nicht gutwillig gefallen lassen werden, haben sie bereits durch den engen Zusammenschluß in der sogenannten „kleinen Entente" bewiesen, die ein Schutz und Trutzbündnis dieser bedrohten Staaten gegen die reaktionären Absichten Horthy-Ungarns und Frankreichs bilden soll.

Die unheilvolle Politik der reaktionären kapitalistischen Staaten Europas und besonders Frankreichs, das auch beim Erstarken der bayerischen Reaktion seine Hand im Spiele hat, treibt immer wieder wie im Jahre 1914 zu kriegerischen Zusammenstößen und Konflikten, die auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung ausgetragen werden, — aber niemals ihre Lösung finden können, solange das kapitalistische Ausbeutungs- und Profitsystem besteht, solange der große Kampf zwischen Sozialismus und Kapitalismus nicht endgültig entschieden ist. Gerade unter diesen Umständen ist es eine unerbittliche Notwendigkeit, daß die Internationale der Arbeiter sich fester zusammenschließt, um der Weltreaktion wirksam entgegentreten zu können. In der „Humanité", dem Organ der französischen Sozialisten, ruft Andree Le Troquer angesichts der immer schärfer einsetzenden Reaktion Frankreichs, die Europa nicht zum Frieden kommen lassen und immer neue Hekatomben von Menschen für seine Zwecke opfern, außer Polen noch andere Länder und Völker in den Krieg gegen Sowjetrußland hineinziehen will, verzweifelt aus: „Hätten wir doch eine Arbeiter-Internationale, geschlossen und einig, die alle revolutionären Kräfte der Welt umfaßt; sie würde bald die Urheber der Kriege zur Vernunft bringen."

Diese revolutionäre Internationale kann nur die Kommunistische Internationale sein, die die Arbeiter und Arbeiterinnen der ganzen Welt aufruft, bewußt und energisch den Kampf gegen die Kapitalisten ihrer Länder und die Weltreaktion zu führen, an die Stelle der kapitalistischen Internationale der Ausbeutung die sozialistische Welträterepublik zu setzen. Wir sind uns klar darüber, daß dieser Kampf gewaltige Opfer von uns erfordert, auch entsetzliche, grausame, blutige Formen annehmen wird. Aber im Interesse unserer Zukunft, der Kinder und der kommenden Generation, denen wir in schlaflosen, angstzermarterten Nächten, in qualvoller Einsamkeit und Sehnsucht geschworen haben, dieses fluchwürdige System, die Ursache aller Kriege, beseitigen zu helfen, müssen wir Frauen, unseres Versprechens eingedenk, auch die Konsequenzen ziehen, als Glieder einer geschlossenen revolutionären Internationale den heiligen Feldzug für die Verwirklichung des Sozialismus auf der ganzen Welt führen.

Wir Frauen sollten uns der großen Aufgabe stolz bewußt sein, mitwirken zu können an dem Befreiungswerk der gesamten Menschheit von der Geißel des Kapitalismus, unsern Teil beizutragen, die soziale Revolution zu fördern und zu beschleunigen. Nehmen wir uns an den russischen Arbeiterinnen und Bäuerinnen ein Beispiel, die unter unsäglichen Entbehrungen und Leiden an dem Aufbau ihres sozialistischen Staates mitarbeiten, seinen Bestand mitverteidigen und schützen. Während des letzten Vorstoßes von Denikin wurde auf einer Arbeiterinnenkonferenz in Thula einstimmig der Beschluß gefaßt, daß Denikin nur über die Leichen der Arbeiterinnen in Thula einziehen wird. Das russische Proletariat weiß eben, daß es in seiner sozialistischen Räterepublik die Möglichkeit seiner Entwicklung und Entfaltung besitzt, und es ist gewillt, diese mit seinem Herzblut zu halten. Wenn wir auch unser deutsches Volk aus dem Elend und Chaos, aus der ewigen Kriegsgefahr, hervorgerufen durch imperialistische Verwicklungen, befreien wollen, dann kann es auch für uns deutsche Proletarierinnen nur eines geben: Hinein in die Kommunistische Internationale!

Probleme des Bürgerkrieges.

Von Paul Böttcher.

„Nach Pfingstsonntag 1871 kann es keinen Frieden und keine Waffenruhe mehr geben zwischen den Arbeitern und den Aneignern ihrer Arbeitserzeugnisse." (Marx.)

Der Klassenkampf um den Besitz der Produktionsmittel hat sich seit diesen Worten von Marx über die Pariser Kommune, unterbrochen von ökonomisch und historisch bedingten Rückschlägen, beständig gesteigert. Der fortschreitende Verfall der kapitalistischen Wirtschaft in Zentraleuropa macht die Verwandlung der Produktionsmittel — Grund und Boden, Gruben und Bergwerke, Rohstoffe, Werkzeuge, Maschinen, Verkehrsmittel — aus kapitalistischem Privateigentum in gesellschaftliches Eigentum, und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische Produktion aus einer Forderung der proletarischen Klasse zu einer Lebensfrage für die Weiterentwicklung der gesamten Menschheit. Es handelt sich bei diesen gigantischen gesellschaftlichen Auseinandersetzungen also nicht um die gewaltsame Durchführung eines klassenegoistischen Prinzips, sondern um den Aufstieg oder Untergang der Gesellschaft.

Die Zertrümmerung der Throne und der Zusammenbruch des Bismarckschen Militärsystems hat die Formen des Klassenkampfes nicht unberührt gelassen. Die mit demokratischen Phrasen spärlich verhüllte Blut- und Eisenpolitik der preußischen Junkerkaste hat sich in den revolutionnären Kämpfen hüllenlos als brutale Gewaltpolitik zur Aufrechterhaltung der ökonomischen Herrschaft der besitzenden Klasse offenbart. Die geschichtliche Sendung des Reformsozialismus besteht in der Verteidigung dieser Klassenpolitik gegenüber dem Proletariat.

Der Weltkrieg hat insbesondere in Deutschland die männliche Bevölkerung vom Jünglings- bis zum Greisenalter bewaffnet. War das erste Dekret der Pariser Kommune die Unterdrückung des stehenden Heeres und seine Ersetzung durch das bewaffnete Volk, so verfuhr die deutsche Revolution umgekehrt. Sie entwaffnete das Volk und restaurierte die kaiserliche Armee. Die kaiserliche Armee nach der Revolution ist das bewaffnete Bürgertum, es sind die Generälet Offiziere, Unteroffiziere und Berufssoldaten ohne zivile Existenz. Ihnen überträg, die Konterrevolution den „Sieg der Ordnung, Gerechtigkeit und Zivilisation". Die beispiellose Steigerung des Kampfes um die politische Macht kommt in drastischer Weise zum Ausdruck durch die Anwendung militärischer Machtmittel gegen die Angehörigen einer Sprachgemeinschaft, eines Stammes, einer Nation.

Die Anwendung ökonomischer und politischer Waffen reicht nicht mehr aus. Der Klassenkampf ist aus der Epoche der Wahlschlachten, Massendemonstrationen, Massenstreiks eingetreten in die Phase des offenen Bürgerkrieges. Dieser Krieg der Geknechteten gegen ihre Unterdrücker wird von Marx als der einzig rechtmäßige Krieg in der Geschichte bezeichnet. Hätte die deutsche Arbeiterschaft auch nicht die Erfahrungen ihrer revolutionären Kämpfe hinter sich, so dürfte sie sich dennoch nicht durch die Bourgeoisie von der Anwendung der Gewalt zur Eroberung der politischen Macht abschrecken lassen. Der Bourgeois wie der Feudalherr halten sich gegenüber dem Plebejer zur Anwendung jeder Waffe berechtigt, während sie jedwede Waffe in der Hand des Plebejers zum Verbrechen stempeln.

In Deutschland sind die Kämpfe zwischen Weißgardisten und Rotarmisten nicht mehr der Gegenstand theoretischer Erörterungen. Sie sind geschichtlicher Bestand des Bürgerkrieges, sie wechseln sich mit den ökonomischen und politischen Kämpfen ab, sie gewinnen entscheidende Bedeutung in der nächsten Zukunft. Organisiert das Proletariat die Parlamentswahlen, die Massenstreiks, so muß es auch den bewaffneten Aufstand organisieren, genau wie die besitzende Klasse die Orgesch, die Einwohnerwehren, die Zeitfreiwilligen- und Studentenkompanien formiert. Jede neue Krisis im Klassenkampfe zwischen den Besitzern der Produktionsmittel und den Erzeugern des gesellschaftlichen Reichtums, erheischt gebieterischer die Steigerung der militärischen Fähigkeiten der Arbeiterklasse. Der Verzicht auf diese Arbeit kommt einem Verrat an den revolutionären Pflichten einer proletarischen Klassenpartei gleich. Die Bedingungen zur Aufnahme in die kommunistische Internationale sprechen deshalb im § 3 nur Selbstverständlichkeiten aus, wenn es dort heißt:

> „Fast in allen Ländern Europas und Amerikas tritt der Klassenkampf in die Phase des Bürgerkrieges ein. Unter derartigen Verhältnissen können die Kommunisten kein Vertrauen zu der bürgerlichen Legalität haben. Sie sind verpflichtet, überall einen parallelen illegalen Organisationsapparat zu schaffen, der im entscheidenden Moment der Partei behilflich sein wird, ihre Pflicht gegenüber der Revolution zu erfüllen. In all den Ländern, wo die Kommunisten infolge des Belagerungszustandes und von Ausnahmegesetzen nicht die Möglichkeit haben, ihre gesamte Arbeit legal zu führen, ist die Kombinierung der legalen mit der illegalen Tätigkeit unbedingt notwendig."

Der Erfolg der Bolschewiki-Revolution am 7. November 1917 wurde im wesentlichen gesichert dadurch, daß die Petersburger Garnison und die bewaffneten Bauern-Soldaten an der Front gegen Kerenski aufmarschierten. Die Kommunistische Revolution in Rußland wurde durchgeführt vom bewaffneten Industrie- und Bauernproletariat. In Deutschland hat die Konterrevolution das Proletariat entwaffnet. Die militärischen Machtmittel sind also durchaus ungleichmäßig, zuungunsten der Arbeiterklasse verteilt. Neben dieser „ungesetzlichen" Bewaffnung des Bürgertums wird die bewaffnete Macht des Klassenstaates — Reichswehr, Polizeitruppen — zum Schutze der Grundlagen der bestehenden Gesellschaftsordnung aufgeboten. Militärtechnisch betrachtet ist es ein durchaus ungleicher Kampf, den die Arbeiterklasse aufzunehmen hat. Genau so, wie wir wissen, daß die herrschende Klasse nicht vor den gekreuzten Armen der Arbeiter sich ihrer Machtmittel entäußern wird, genau so erkennen wir an, daß die Eroberung der politischen Macht nicht von Generalstäblern allein durchgeführt werden kann. In den entscheidenden Phasen des Kampfes wird der Dauererfolg in erster Linie davon abhängen, inwieweit das Proletariat gelernt hat, seine ökonomische, politische und militärische Schlagkraft zu vereinigen, sie kombiniert ins Haupttreffen zu führen. Die Epoche der Behauptung der politischen Macht wird jedoch das herrschende Proletariat zur Lösung großer militärischer Aufgaben zwingen. Die Geschichte der Revolutionen spricht über diesen Punkt eine lehrreiche Sprache.

Die Skeptiker des Klassenkampfes wiederholen jeden Morgen beim Aufstehen die alte Frage: Wie wollt ihr waffenlosen Massen die bewaffnete Macht überwinden? Wir antworten, wie immer: Wir werden die notwendigen Machtmittel erobern! Die motorisch wirkende Kraft in diesem Kampfe ist die ewig begeisternde Idee des Sozialismus, es ist der hinreißende Freiheitsdrang, der in der Geschichte der Menschheit und insbesondere in der neueren Geschichte des Sozialismus bahnbrechend gewesen ist. Waren nicht diese dynamischen Kräfte am Werke im Jahre 1789, in den Revolutionskriegen, in den Barrikadenkämpfen 1848, während der Pariser Kommune, in den russischen Revolutionen 1905 und 1917? Hat nicht auch in der deutschen Revolution die Idee den Arbeitsmann aus dem Fabriksaal auf die Barrikade geführt? Sind nicht gerade die blutigen Schlachten jenseits materieller Erwägungen und gewerkschaftlicher Tagesforderungen geführt worden? Die jahrelangen heldenhaften Kämpfe der russischen Proletarier sind leuchtende Beispiele für die tiefe Kraft der sozialistischen Idee. der Eroberung der Staatsgewalt durch die Bolschewiki folgte unmittelbar der militärische Aufstand der Bourgeoisie. Ein Teil der militärischen Gegenaktion Kerenskis bestand im Marsch der Kosaken auf Petersburg. Die militärische Verteidigung Petersburgs war infolge der Sabotage des militärtechnischen Personals stark gefährdet. Es waren keine Waffendepots angelegt, die Munition war verborgen, Genietruppen waren nicht zur Stelle. Die Gefahr stieg aufs äußerste. In dieser Situation wurden die Arbeiter Petersburgs aufgerufen. Abertausende leisteten dem Aufruf Folge und verließen die Fabriken. Die Arbeiter brachten aus den Kriegsbetrieben Geschütze mit, Munition und Pferde. Vor Petersburg standen die durch Lügen aufgepeitschten Kosaken. Ihnen war berichtet worden, die Bolschewiki seien grausam, brutal, die Garnison warte auf Befreiung, Rußland solle dem Deutschen Kaiser ausgeliefert werden. Als die passiven Truppenverbände in Petersburg den unerschrockenen Aufmarsch der Arbeiter sahen, schlossen sie sich diesen an. Sogar ein Teil ihrer Offiziere ging mit. Viele ähnliche Beispiele sind aus den revolutionären Kämpfen in Deutschland bekannt. Nicht zuletzt aus dem opferreichen Kampfe unserer rheinischen Brüder während des Kapp-Putsches. Für die Beurteilung der deutschen Verhältnisse kommt noch ein wichtiger Faktor hinzu. Auf der Seite der Arbeiter ist nicht nur die Einheit der Idee, die die stärksten genossenschaftlichen Bande schmiedet, mit den deutschen Arbeitern ist auch eine jahrelange Kriegserfahrung. Es wäre töricht, wollten wir diese nicht in unsere Rechnung stellen. Von den Entbehrungen und körperlichen Strapazen bis zur Hölle des Trommelfeuers, und zum Verzweiflungskampf in verschütteten Gräben haben Hunderttausende, die auch auf unserer Seite kämpfen, Erfahrungen gesammelt, die weder die heutigen Weißgardisten noch die Studenten-Kompanien und Freiwilligen der Bourgeoisie in diesem Umfange aufzuweisen haben.

Auf der Seite der Besitzenden kämpft die „goldene" Jugend um die Erhaltung ihrer Privilegien auf Besitz und Bildung. Die Massen der Kämpfer sind Söldlinge, deren sozialer Mutterboden das Proletariat ist. Von Begeisterung und Kampffreudigkeit um ein hohes Ziel kann bei diesen Truppen keine Rede sein. Amerikanische Fleischkonserven, französischer Wein, Schweizer Schokolade und englische Kakes sind der „Urstoff", durch den die weißen Truppen in Stimmung gehalten werden. Aus der Großindustrie und Hochfinanz fließen reichliche Mittel für konterrevolutionäre Truppen. Noch immer hat die Arbeiterschaft das Schauspiel erleben müssen, daß nach erfolgter Belagerung einer Stadt die Bürgertruppen von den Besitzenden reichlichen Judaslohn erhielten. Versiegt in diesen Lagern die Zufuhr der materiellen Begeisterungsmittel, dann bricht die Demoralisation durch, die Kampffähigkeit der Truppe wird geschwächt oder vollständig vernichtet. Anders bei den roten Truppen. Trotz mangelhafter Ausrüstung, Bekleidung und Beköstigung haben wir aus den Kämpfen zahllose Beispiele heldenhaften Verharrens der Arbeitertruppen auf schwierigsten Positionen. Die Lehren hieraus sind nicht schwer zu ziehen.

In der organisatorischen Frage hat Rußland praktische Beispiele gegeben. Zur Verteidigung der Revolution wurden in erster Linie die Mitglieder der Kommunistischen Partei herangezogen. In Deutschland kann es nicht anders sein. Die militärische Organisation der Betriebe wird zur unmittelbaren Notwendigkeit in dem Augenblick, wo das Bürgertum zum Angriff übergeht. Es ist Aufgabe einer revolutionären Partei, diese Notwendigkeiten nicht nur als Möglichkeit anzunehmen, sondern sich auf sie vorzubereiten.

Die Verschiedenheit der Kampfbedingungen der Revolution im Osten und Westen.

Von Viktor Stern.

Otto Bauer sucht in seinem neuesten Buche „Bolschewismus oder Sozialdemokratie" offensichtlich gegenüber der grundsätzlichen Frage, ob die Demokratie oder die Diktatur der richtige Weg zum Sozialismus ist, die scheinbar objektivere und jedenfalls schon ein bedeutsames Zugeständnis bildende Untersuchung darüber in den Vordergrund der Betrachtung zu stellen, wo und wann die eine oder die andere vorzuziehen und anzuwenden ist. Er kommt dabei nicht bloß zu dem Schlusse, daß der Bolschewismus in Rußland eine notwendige Übergangsstufe zum Sozialismus ist, sondern betont auch, daß sogar in West- und Mitteleuropa, wo seiner Ansicht nach nur die Demokratie zum Sozialismus führen kann, dennoch unter gewissen Umständen das Proletariat zum Mittel einer Diktatur der Minderheit greifen muß. Diese Verlegung des Schwerpunktes der Diskussion entpuppt sich zwar im Grunde schließlich doch als ein bloßes Manöver, um sich die Verteidigung des Standpunktes der Demokratie durch Konzessionen etwas leichter zu machen, indem Bauer auch für Rußland die Diktatur nur als unvermeidliche Vorstufe der parlamentarischen Demokratie gelten läßt, den von so vielen Seiten schon prophezeiten Zusammenbruch des Bolschewismus nur in eine viel fernere Zeit verlegt, in Europa aber die Diktatur gar nur als Mittel angewendet wissen will, die gewaltsam beseitigte oder bedrohte Demokratie wiederherzustellen oder zu sichern und die Konflikte aus der Welt zu schaffen, zu deren Lösung die hochgepriesene Demokratie nicht ausreicht (!). In letzter Linie führt also nach Bauer doch überall und immer nur die Demokratie zum Sozialismus, während der Diktatur nur die Rolle eines unter Umständen unvermeidlichen längeren oder kürzeren Zwischenspiels zuerkannt wird. Bauer stellt da die historischen Tatsachen ganz merkwürdig auf den Kopf. Deutlich zeigt ja die historische Entwicklung schon jetzt, daß die formale Demokratie ein bloßes Übergangsstadium ist und die Verwirklichung des Sozialismus nur dort zielbewußt begonnen wird, wo die Diktatur eingesetzt hat, und unzweideutig hat dies auch Marx vorausgesagt. Aber trotzdem sich Bauer so letzten Endes gänzlich auf den Boden der Demokratie stellt, führt seine gewundene, geschmeidige Methode der Polemik dazu, daß die Behandlung der Frage, wo und wann ist die Diktatur anzuwenden, den meisten Raum seiner Schrift in Anspruch nimmt. Reiflichstes Nachdenken verdient vor allem das, was er über den Unterschied der Kampfbedingungen in Rußland einerseits und in West- und Mitteleuropa andererseits ausführt.

Man kann ohne Übertreibung behaupten, daß Bauer so ziemlich alles zusammengetragen hat, was sich gegen eine gedankenlose Übertragung russischer Methoden auf westliche Verhältnisse ins Feld führen läßt. Soweit seine Gründe nicht ausreichen, soweit läßt sich also dieser ganze, in sozialreformerischen Kreisen so beliebte Gedankengang nicht aufrechterhalten. Andererseits aber hat es Bauer merkwürdigerweise versäumt, auch nur einen einzigen der Gründe zu erwähnen, die sich auch in Mittel- und Westeuropa für die Notwendigkeit der Diktatur anführen lassen. Man kann gewiß niemandem zumuten, gegen seinen eigenen Standpunkt Einwendungen zu vertreten, aber daß nicht einmal der Versuch gemacht wurde, sie zu widerlegen, läßt auf eine bemerkenswerte Schwäche des Bauerschen Standpunktes schließen. Die Betrachtungen Bauers bekommen den Charakter einer ganz außer-

ordentlichen Einseitigkeit dadurch, daß er *nur die Unterschiede* der wirtschaftlichen und politischen Situation im Osten und Westen berücksichtigt, die tiefgehende, wesentliche und entscheidende *Gleichartigkeit und Übereinstimmung* aber, die daneben besteht, ganz außer acht läßt. Sein ganzer Beweisgang läuft darauf hinaus, zu zeigen, daß der Revolution im Westen gewaltigere Schwierigkeiten im Wege stehen, wodurch er aber genau so wenig wie durch sein Ignorieren die Tatsachen aus der Welt schaffen kann, die dennoch auch hier die soziale Revolution und darum die Überwindung jener Schwierigkeiten notwendig machen. Daß er auch die Umstände, die hier der sozialen Revolution *günstiger* sind als in Rußland, fast niemals als solche hervorhebt, ist nach dem Gesagten selbstverständlich. Nur die Möglichkeit, *soziale Unterschiede in der ländlichen Bevölkerung für die Revolution hier leichter ausnutzen zu können als in Rußland*, wird zugegeben, was immerhin bemerkenswert ist, weil gerade das Gegenteil von den Gegnern der Diktatur bei uns so häufig behauptet wird.

Das Hauptgewicht legt Bauer bei seiner Argumentierung naturgemäß darauf, daß die Klassengegner des Proletariats in West- und Mitteleuropa von ganz anderer, viel gefährlicherer und schwerer zu besiegender Art sind. Hier ist vor allem *das Bürgertum* ungleich *stärker* und selbstbewußter, hier wird es durch eine *viel zahlreichere kleine und mittlere Bourgeoisie* vermehrt und gekräftigt, welche hier viel innigere Interessengemeinschaften an das Großkapital binden und mit ihm solidarisch fühlen lassen. In Rußland arbeitete hauptsächlich *fremdes Großkapital*, so daß der Mehrwert ins Ausland wanderte und dort den mitgenießenden Mittelstand dazu brachte, an dem Weiterbestand dieser Ausbeutung ein Interesse zu haben.

An all dem ist sehr viel Wahres und das ist auch eine Ursache mit davon, daß die Revolution in Mittel- und Westeuropa, insbesondere in Frankreich, so viel langsamer fortschreitet, aber alle diese Tatsachen sind *auch in der Demokratie* ebenso wirksame, ja *noch schwerer* zu überwindende Hindernisse auf dem Wege zum Sozialismus. Auf sie hinzuweisen hat also nur einen Sinn, wenn man damit *den Verzicht auf den Sozialismus überhaupt* begründen will, was ja Bauer nicht wollen, zum mindesten nicht zugeben wollen wird. Auch das geht nicht an, mit Rücksicht auf diese Schwierigkeiten auf den *langsameren* Weg der Demokratie zu vertrösten, weil diese Abhängigkeit breiter Schichten vom Kapital mit der Zeit nicht geringer, sondern weitverzweigter wird. Dies alles fällt aber noch wenig ins Gewicht neben der befremdlichen Tatsache, daß Bauer ganz blind dafür zu sein scheint, daß dieser stärkeren Bourgeoisie in Mittel- und Westeuropa doch ein *weitaus massenhafteres und mächtigeres* und intelligenteres, geschulteres *Proletariat* gegenübersteht, das in so hoch entwickelten Industriestaaten, wenn es nur halbwegs erwacht, schon infolge seiner Unentbehrlichkeit und gewaltigen Zahl eine Macht darstellt, der keine andere zu vergleichen ist. Wenn es in Rußland der aktiven Oberschicht eines im Verhältnisse zu den Massen geringen Proletariats gelang, eine Diktatur aufzurichten und zu halten, so wird dies in Deutschland ganz außerordentlich durch die gewaltige Größe des Proletariats erleichtert, welches die breite Basis einer solchen Diktatur bilden würde. Dazu kommt, daß die mit der Demokratie verbundene Aufrechterhaltung des kapitalistischen Systems die kleinen Rentner, Staatsgläubiger usw. infolge der steigenden Geldentwertung allmählich *härter trifft*, als es die Expropriation des Kapitals tun könnte. Der kleine Mann verliert bei einer solchen ein entwertetes Papier, erspart aber die in Steuerform gezahlten Zinsen für die Milliarden, die der Staat den Großkapitalisten schuldet. Die Expropriation des Kapitals wird auch vielen Kleinen gewiß wehe tun, aber das gegenwärtige System des lawinenartigen Anwachsens der Schulden ist, darüber sind sich sogar die Kapitalisten klar, auf die Dauer unhaltbar, und so lange infolge der bestehenden Wirtschaftsordnung ein Wegsteuern des Betriebskapitals unmöglich ist, ist auch ein Ausweg aus dieser Finanzsituation nicht denkbar, es sei denn, daß Bauer der Meinung ist, die kleinen Leute kämen weniger zuschaden, wenn sie ihre Mehrwerttitel infolge eines glatten Staatsbankerottes verlieren und doch die kapitalistische Ordnung bestehen bleibt, als wenn eine sozialistische Gesellschaft die Expropriation planmäßig vornimmt und dabei unbemittelte Existenzen berücksichtigen kann. Ganz merkwürdig mutet es freilich an, wenn der „Sozialist" Bauer auf die Gefahr hinweist, die bei einer Expropriation der Kapitalisten der *Luxusindustrie* droht, weil damit der ihre Grundlage bildende *Reichtum* verschwindet. *Leider* ist diese Gefahr lange nicht so groß, als wie sie Bauer hinstellt. Es ist leider unmöglich, die Kapitalisten so gründlich zu enteignen, daß sie nicht noch eine Zeitlang Geld für Luxus zur Verfügung haben sollten, zumal dann, wenn der Verwertung ihres Geldes als Kapital zu Ausbeutungszwecken erheblich engere Grenzen gezogen werden.

Aber eine Vernichtung der Luxusindustrie hätte in einer Periode der Diktatur für die werktätige Bevölkerung auch keineswegs die verheerenden Folgen, die Bauer ausmalt. Eine vorübergehende Arbeitslosigkeit in solchen überflüssigen Industrien wäre für die betroffenen Proletarier dann nicht gar so schlimm, weil die Arbeitslosenunterstützung natürlich anders aussehen würde als heute, die Folgen der Arbeitslosigkeit nicht von den Betroffenen allein, sondern von den breiten Schultern des ganzen Proletariats getragen werden, dabei Rohstoffe, Kohlen usw. für andere Industrien frei werden, die gesunkene Kaufkraft der Reichen auch auf anderen Gebieten preissenkend wirkt usf. An dem Weiterbestand des großen Reichtums ist auch tatsächlich nur ein ganz kleiner Teil der Bevölkerung interessiert. Überall kann man von den kleinbürgerlichen Gegnern des Sozialismus hören, daß sie für Expropriation des großen Reichtums sind. Sie bilden sich zwar ein, an der Erhaltung des heutigen Wirtschaftssystems interessiert zu sein, aber die Großkapitalisten hassen sie als Konkurrenten in der Produktion und in der Konsumtion. Nicht umsonst versprechen alle Parteien bei Wahlen, alles mögliche gegen das große Kapital unternehmen zu wollen.

Der größte Teil des kleinbürgerlichen Anhangs der gegenwärtigen Wirtschaftsordnung fürchtet nur die Umwälzung, die Unruhe, den Kampf. Diese Leute wollen ruhig verdienen können, erinnern sich an die guten alten Zeiten und machen die Streiks, Unruhen, Revolten, geschwundene Autorität für ihre Not verantwortlich. Ist der Umsturz vollzogen, dann jubeln viele von ihnen dem neuen Sieger zu, um ebenso rasch abzufallen, wenn die ernsten Schwierigkeiten zutage treten, welche die neue Ordnung zu überwinden hat. Je mehr sich die neue Ordnung festigt, desto mehr werden auch sie wieder Stützen des Bestehenden.

Otto Bauer befürchtet ferner hier von der Intelligenz einen viel leidenschaftlicheren und gefährlicheren Widerstand. Die russische Intelligenz sei vor der Revolution vom Sozialismus stark beeinflußt gewesen und habe doch der Arbeiterschaft den erbittertsten Widerstand geleistet, die deutsche Intelligenz sei schon jetzt nationalistisch und imperialistisch, ihr Widerstand würde also noch viel stärker ausfallen. Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß der Haß des größten Teiles unserer Intelligenz gegen das Proletariat grenzenlos ist und daß ihre Sabotage in einem Industriestaat noch viel gefährlicher werden kann als in Agrarstaaten, aber es dürfen auch die Momente nicht außer acht gelassen werden, die ein Gegengewicht bieten. Das deutsche Proletariat verfügt wohl nicht über solche Führerkräfte, wie Lenin und Trotzky es sind, aber es besitzt eine weitaus geschultere Arbeiterschaft, es besitzt insbesondere unter seinen qualifizierten Arbeitern zahllose Intelligenzen, die weitaus mehr leisten können, als man gewöhnlich annimmt. Das Entscheidende aber ist, daß Rußland an den nötigen leitenden Kräften furchtbaren Mangel litt, während in Deutschland die Intelligenzberufe bis auf wenige Ausnahmen überfüllt sind. Eine Sabotageaktion müßte hier also viel rascher zusammenbrechen, als es in Rußland der Fall war, auch ließen sich hier die Fehler von vornherein vermeiden, die dort zunächst, z. B. bei der Bezahlung, begangen worden sind, und schließlich darf der moralische Faktor nicht übersehen werden, der darin besteht, daß die Erfolge Rußlands in der ganzen Welt bekannt sind. Der Haß der Intelligenz gegen das Proletariat wird dadurch natürlich nicht geringer, aber ihre Siegeszuversicht wird gelähmt. Die russische Intelligenz war nach übereinstimmenden Berichten der festen Überzeugung, der Bolschewismus würde in kürzester Zeit zusammenbrechen; hier greift der Gedanke immer mehr um sich, daß der Bolschewismus ja doch kommt, und wenn er hier kommt, dann wird sich die Stimmung für ihn in der ganzen Welt so steigern, daß der Kampf gegen ihn als viel aussichtsloser empfunden wird, als es in Rußland der Fall war. Zu all dem kommt noch, daß die Bauersche Charakterisierung der Intelligenz nur dann zutrifft, wenn man diesen Begriff mit Bauer so eng faßt, daß er fast nur auf die akademisch Vorgebildeten angewendet werden kann. Im Grunde genommen, gehören zur Intelligenz auch die gewaltigen Massen der übrigen Kopfarbeiter, die gerade bei uns eine bedeutsame Rolle spielen und von einer stetig fortschreitenden Revolutionierung bereits außerordentlich stark erfaßt sind. Hier wird die Revolution in Industriestaaten zahlreiche und wertvollste Mitkämpfer finden.

Bauer verweist dann darauf, welche starke Stütze der Kapitalismus in West- und Mitteleuropa auf dem Lande in einer zahlreichen, wirtschaftlich starken, von kapitalistischem Geiste erfüllten Bauernschaft hat. Die Bauern haben hier wohl nach einer antifeudalen auch eine antikapitalistische Phase ihrer Politik durchlebt, aber diese Kampfstellung hat sie nicht zum Bundesgenossen des Proletariers, sondern zu dem des städtischen Kleinbürgertums gemacht und nur ihr politisches Interesse geweckt. Gegenwärtig prägt

sich immer mehr die antiproletarische Entwicklungsphase der Bauernpolitik aus. Der Bauer wurde Kapitalist und die Revolutionierung der Landarbeiter reizt ihn zu schärferer Feindschaft, überdies ist er im Gebrauch aller politischen Kampfmittel geschult. Der russische Bauer wurde einerseits durch die Überfülltheit des Dorfes revolutioniert, andererseits ist er politisch uninteressiert und unbeweglich. Dort konnte deshalb das Proletariat die Bauern führen und ohne Gewalt durch Verleihung eines minderwertigen Wahlrechts mediatisieren, hier müßten sie wahrscheinlich gewaltsam entrechtet werden. Und, meint Bauer:

> „Die gewaltsame Entrechtung einer überaus zahlreichen Klasse, die eine lebenswichtige Funktion im gesellschaftlichen Organismus versieht, deren Arbeit der Gesellschaft unentbehrlich ist, deren passive Resistenz schon zu der gefährlichsten Stockung des gesellschaftlichen Stoffwechsels führen muß, kann schwerlich gelingen."

Bauer drückt sich da überaus vorsichtig aus. Die Entrechtung müßte wahrscheinlich gewaltsam erfolgen, sie kann schwerlich gelingen usw. Er ist also offenbar seiner Sache selbst nicht sehr sicher und erinnert sich vielleicht, daß eine noch viel zahlreichere, unentbehrlichere Klasse, die schon durch die passive Resistenz einer kleinen Gruppe das ganze Wirtschaftsleben lahmlegen kann, nämlich das Proletariat, die längste Zeit politisch entrechtet war und gewaltsam niedergehalten werden konnte, obwohl sie politisch viel geschulter und regsamer war als die Bauernklasse. In Wahrheit liegen die Dinge hier, soweit das Verhältnis von Landvolk und Stadtvolk in Frage kommt, fast in jeder Hinsicht weitaus günstiger für das Proletariat als in Rußland. Dort bilden die Bauern den allergrößten Teil des Volkes und das Proletariat muß ihnen, um die Führung zu behalten, das Wahlrecht bis zur äußersten Grenze verschlechtern. Hier sind die in der Landwirtschaft Arbeitenden beträchtlich in der Minderheit, ein großer Teil von ihnen hat überdies ausgesprochen proletarischen Charakter und Instinkt, hier wäre also außer der in der Wahlform selbst gegebenen starken Benachteiligung des Landes keine weitere Entrechtung mehr notwendig. Schon beim allgemeinen Wahlrecht fehlt dem Proletariat nicht viel zur Mehrheit. Die Wahl an der Arbeitsstelle schaltet nicht nur die Ausbeuter aus, sie läßt auch durch ihre Wahltechnik in der Industrie bürgerliche Parteien nahezu restlos verschwinden. Dazu kommen nun die Bundesgenossen auf dem Lande. Völlig industriefreie Gebiete gibt es ja hier überhaupt nicht mehr und auch von der ländlichen Bevölkerung muß Bauer selbst zugeben:

> „In Gebieten dagegen, wo der landwirtschaftliche Großbetrieb überwiegt und ein zahlreiches Landproletariat in seinem Dienste steht, aber wo der großbäuerliche Betrieb vorwaltet, der in einer zahlreichen Schicht von Kleinhäuslern seine Arbeitskräfte findet, kann das industrielle Proletariat auf dem Gutshofe und im Dorfe Bundesgenossen finden."

In Wirklichkeit reicht unsere Bundesgenossenschaft auf dem Lande ganz erheblich weiter. Dem kleinen Bauern wird der Sozialismus so viele und bedeutsame Vorteile bringen, daß ein bedeutender Teil von ihnen unserer Agitation zugänglich ist und noch mehr sein wird, wenn die politische Macht in unserer Hand ist.

(Schluß folgt.)

Internationaler Sowjet der Gewerkschaften.

Die unterzeichneten Vertreter der durch das Exekutivkomitee der III. Internationale einberufenen Gewerkschaften Rußlands, Italiens, Spaniens, Frankreichs, Bulgariens und Georgiens

in der Meinung,

daß die Lage der Proletarier, die als Folge des imperialistischen Krieges geschaffen wurde, immer mehr eine unmittelbare und energische Aktion auf dem Boden des Klassenkampfes verlangt, um dadurch das kapitalistische System zu stürzen und die kommunistische Gesellschaft aufzubauen;

daß diese Aktion international zu organisieren ist und im engen Zusammenschluß sämtlicher Arbeiter geführt werden muß; die letzteren sollen nicht wie bis jetzt nach Berufen, sondern nach den Industriezweigen organisiert werden;

daß die sogenannten sozialen Reformen — Kürzung des Arbeitstages, Erhöhung des Lohnes, Regelung der Arbeitsverhältnisse usw. — den Klassenkampf abschwächen, aber unfähig sind, das soziale Problem zu lösen;

daß in den meisten kriegführenden Staaten die Mehrheit der Gewerkschaften unpolitisch waren und während der unseligen Kriegsjahre zu Sklaven des Kapitalismus entartet sind, dadurch eine unheilvolle Rolle gespielt und eine Verzögerung der gänzlichen Befreiung der Arbeiter verschuldet haben;

daß es Pflicht der Arbeiterklasse ist, sich in den Gewerkschaften zu einer starken revolutionären Klassenvereinigung zu organisieren, welche an der Seite der politischen internationalen kommunistischen Proletariatsorganisation und in engem Kontakt mit ihr eine starke Macht entfalten könnte und der sozialen Revolution und der Sowjetrepublik der Welt den Weg zum Triumph bahnen würde;

daß die besitzenden Klassen die größten Anstrengungen machen, um mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln die Bewegung, die sich die Befreiung der Unterdrückten zum Ziele setzt, zu erwürgen;

daß es notwendig ist, der Diktatur der Weltbourgeoisie als ein entscheidendes und provisorisches Mittel die Diktatur des Proletariats gegenüberzustellen, welche allein fähig ist, den Widerstand der Ausbeuter zu brechen, das Ergreifen der Macht durch das Proletariat zu sichern und zu festigen.

daß die internationale Vereinigung der Gewerkschaften mit dem Sitz in Amsterdam infolge ihres Programms und ihrer Taktik unfähig ist, den obenerwähnten Grundsätzen zum Triumph zu verhelfen — unfähig den Sieg der proletarischen Massen in allen Ländern zu sichern,

beschließen,

jede Taktik, welche auf das Verlassen der Gewerkschaftsreihen abzielt, abzulehnen, im Gegenteil dort einen Einfluß zu gewinnen suchen, um von der Führung der Gewerkschaften alle Opportunisten, die mit der Bourgeoisie gearbeitet haben und jetzt noch arbeiten, die den Krieg gebilligt haben, und die noch weiter den Interessen der imperialistischen Kapitalisten dienen und an der verräterischen Organisation — der Liga der Nationen — teilnehmen, fernzuhalten;

selbst im Schoße der internationalen Gewerkschaftsvereinigungen eine methodische Propagandaarbeit zu treiben, dort einen revolutionären kommunistischen Kern bilden zu suchen, dessen unermüdliche Anstrengungen schließlich unserem Programm zum Siege verhelfen würden,

einen Aktionsausschuß zu gründen, welcher im internationalen Kampfe die Gewerkschaftsbewegung im oben erwähnten Sinne zu beeinflussen hat. Dieser Ausschuß funktioniert unter dem Namen „Internationaler Sowjet der Gewerkschaften" im Einvernehmen mit dem Exekutivkomitee der III. Internationale und unter den Bedingungen, die vom Kongreß festgesetzt werden. Der Sowjet wird aus Vertretern der sämtlichen ihm angeschlossenen nationalen Arbeiterorganisationen gebildet. Ein Vertreter des internationalen Sowjets der Gewerkschaften wird zum Exekutivkomitee der III. Internationale zugelassen, deren Vertreter auch im Exekutivkomitee des internatinalen Gewerkschaftssowjets teilnehmen wird.

A. Lozowsky. Für den Zentralrat der Gewerkschaften Rußlands.
L. d'Aragona. Für die allgemeine Arbeitervereinigung Italiens.
A. Pestagna. Für die allgemeine nationale Arbeitervereinigung Spaniens.
N. Chabline. Für die Zentralvereinigung der Gewerkschaften Bulgariens.
A. Rosmer. Für die Minderheit der revolutionären Gewerkschaften Frankreichs.
J. Milkitsch. Für die allgemeine Arbeitervereinigung Jugo-Slaviens (Serbiens u. dgl.).
Mikadze. Für die kommunistische Minderheit der Gewerkschaften Georgiens.

Moskau, den 15. Juli 1920.

*

Provisorisches Statut.

I. Benennung.

Die von den Vertretern der Gewerkschaften verschiedener Länder ins Leben gerufene Vereinigung trägt den Namen „Internationaler Gewerkschaftsrat".

II. Die Ziele.

Der internationale Gewerkschaftsrat hat zum Ziele:

1. Mittels unausgesetzter Propaganda und Agitation die revolutionären Gedanken des Klassenkampfes, der sozialen Revolution, der Diktatur des Proletariats und endlich den Gedanken des revolutionären Vorgehens der Massen mit dem Ziele, das kapitalistische System und den bürgerlichen Staat zu vernichten, in die breiten Schichten des Volkes zu tragen.

2. Den Kampf gegen die zerlegende Wunde der Idee einer Zusammenarbeit der Klassen, einer Idee, welche die internationale Gewerkschaftsbewegung untergräbt; den Kampf gegen die noch nicht aufgegebene Hoffnung auf die Möglichkeit eines friedlichen Überganges vom Kapitalismus zum Sozialismus.

3. Die Sammlung sämtlicher revolutionären Elemente der Gewerkschaften der ganzen Welt und die Führung eines entscheidenden Kampfes gegen das internationale Arbeiterbureau der Liga der Nationen und gegen das Programm und die Taktik der Internationale der Gewerkschaften, welche in Amsterdam ihren Sitz hat.

4. Die Ergreifung der Initiative zur Organisierung eines internationalen Vorgehens in bezug auf die wichtigsten Momente des Klassenkampfes; Eröffnung der Sammlungen zum Zwecke der Unterstützung streikender Arbeiter in allen weittragenden sozialen Konflikten.

5. Sammlung sämtlicher Materialien, Statistiken, Dokumenten, welche sich auf die internationale Arbeiterbewegung beziehen, und Informierung aller dem internationalen Rat angehörenden Organisationen über die Lage in einzelnen Ländern.

6. Herausgabe von Büchern, Berichten, Broschüren über alle Fragen betreffend die internationale Arbeiterbewegung.

III. Die Zusammenstellung des Rates.

Der Rat ist gebildet aus den Vertretern der Gewerkschaften Rußlands, Italiens, Spaniens, Juglo-Slaviens, Frankreichs, Bulgariens und Georgiens aus je einem Vertreter der ganzen Nation und einem Vertreter einzelner Gewerkschaften jedes Landes. welche sich dem internationalen Gewerkschaftssowjet angeschlossen haben. Desgleichen ist zum Rat ein Vertreter des Exekutivkomitees der kommunistischen Internationale zugelassen. Der Rat bestimmt sein Exekutivbureau, welches aus drei Mitgliedern besteht, inklusive des Hauptsekretärs des Rates und des in die Exekutive der kommunistischen Internationale zu delegierenden Vertreters.

IV. Bulletin.

Das Exekutivbureau redigiert das in vier Sprachen unter dem Namen „Bulletin des internationalen Rates der Gewerkschaften“ erscheinende Organ.

V. Konferenzen.

Zu den internationalen Konferenzen können nur solche Gewerkschaften oder deren Minderheiten zugelassen werden, die in ihrem Lande einen revolutionären Klassenkampf führen und die Forderung der Diktatur des Proletariats aufrechterhalten. In der Konferenz werden vertreten die nationalen gewerkschaftlichen Zentren, einzelne Gewerkschaften und internationale Gewerkschaftsvereinigungen unter oben angeführten Bedingungen.

Die internationale Konferenz wird auf folgende Weise gebildet: Die internationalen gewerkschaftlichen Zentren, die einzelnen Gewerkschaften oder deren Minderheiten haben das Recht, zwei Delegierte zu schicken, sobald ihre Mitgliederzahl 500 000 nicht übersteigt; diejenigen, deren Mitgliederzahl darüber ist, schicken je einen Vertreter für jede weiteren 500 000 Mitglieder.

Jede internationale Vereinigung der Gewerkschaften delegiert einen Vertreter, der aber nur eine Beratungsstimme hat. Die einzelnen Gewerkschaften werden nur in dem Falle zur Konferenz zugelassen, wenn die allgemeine Gewerkschaftsorganisation ihres Landes an der internationalen Konferenz nicht teilnimmt.

Für solche revolutionären Gewerkschaften, welche sich über die Diktatur des Proletariats noch nicht klar ausgesprochen haben, wird das Exekutivbureau vom Rat beauftragt an sie mit der Bitte heranzutreten, diese Frage auf die Tagesordnung ihrer sämtlichen Sektionen zu setzen; zugleich werden sie eingeladen, der internationalen Konferenz beizuwohnen.

VI. Sitz.

Bis zum Zusammentritt (welcher auf den 1. Januar 1921 festgesetzt ist) der internationalen Konferenz hat der internationale Rat seinen Sitz in Moskau.

Bücherbesprechungen.

Karl Kautsky: Vergangenheit und Zukunft der Internationale. Verlag der Wiener Volksbuchhandlung. Wien 1920. (88 S. 6 M)

Ein neuer Kautsky! Wie hat man sich einst um jedes neue Werk Kautskys gerissen! Und heute? Man nimmt die Schrift nur, um wieder einmal zu konstatieren, daß Kautsky aber auch nichts aus der imperialistischen Katastrophe des Weltkrieges gelernt hat. Auch in dieser Arbeit Kautskys findet sich kaum ein neuer Gedanke, so daß die Lektüre dieser Schrift wahrlich Zeitvergeudung bedeutet.

Kautsky macht den vergeblichen Versuch, nachzuweisen, daß die Internationale in ihrem Wesen und ihrer Organisation so bleiben müsse, wie sie vor dem Kriege war. (!) In der ersten Abhandlung über das Versagen der Internationale verteidigt Kautsky seine Haltung von 1914, seinen echt Kautskyschen Rat, bei der Kriegskreditbewilligung Stimmenthaltung zu üben. Er hält „auch heute noch (!) diesen Vorschlag für erwägenswert (!), für künftige kriegerische Konflikte, wenn der Fall eintreten sollte, daß eine sozialistische Partei über den Anteil (!) ihrer Regierung am Kriege nicht klar ist. Nie sollten Kriegskredite einer Regierung bedingungslos, sondern nur dann bewilligt werden, wenn sie unzweideutige Garantien dafür gibt, daß sie den Krieg bloß als Verteidigungs-, nicht als Eroberungskrieg führt. (!)" Kein Wunder, wenn Kautsky bei solchen Illusionen feststellt, daß „der imperialistische Charakter unserer Zeit nicht die mindeste Revision unserer grundsätzlichen Stellung im Kriege bedingte". Über den Völkerbund macht er eine derartig pazifistische Äußerung, daß sie auch Scheidemann, Südekum und Heine ohne weiteres unterschreiben würden.

Nach langen geschichtlichen Untersuchungen über die erste und zweite Internationale, deren Taktik und Organisation, wobei er ausdrücklich feststellt, daß die zweite Internationale Beschlüsse faßte „ohne zwingende Kraft", daß ihr Schwergewicht „dementsprechend in ihren Kongressen und Revolutionen lag" und daß sie „nie zu einem Organ internationaler Aktion wurde", kommt Kautsky zu dem Schluß, daß „die Umwälzungen der letzten Jahre also am Wesen der Internationale wie auch am Wesen der einzelnen sozialistischen Parteien nichts zu ändern brauchen". (!) Schlimmer konnte Kautsky den Bankerott seines Pseudomarxismus wahrlich nicht dokumentieren. Man faßt sich an den Kopf und fragt sich, ist denn alles völlig spurlos an dem Geiste Kautskys vorübergegangen? Nachdem er konstatiert hat, daß das Ziel der zweiten Internationale, „ein gemeinsames Vorgehen aller sozialistischen Parlamentsfraktionen in irgendeiner bestimmten Frage" nie durchzuführen war, stellt er fest, daß „auch heute in der Internationale keine gemeinsame parlamentarische Aktion zu erwarten sei". Geschweige denn eine gemeinsame Aktion der Massen! Und so ruft denn der alte Herr schließlich aus: „Es kann keine verhängnisvollere Illusion geben, als den Traum einer Internationale der Tat." Auch nicht ein neues Problem der Internationale, z. B. der Zentralismus, noch die Frage der Autonomie der Parteien wird von Kautsky überhaupt untersucht.

So wendet er sich im Schlußkapitel gegen die Gründung einer vierten Internationale und plädiert für die zweite, in der seines Erachtens England (!) die Führung übernehmen müsse. Daß die Bolschewiki allerlei Seitenhiebe bekommen und gegen die proletarische Rätediktatur gezetert wird, ist bei Kautsky selbstverständlich. Wie wenig Verständnis er für die russische Revolution hat, zeigen folgende Worte: „Es ist die letzte der bürgerlichen Revolutionen, die da vor sich geht. Die französische Revolution hatte in einem Schreckensregiment proletarischer Elemente gegipfelt. Die jetzige russische Revolution gipfelt ebenfalls in dem Schreckensregiment einer proletarischen Minderheit." (!) Dann folgt ein Loblied auf die neuen Führer der zweiten Internationale: „Der englische Sozialismus wird ein wirklich demokratischer sein. Ohne tönende Dekrete, ohne blutige Bürgerkriege, wahrscheinlich auch ohne äußere Kriege. Ein Hosianna der englischen Demokratie!"

So geht denn durch die ganze Arbeit Kautskys der Refrain: „Es bleibt alles beim Alten! Es lebe die Demokratie! Es lebe die zweite Internationale!" Eine bessere Rechtfertigung ihrer heutigen Taktik hätten sich die Rechtssozialisten wahrlich nicht zu wünschen brauchen, so daß man auch nach diesem neuesten Produkt Kautskys wiederum die Preisfrage stellen möchte: Was trennt Karl Kautsky heute von den Rechtssozialisten?

Daß Kautsky in der weltpolitischen Lage durchaus keine neue Gefahr für die

proletarische Internationale sieht, brauchen wir kaum zu erwähnen. Vom internationalen Bürgerkriege gegen Sowjetrußland spricht er auch nicht mit einem Wort. Er sieht ihn nicht, weil er ihn nicht sehen **will**. Er jammert über die „Schreckensherrschaft der Bolschewiki" und sieht nicht den grausamen und unmenschlichen, barbarischen Krieg des Weltkapitals gegen unsere russischen Genossen. Kautsky geht eben mit jedem Jahre mehr unter die Pazifisten.

Wir aber dürfen zu diesem schwächlichen Reformismus Kautskys nicht mehr schweigen. Schonungsloser und rücksichtsloser Kampf gegen diese die Arbeiterklasse in ihrem Aufstieg verwirrenden und lähmenden Illusionen ist unsere Pflicht. Es ist tragisch, dies auszusprechen gegenüber einem Manne, dem man so viel verdankt, aber die Interessen einer revolutionären Massenpartei und die Sache der sozialen Revolution müssen uns hundertmal höher stehen, als die Rücksicht auf einen einzelnen. Deshalb gilt es auszusprechen, was ist: Kautsky ist unser Gegner, unser Feind. wst.

Curt Geyer: Für die dritte Internationale, Die U. S. P. am Scheidewege. Mit Beiträgen von Walter Stoecker, Paul Hennig und einem Vorwort von Ernst Däumig. Verlag „Der Arbeiterrat", Berlin 1920. (78 Seiten. 1,50 *M.*)

Eine Broschüre, die jeder unserer Genossen unbedingt lesen sollte, da sie den gegenwärtigen Kampf um die Internationale auf den wirklichen **sachlichen** Kern zurückführt. An Hand der geschichtlichen Entwicklung unserer Partei zeigt Genosse Geyer klar die grundsätzlichen und taktischen Gegensätze innerhalb der Partei und erörtert dabei eingehend den Kampf um die Fragen der Diktatur, des Pazifismus, die Organisationsfrage usw. Sehr fein zeigt Geyer, daß der Streit um alle diese Fragen mündet in den Kampf um die Internationale. Jedem Leser wird ersichtlich, **worum** sachlich jetzt gestritten und **worüber** die Entscheidung fallen soll. Deshalb ist die Herausgabe dieser Broschüre sehr zu begrüßen. wst.

Paul Olberg: Briefe aus Sowjet-Rußland. Verlag von J. H. W. Dietz Nachf., G. m. b. H., Stuttgart. 1919. (146 Seiten.)

Ein Gefühl des Ekels überkam mich, als ich nach einmonatigem Aufenthalt in Sowjet-Rußland auf der Rückreise dieses menschewistische Büchlein las. Olberg, der sich rühmt, seit mehr als zwanzig Jahren Mitglied der russischen sozialdemokratischen Partei zu sein und der jetzt zum linken Flügel der Menschewiki gehört, hat Rußland zur selben Zeit bereist, wie die bürgerlichen Journalisten Vorst und Paquet. Es ist bezeichnend für den Menschewismus, daß die beiden bürgerlichen Schriftsteller Räterußland weit vorurteilsfreier und objektiver gegenüberstehen als der „Sozialist" Olberg. Allen niedrigen Klatsch und Tratsch hat Olberg gesammelt und im übrigen mit allen Farben die Schattenseiten der Übergangsperiode der bolschewistischen Diktatur dargestellt, ohne auch nur im geringsten die großen Lichtseiten zu zeigen, ohne auch nur den Versuch einer Darstellung der großen heroischen Kämpfe und der aufbauenden Arbeit der Kommunisten zu geben, ja selbst ohne ernstlich die Ursachen der von ihm so unendlich breit und mit wahrem Behagen geschilderten traurigen Folgen des Bürgerkrieges zu betonen. Der einzige Lichtblick, den Olberg wiederzugeben für notwendig hält, ist ein Kino, das er in Petersburg gesehen hat und dessen kulturelle Wirkung er hervorhebt. (!)

Wes Geistes Kind Olberg ist, zeigt eine Stelle seiner Schrift, wo er anläßlich eines Besuches bei einem Volkskommissar in dessen Arbeitszimmer Waffen findet. Er kann darüber nicht genug Worte des Erstaunens finden und leistet sich schließlich folgende Bemerkung: „Höhere Amtspersonen, Angestellte einer sozialistischen Republik in voller Rüstung sozusagen, in ständiger Erwartung eines Überfalles, eines Mordanschlages, eines Aufstandes usw. **Genügt es ihnen denn nicht, sich auf die Liebe und Ergebenheit des Volkes zu stützen?**" Wer mit „Liebe" Revolutionen machen, eine proletarische Diktatur behaupten und Konterrevolutionen niederschlagen will, der lasse sich schon vor der Revolution begraben. Olberg beweist mit dieser Humanitätsduselei nur, daß er keinen Hauch revolutionären Geistes verspürt hat. Am Schlusse seines Büchleins wird es dann ganz verständlich, wie er dazu kommt, einen solchen Mist gegen die Sowjetrepublik zusammenzutragen. Er klagt wie sein Lehrmeister Kautsky die Bolschewiki an, daß sie die „Gesetze der Demokratie" durchbrochen hätten. „**Die Nichtanerkennung der demokratischen Prinzipien** durch die Regierung, der von ihr geführte **Bürgerkrieg**, der brutale politische Kurs im Innern, die eigenartige Finanz- und Wirtschaftspolitik, alles das hat viele zu unversöhnlichen Feinden der Sowjetregierung gemacht und die Zerstörung des wirtschaftlichen Lebens im Lande vollendet." Könnte man diesen menschewistischen Satz nicht ausgezeichnet auch in Deutschland anwenden, wenn man

statt Sowjetregierung Noskeregierung sagen würde? Nur einen kleinen Haken hat die Sache. Die Bolschewiki führten einen brutalen Kurs für, Noske aber gegen den Sozialismus. Von einem Manne mit solchen illusionären Anschauungen Verständnis für die Politik der russischen Kommunisten, für die bitteren und harten Notwendigkeiten einer revolutionären Diktatur zu verlangen, hieße von einem Ochsen Verständnis für den Marxismus zu erwarten. Auf einer der letzten Seiten seiner Schrift enthüllt er sich dann völlig: „In dem rückständigen agrarischen Rußland den Sozialismus durchzuführen versuchen, heißt nichts anderes, als einen verbrecherischen Utopie nachjagen." Das also ist des Pudels Kern! Weshalb denn 146 Seiten Objektivität vortäuschen, um am Schlusse das Ganze als „verbrecherische Utopie" zu kennzeichnen. Von einem Distelstrauch kann man keine Feigen erwarten. Mit Abscheu legt man diese Schrift beiseite, um eine Erfahrung mit dem Menschewismus reicher. wst.

Bela Szanto: Klassenkämpfe und Diktatur des Proletariats in Ungarn. Herausgegeben vom Westeuropäischen Sekretariat der kommunistischen Internationale, 1920. 115 Seiten, 6,50 Mark.

Über die Diktatur des Proletariats in Ungarn sind bisher zwei Bücher erschienen, die von der größten Bedeutung für die kommunistische Bewegung sind. Das eine von Vacga, das sich mit den wirtschaftspolitischen Problemen der Diktatur befaßt, das andere von Szanto, das die Geschichte des Machtaufstiegs der ungarischen Arbeiterklasse, ihrer Herrschaft und ihres Sturzes gibt, zugleich aber auch die Ursachen ihres Sturzes untersucht. Diese Geschichte spricht eine eindringliche Sprache, und die deutschen Arbeiter sollten in der heutigen Situation besonders auf diese Sprache hören.

Ein jeder Vertuschungsversuch in der Politik rächt sich. Der Versuch, die unüberbrückbaren Gegensätze zwischen den ungarischen Kommunisten und den sozialdemokratischen Führern in Ungarn zu verschleiern durch die Vereinigung der sozialdemokratischen Partei und der kommunistischen Partei unter Beibehaltung der sozialdemokratischen Führer, bedeutete den Todeskeim der Diktatur des Proletariats, der ihr von Anfang an innewohnte. Genosse Bela Szanto hat in seinem Buche scharf herausgearbeitet, wie diese unüberbrückbaren Gegensätze in den 133 Tagen der Diktatur immer wieder hervorgetreten sind und immer wieder zu halben Maßregeln geführt haben, wo ganze, entschlossen durchgeführte Maßregeln nötig gewesen wären. Eine Partei, die um die Macht kämpfen soll, muß zur Wirkungslosigkeit verdammt sein, wenn in ihr zwei widerstreitende Tendenzen wohnen. Eine Partei aber, die die Macht behaupten soll, darf erst recht nicht jenen verhängnisvollen Dualismus aufweisen, der das Verderben des ungarischen Proletariats war, wenn ihre Macht nicht zusammenbrechen soll. Das ist die ernste Lehre, die aus dem Buche von Szanto spricht.

Gerade die Arbeiter der U. S. P. D. werden deshalb die Szantoschen Darlegungen mit dem größten Gewinn lesen. Die eigenen Kampferfahrungen zeigen ihnen, daß eine am inneren Dualismus krankende Partei versagt in der Epoche des Kampfes um die Macht — das Szantosche Buch aber warnt eindringlich vor jeder scheinbaren „Einigkeit" in der Epoche der Machtbehauptung, die erkauft ist um den Preis der Verschleierung unüberbrückbarer Gegensätze. Eine Partei, die die Macht erobern und behaupten will, muß grundsätzlich geschlossen sein, ihre Führung muß von einem einigen Willen beseelt sein — das ist die lapidare Lehre, die aus der Geschichte der Proletarierdiktatur in Ungarn spricht. cg.

Bericht des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale an den zweiten Kongreß. Herausgegeben vom Westeuropäischen Sekretariat. 1920.

Dieser vom Genossen Sinowjew verfaßte Bericht gibt einen Einblick in das Wesen und die Arbeit der dritten Internationale. Insbesondere die Genossen, denen es immer noch schwer fällt, die Autonomie der Partei aufzugeben, sollten ihn lesen, weil daraus klar hervorgeht, daß die Kommunistische Internationale und ihr Exekutivkomitee gar nicht daran denken, von Moskau aus zu „diktieren" oder gar Revolutionen „vorzuschreiben", wenn sie auch, wie das für jeden selbstverständlich sein sollte, bei weitem zentralisierter organisiert sein müssen. Die Tätigkeit des Exekutivkomitees, dessen Arbeitsbedingungen und Arbeitsmöglichkeiten, seine „Einmischung" in die Angelegenheiten der verschiedenen angeschlossenen Parteien, sein Kampf gegen die zweite Internationale, das Verhältnis der Kommunistischen Internationale zu den Gewerkschaften, zu der Frauen- und Jugendbewegung, die Organisierung von Hilfsbureaus in den verschiedenen Ländern, die innere Organisation der Internationale, alle diese Fragen werden in dem vorliegenden Bericht in gedrängter Kürze behandelt. wst.